

DOKUMENTE DES Fortschritts INTERNATIONALE REVUE

.....
**HERAUSGEGEBEN VON PROF: RODOLPHE
BRODA: PARIS IN VERBINDUNG MIT
DR: HERMANN BECK: BERLIN + VER-
LEGT BEI GEORG REIMER: BERLIN: Ws**

.....
**JÄHRLICH 11 HEFTE FÜR 10 MARK
PREIS DES EINZELHEFTES 1 MARK**

.....
**AUSGEGEBEN ANF: OKTOB 1908
I. JAHR 10. HEFT**



**DEHN
KUNST**

INHALT:

NACHDRUCK VON ARTIKELN IST MIT QUELLENANGABE GESTATTET.
UM DER PRESSE DEN ABDRUCK ZU ERLEICHTERN, ERSCHEINEN KURZE AUSZÜGE AUS DEN ARTIKELN
IN DER BERLINER UNIVERSAL-KORRESPONDENZ, CHARLOTTENBURG, KANTSTRASSE 122.

ABHANDLUNGEN:

LEO TOLSTOI, JASNAJA-POLJANA: BRIEF ÜBER DEN GENERALSTREIK	891
DR. WILHELM OHR, MÜNCHEN: ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE DES LIBERALISMUS IN DEUTSCHLAND	892
CHRISTIAN RAKOWSKI, SOFIA: PROBLEME DER TÜR- KISCHEN UMWÄLZUNG	898
M. MAHLINGER, (EH. PEKING): DIE PSYCHOLOGIE DER JAPANISCHEN AUSWANDERUNGSBEWEGUNG	902
OBERST LE MARCHAND, PARIS: DURCH KRIEG ZUM FRIEDEN	906
GUSTAVE HERVÉ, PARIS: DIE ANTIMILITARISTISCHE BEWEGUNG IN FRANKREICH	907
H. v. GERLACH: DAS DEUTSCHE VOLK UND DER MILI- TARISMUS	911
RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS: VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA, PARIS	917
[X. ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES NATIONALISMUS UND INTERNATIONALISMUS]	

KORRESPONDENZEN:

POLITISCHE ENTWICKLUNG	926
DR. ROBERT SCHEU: DIE KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT IN WIEN (926) — J. SRIRAMULU: INDIENS STELLUNG ZUM PATRIOTISMUS UND MENSCHHEITSGE- DANKEN (929). — M. J. LANDA: DIE STELLUNG DER JUDEN IN ENGLAND (930). — G. KHROUSTALEW: DIE SOZIALEN GRUNDLAGEN DER PERSISCHEN REVOLUTION (935). — DR. M. RIESS: DAS MÜNCHNER UND WEIMARER KARTELL FREIHEITLICHER VER- EINE (940).	
ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG	949
ROMAN STRELTZOW: DAS RUSSISCHE BRANNTWEINMONOPOL (949). — CHRONIK.	
SOZIALE ENTWICKLUNG	954
DR. TH. LESSING: DIE LÄRMSCHUTZBEWEGUNG (954). — CHRONIK.	
ARBEITERBEWEGUNG	965
R. RIGOLA: DIE LEHREN DES GENERALSTREIKS VON PARMA (965). — R. STRELTZOW: DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN DES MODERNEN PROLETARIATS (968). — M. UGARTE: ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG IN SÜDAMERIKA (972). — CHRONIK.	
TECHNISCHER UND WISS. FORTSCHRITT	977
L. BOLLACK: DAS PROBLEM DER INTERNATIONALEN HILFSSPRACHE (977). — O. LAYRIZ: DER PARISER STRASSENKONGRESS VON 1908 UND SEINE ZIELE (982). — CHRONIK.	

UMSCHLAG UND AUSSTATTUNG ZEICHNETE
LUCIAN BERNHARD, BERLIN.

LEO TOLSTOI, JASNAJA-POLJANA: BRIEF ÜBER DEN GENERALSTREIK.

Unser Mitarbeiter G. Khroustaleff, der als Vorsitzender des Bundes der Arbeiterdeputierten den bekannten russischen Generalstreik zum Oktobermanifest leitete, stellt uns anlässlich des 80. Geburtstages Tolstois den nachstehenden, bis jetzt unveröffentlichten Brief seines großen Mitkämpfers für eine bessere Zukunft Rußlands zur Verfügung. Einem erklärenden Begleitschreiben Khroustaleffs*) glauben wir zur Orientierung des Lesers nachstehendes entnehmen zu sollen:



OLSTOIS innere Entwicklung ging vom Sozialismus zum Christentum, und es ist nunmehr seine Ansicht, daß nicht die Massenfaktoren der materiellen Welt: „Waffengewalt, Bau von Eisenbahnen und Maschinen, Arbeiterversammlungen, Barrikaden und Revolutionen“ für die Entwicklung der Menschengattung entscheidend seien, sondern ausschließlich die Wandlungen der menschlichen Seele; daß nicht die politische Organisation, sondern allein das persönliche Beispiel und der religiöse Glaube zur Vollbringung sozialer Reformen führen könne. So erklärt sich der scheinbare Widerspruch im Verhalten Tolstois zur Revolution.

Seit langen Jahren hatte er die historische Kirche leidenschaftlich bekämpft, weil das wahre Reich Gottes in unserer eigenen Brust liege; hatte die militärische Disziplin und Erziehung, als Unterricht im zweckbewußten Massenmord, alle die Zwangsmaßregeln des russischen Staates, als der menschlichen Freiheit zuwiderlaufend, gebrandmarkt und seinen Anhängern die passive Resistenz gegen dieselben empfohlen; trotzdem aber trat er der Revolution, die ihrerseits Macht gegen Macht, Kampf gegen Kampf zu setzen gezwungen ist, entgegen. Für ihn lag der einzige Weg zum Besseren in der Überzeugung der Volksgesamtheit von der Notwendigkeit der Reformen, und nur seelische Beeinflussung schien ihm als Mittel erlaubt.

In vorderster Linie der revolutionären Methoden hatte sich in der russischen Umwälzung der Generalstreik bewährt; durch ihn wurde bekanntlich das konstitutionelle Manifest vom Oktober 1905 erzwungen. Tolstoi trat ihm entgegen und begründete dies im nachfolgenden Briefe:

„Der Generalstreik kann nicht als taugliches Werkzeug des Erfolges betrachtet werden, weil die Menschen für ihn heute nicht reif sind, und es, wenn sie es erst einmal wären, vermutlich keines Generalstreiks mehr bedürfte.

Gewiß wäre die Macht eines Generalstreiks allbesiegend; aber wie die Menschen zu solcher Selbstaufopferung bewegen? wie sie zum Verzicht auf ihr unmittelbares, persönliches Wohlergehen veranlassen, damit ein fernes Ziel der Allgemeinheit errungen werde?

Damit die Menschen sich zu solchem Vorgehn entschlossen und freiwillig die Gefahr, all ihre Güter zu verlieren, auf sich nähmen, müßten sie durch ihr Gewissen, durch ihre religiöse Überzeugung, nicht aber durch Gründe der äußeren Welt bestimmt werden. Sie müßten Gott erkennen, seinem Willen nachstrebend. Wenn der Generalstreik zum Ziele führen sollte, müßten alle, die an ihm teil haben, von der gleichen Seelenstimmung erfüllt sein.

*) In Extenso in unserer französischen Zeitschrift.

Solche Einheit der Gedanken und der Gefühle könnte nur in der Wahrheit, in der religiösen Wahrheit liegen. Wo sehen wir heute die Möglichkeit solcher Einigung auf religiöser Basis? Es sind nicht bloß die konfessionellen Vorurteile, welche die Menschen trennen: Ihre Mehrheit und vor allen diejenigen, welche der Idee des Streiks mit besonderer Hingebung angehören, besitzen überhaupt keinen religiösen Glauben, und schließen damit das einzige Prinzip, das sie zusammenschmelzen könnte, aus. Fortwährende Zwietracht herrscht unter ihnen.

Mit den Menschen von heute ist es unmöglich, den Generalstreik zu organisieren, sowie es unmöglich ist, mit trockenem Mehl Brot zu machen; das Wasser ist hierzu unentbehrlich. Der Mensch, der sich davon überzeugt hat, was ihm fehlt, wird von vergeblichem Tun absteht und seine Kräfte anderen Unternehmungen zuwenden, deren Durchführung möglich ist. Wir alle, die wir nur über ein gewisses Maß von Energie verfügen, sollten so tun und unsere Kraft nicht auf Zweckloses verschwenden. Niemandem liegt es ferner als mir, die Idee des Generalstreiks an sich und Aufopferung persönlichen Glückes für ein großes Ideal zurückzuweisen. Aber es fehlt ein einigendes, seelisches Band für alle Kämpfer. Nur Gemeinsamkeit der religiösen Überzeugung, nur das Werden einer neuen, allumfassenden Religion kann späterhin solche heroische Unternehmungen der Gesamtheit, wie den Generalstreik, heraufführen.“



DR. WILHELM OHR, MÜNCHEN: ZUR GEGENWÄRTIGEN LAGE DES LIBERALISMUS IN DEUTSCHLAND.



DER ältere deutsche Liberalismus war ein Kind der Aufklärung und der französischen Revolution. Sein Vaterland war das Gebiet des alten Rheinbundes im Süden und Westen Deutschlands, wo die Wellen der napoleonischen Kriege am gründlichsten mit den Herrschaftsrechten der alten Zeit aufgeräumt und den Boden für moderne Kulturentwicklung vorbereitet hatten. Hier lag in den älteren Jahrhunderten der Entwicklung das Schwergewicht deutscher Kultur. Hier hatten die Städte erfolgreich um ihre Freiheit gestritten. Ein demokratisch gerichtetes Volk war zu Wohlstand emporgediehen, während die Fürstenhäuser auf der Bühne der Geschichte auf- und niedergegangen waren in ständigem Wechsel. Auch der zweifellos vorhandene romanische Einschlag im Blut der Bevölkerung mag dazu beigetragen haben, die Lehren der französischen Revolution zum Sieg zu führen, während der preußische und österreichische Kulturkreis seine militärisch-junkerlichen und feudal-klerikalen Traditionen im großen und ganzen zu bewahren verstand. Hier im deutschen Osten und Südosten hat denn auch der politische Liberalismus im wesentlichen keine andere Rolle gespielt als die der städtischen Opposition gegen Übergriffe des Landadels, der hohen Geistlichkeit und der Regierung. In den Rheinbundsländern wuchs er

hingegen als Volksbewegung in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts empor und trieb von innen heraus die Bürger in rastloser Aufklärungsarbeit vorwärts bis zum Aufstand von 1848.

Das Jahr 1848 brachte die Entscheidung, ob die von Südwestdeutschland ausgegangene Radikalisierung der öffentlichen Meinung zu einem Siege der Revolution führen könne. Die Entscheidung fiel gegen die Revolution aus. Das alte Deutschland mit seinen freiheitlichen Traditionen unterlag den wohldisziplinierten Truppen der jüngeren Kolonialmächte Preußen und Österreich. Für den älteren deutschen Liberalismus bedeutete die Niederlage von 1848 völlige Vernichtung. Die Führer flohen, soweit sie dem Arm der Reaktion entgangen waren. Die Jugend wandte sich der großen deutschen Einheitsfrage zu. Das Zeitalter Bismarcks begann. Der Liberalismus im Zeitalter Bismarcks stand vor der Alternative, entweder die nationale Politik dieses Mannes zu unterstützen und damit den Jugendtraum von der Niederkämpfung der Junker, Pfaffen und Bürokraten mehr oder weniger aufzugeben oder eine aussichtslose Opposition gegen die mächtigste Person des Jahrhunderts durchzuführen.

Wir Nachgeborenen können beiden Zweigen des deutschen Liberalismus der Bismarckschen Zeit gerecht zu werden versuchen. Wir sehen in beiden Lagern hervorragende Männer, deren freiheitliche Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Allein wir sehen auch, daß die Zeit nach 1870 das politische Leben in Deutschland allmählich erlahmen ließ. Die Reichsverfassung gab die volle Macht an die Regierung des Kaisers, und Bismarck war der Mann, die Geschicke des jungen Reichs nach eigenen Gedanken zu lenken.

Die damalige Lage charakterisiert sich am besten durch den Satz, daß der Liberalismus innerlich zwiespältig und abgewirtschaftet dastand, als Bismarck von der politischen Bühne abtrat. Besonders schwer war die innere Schädigung, die der Liberalismus im Zeitalter des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes erlitten hat. Bismarcks Versuch, sowohl die klerikale als auch die sozialdemokratische Opposition mit den Mitteln der Polizeichikane niederzuschlagen, wird heute von keinem einsichtigen Politiker mehr gebilligt. Damals hat ein großer Teil der Liberalen die durchaus illiberale Politik des Reichskanzlers mitgemacht. Erklärt wird dieser und mancher andere Umstand jener Zeit dadurch, daß das Nachdenken über die politischen Grundbegriffe, einst die Stärke des deutschen Liberalen, geradezu in Mißkredit gekommen war. Man schwärmte für „praktische Politik“ und verlor dadurch immer mehr den Boden unter den Füßen. Am Ende wußte niemand mehr im Volke, was eigentlich liberal war. Die nachbismarcksche Zeit brachte infolgedessen einen unaufhaltsamen Niedergang mit sich, ein Zerriebenwerden des deutschen Liberalismus zwischen neu emporkommenden starken Parteien.

Die Abwärtsentwicklung des deutschen Liberalismus seit der Gründung des Reiches soll hier in seinen Einzelheiten nicht verfolgt werden. Es sei nur daran erinnert, daß die Jugend der 90er Jahre sich fast völlig abgewendet hatte vom politischen Liberalismus, um sich den reaktionären Parteien einerseits, der Sozialdemokratie andererseits anzuschließen. Seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts ist jedoch eine Änderung eingetreten. Der Liberalismus hat neue Zugkraft und neue Ideen bekommen. Um diese neue Lage richtig würdigen zu können, wird es gut sein, einen Blick auf die deutsche Sozialdemokratie zu werfen, die ja eine Zeitlang die Rolle eines Erben der Traditionen von 1848 zu übernehmen schien.

Die deutsche Sozialdemokratie hat bekanntlich außerordentlich große Erfolge auf organisatorischem und agitatorischem Gebiet aufzuweisen, so daß sie als ein prominenter Faktor im Leben der Nation erscheint. Man wird das zugeben müssen und dennoch finden, daß der tatsächliche Einfluß dieser großen und wohlgeschulten Partei lange nicht auf der Höhe ihrer Ansprüche steht. Insbesondere steht es fest, daß die sozialdemokratische Parteibewegung in den Kreisen der geistigen Kulturträger in höchst geringem Maße Eingang gefunden hat. Unsere Gelehrten und Künstler, insbesondere unsere Nationalökonomten und Schriftsteller, sind in ihrer überwiegenden Mehrheit nichtsozialistisch gesinnt. Die wenigen Kulturträger, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, gehören zu den Outsiders der Partei. Der sozialistische Gedanke freilich, die Anschauung einer steigenden Sozialisierung der wirtschaftlichen Produktion, hat längst seinen Siegeszug auch in Deutschland gemacht und hat nicht zum wenigsten dazu beigetragen, das neue politische Leben zu wecken, das von unten her die alten Organisationen des deutschen Liberalismus zu beleben beginnt.

Die deutsche Sozialdemokratie hat politisch zu sehr ihre Ausprägung als Industriearbeiterpartei gefunden, um schlechthin zum Sammelbecken aller freiheitlich gesinnten Elemente werden zu können. Sie hat auch — was tiefere Beobachter von Anfang an auch innerhalb der Partei bemerkt haben — in ihrem System den besten Gedanken des älteren Liberalismus, den Gedanken vom Wert der Einzelpersönlichkeit, in verhängnisvoller Weise vernachlässigt. Im Rahmen der sogenannten materialistischen Geschichtsauffassung wurde ihr die politische Frage zur Magenfrage, die Sehnsucht nach Freiheit zum Kampf ums Brot und das Ringen um den Staat zum Klassenkampf gegen den Staat. Das ist aus der Entwicklung der Arbeiterbewegung ohne weiteres zu verstehen und geschichtlich notwendig gewesen. Es hat auch vom agitatorischen Standpunkt aus zweifellos der Partei der „Enterbten“ jene Stoßkraft gegeben, vor der das nach dem siegreichen Feldzug von 1870/71 reichgewordene Bürgertum etwa 15 Jahre gezittert hat. Es hat aber eine für die Parteientwicklung äußerst verhängnisvolle Konsequenz. Wenn nämlich der Proletarier durch den gewerkschaftlichen Kampf aus der untersten Schicht der „Lohnsklaverei“ emporgedrungen ist und eine Existenz errungen hat, die menschenwürdig und lohnend genannt werden muß, dann kommt für ihn als einzelnen und als Schicht der Augenblick, wo er bemerkt, daß er aufgehört hat, ein „Proletarier“ im eigentlichen Wortsinn zu sein. Noch hält ihn das Gefühl der Solidarität, die Macht der Organisation und die eigene Vergangenheit an der Partei fest, aber die revolutionäre Kraft ist gebrochen.

Diese wachsende Schicht der entproletarisierten Industriearbeiter hat nun aber eine viel größere Interessengemeinschaft mit der verhaßten Bourgeoisie, als man nach Lage der Dinge vermuten sollte. Auf sie paßt der Satz nicht mehr, daß der Arbeiter nichts zu verlieren habe als seine Kette, sie haben den bescheidenen Wohlstand zu verlieren, den sie im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung errungen haben, und sind dadurch aufs innigste verknüpft mit dem Wohl und Wehe ihres Industriezweiges und damit mit dem Aufwärts oder Abwärts desselben Gegenwartsstaates, dem sie den Namen „Vaterland“ abzusprechen gewöhnt sind. In ihren Gesichtskreis rücken mehr und mehr jene anderen Fragen, die jenseits von Klassenkampf und materialistischer Geschichtsauffassung liegen: die Fragen nach dem Staat, nach der Macht im Staat und nach dem Recht der freien Persönlichkeit gegenüber Staat, Kirche und Gesellschaft.

So mündet der Strom der Arbeiterbewegung in seiner oberen Schicht in das Meer der liberalen Weltanschauung.

Das ist der tiefste Grund der Tatsache, daß die sozialdemokratische Bewegung für die Mächte des Rückschritts ihren Schrecken verloren hat. Solange die Partei nichts war als die Partei der Unterdrückten, so lange war sie gefährlich und zog magnetartig die begeisterungsfähige Jugend aller Stände an. Jetzt ist sie „saturiert“. Man kämpft um wirtschaftliche Ziele energisch weiter, und das ist gut. Durch Nachgiebigkeit in dem und jenem Punkte hält jedoch die herrschende Schicht die Masse im Zaum. Um den Staat kämpft die Sozialdemokratie überhaupt nicht mehr, soweit sie sich des Traumes entschlagen hat, ihn demnächst durch die Diktatur des Proletariats abzulösen. Der Staat bleibt bis auf weiteres unbestrittenes Eigentum derer, die am Ruder sitzen.

Wir haben auch nur deshalb auf diese Entwicklung verwiesen, um zu zeigen, daß neue Schichten emporkommen, die an der spezifisch liberalen Problemstellung des öffentlichen Lebens interessiert sind. Von anderen Schichten gilt ähnliches. Der deutsche Bauernstand, der früher liberal gewählt hat, auch ohne die Weltanschauung des Liberalismus zu teilen, beginnt erst in unseren Tagen zum öffentlichen Leben zu erwachen. Seine Interessen sind in erster Linie Schul- und Verkehrsinteressen. Wohl hat der „Bund der Landwirte“ es verstanden, einen großen Teil der deutschen Bauernschaft in die Gefolgschaft des preußischen Feudaladels einzureihen, dem alles andere näherliegt als Schul- und Verkehrspolitik. Allein es wird niemand leugnen, daß Zukunft liegt in dem Worte „Bildung aufs Land!“, und daß dann erst im deutschen Osten die Landfrage erfolgreich in Angriff genommen werden kann, wenn sie zur Bildungsfrage und zur Persönlichkeitsfrage geworden ist.

Vor allem aber streckt sich dem Liberalismus der Zukunft das ungeheure Heer der deutschen Beamenschaft entgegen. Wir meinen nicht die Landräte und Oberstaatsanwälte, die nach der undemokratischen Staatsform unserer Nation in ihrer Gesamtheit die Regierung bilden, sondern die mittleren und unteren Beamten, die im Solde des Staates, der Gemeinde oder auch der Industrie stehen. Hier liegt vielfach politisches Neuland, auf dem nur liberale Saat gedeihen kann. Freilich, es muß hier überall der Weg durch mühsame, dem individualistisch gerichteten Liberalen zunächst fernliegende Organisationsarbeit hindurchgebrochen werden. Das Solidaritätsgefühl muß vielfach erst geweckt, die Knechtsgesinnung des Einzelnen und der Masse durch Agitation gebrochen werden. Der freie Mensch ist vielfach verschüttet unter Titelkram und Standeshochmut. Dennoch liegt hier die Sache noch günstig genug. Die deutsche Lehrerschaft ist in den meisten Gegenden auch in den schwersten Zeiten die treueste Stütze des Liberalismus gewesen. In neuerer Zeit versteht auch die akademische Jugend wiederum, daß das Problem unserer politischen Gegenwart lautet: Durch den wirtschaftlichen Kampf hindurch zur Frage von Staat und Persönlichkeit.

Hier aber müssen sich in absehbarer Zeit alle Elemente in Deutschland zusammenfinden, die nicht direkt interessiert sind an der Unterdrückung der bürgerlichen Freiheit. Die Erkenntnis muß sich Bahn brechen, daß nur durch ein Zusammenarbeiten aller fortschrittlich Gesinnten die wachsende Reaktion in Deutschland gebrochen werden kann. Je mehr sich im modernen Staat die Zahl der abhängigen Existenzen mehrt, desto gefährdeter ist die persönliche Freiheit. Im Zeitalter des fürstlichen Absolutismus konnte

Schiller in Württemberg desertieren, ohne dadurch seine Karriere als Universitätsprofessor zu gefährden. Heute reicht der Arm der Reaktion über das ganze Reich, und Tausende beginnen auf eigene Ansichten zu verzichten, weil ihre Stellung ihnen „offizielle“ Auffassungen über Staat, Gesellschaft und Religion auferlegt. Es besteht die Gefahr, daß dem „Volk der Denker und Dichter“ von einer im Dunkeln sitzenden Macht, die aus den maßgebenden Kreisen der Regierung, der hohen Geistlichkeit und der Großindustrie besteht, befohlen werde, was es zu denken und zu dichten habe.

Der Kampf gegen diese Entwicklung ist ein liberaler Befreiungsprozeß einfachster Art. Er führt zurück zu den Anfängen des Liberalismus vor 100 Jahren und hat den Vorzug, in einem Staat ausgekämpft zu werden, der wenigstens in der Theorie die Freiheit der Persönlichkeit anerkennt. Man kann fast immer im Namen vorhandenen Rechtes kämpfen.

Ob der bürgerliche Liberalismus diesen Kampf mit Erfolg aufnehmen wird?

Es bedarf hierzu eines inneren Wandlungsprozesses, der etwa in folgenden Sätzen angedeutet werden kann:

1. Die rein individualistische Art, Politik zu treiben, muß überwunden werden (Demokratisierung des Parteilebens).
2. Die Politik muß zur Volksbildungsfrage gemacht werden (Politisierung der einzelnen Schichten).

3. Die politischen Fragen müssen auf Grund moderner wissenschaftlicher Erkenntnis ohne Rücksicht auf Mandatsverhältnisse gemeinsam durchdacht werden (Wiedergeburt der liberalen Weltanschauung).

4. Die liberalen Fraktionen müssen in irgendeiner Form zu gemeinsamem Handeln zusammengebracht werden (Einigung des Liberalismus).

In diesen vier Sätzen findet sich der Grundgedanke dessen, was die neu-liberale Strömung in Deutschland im Auge hat, in verschiedener Weise ausgeprägt. Je nach Temperament oder Begabung legt der Einzelne den Nachdruck mehr auf die volkspolitische, pädagogische, theoretische oder fraktionspolitische Seite der Frage.

Im Laufe der letzten Jahre hat der Ruf nach Einigung und Neuerung des deutschen Liberalismus immer stärkeren Widerhall gefunden in allen Lagern der alten Parteien. Bei den Rechtsliberalen ist es namentlich die jungliberale Strömung, die dem Gedanken seit Jahren praktisch dient, indem sie in ihren Organisationen liberale Bildungsarbeit leistet und stets bemüht ist, den Schwerpunkt der nationalliberalen Partei nach links zu schieben. Im linksliberalen Lager sind es namentlich die ehemaligen Nationalsozialen, die unter der Führung Friedrich Naumanns seit 1903 der Freisinnigen Vereinigung angehören und seitdem besonders energisch für die Einigung des Liberalismus kämpfen. Geschlossen auf dem Boden der Einigung stehen ferner die liberalen Arbeiter, die hauptsächlich im Lager der Hirsch-Duncker-schen Gewerkschaften zu suchen sind, sowie die liberalen Vorkämpfer der Privatbeamtenbewegung. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß alle jüngeren und tätigen Elemente in den Parteien sich aus dem fraktionellen Kleinkram heraussehen und ein großzügiges, zielbewußtes Parteileben herbeiwünschen.

Seit etwa 1 ½ Jahren ist in Bayern, wo der Gedanke der liberalen Einigung am weitesten vorgeschritten ist, der „Nationalverein für das liberale Deutschland“ gegründet worden, der als Zentrale aller auf Einigung und Erneuerung des deutschen Liberalismus gerichteten Bestrebungen gedacht ist. Von dem Geist, der in diesen Kreisen lebt, zeugen nachfolgende, einem Flugblatt entnommene Sätze: „Die Einigung des Liberalis-

mus muß von unten und von innen kommen durch eine Wiedergeburt des liberalen Gedankens in den Reihen der Wählerschaft. Wir brauchen eine neue liberale Bewegung im Volk, eine neue Teilnahme am öffentlichen Leben, ein neues nationales Pflichtbewußtsein! Wir wollen die Probleme der Gegenwart mit aller Energie in Angriff nehmen, wollen einmal unabhängig von allen schwächlichen Mandatsrücksichten die politischen Forderungen aus der Tiefe unserer liberalen Weltanschauung heraus vertreten. Wir wollen alle Krücken und Brücken verschmähen lernen, durch die der praktische Politiker so leicht das Vertrauen des Volkes verscherzt. Wir wollen unsere Gedanken machen über die Grundlagen des öffentlichen Lebens, über Freiheit, Fortschritt, Kultur, Demokratie, Vaterland! Wir wollen den alten liberalen Geist wieder hervorholen, der im Volke liegt und der nur vielfach erstickt worden ist durch Nützlichkeits erwägungen, Phrasen und Energielosigkeit. Wir brauchen eine Volkspredigt zur Freiheit. Politiktreiben darf nicht ein Feilschen um Steuern und Zölle, muß vielmehr Erziehungsarbeit am Volk bedeuten. Wo sind die Erzieher? Wo sind die Prediger? Je tiefer wir in die Bedürfnisse der Gegenwart eindringen, desto mehr werden wir auf das Gebiet der politischen Pädagogik gedrängt. Hier liegt die Hoffnung besserer Zukunft. Laßt uns liberale Kultur pflegen, ehrliche Volksgesinnung und -bildung im Sinne unserer Weltanschauung. Dann, nur dann, dann aber ganz gewiß wächst die liberale Einigung mit organischer Kraft aus unserer Arbeit empor.“

Die Arbeit, der sich der Nationalverein hingibt, ist demnach keine parteipolitische im engeren Sinne des Wortes, sondern eine volkspädagogische zu nennen. Es wird versucht, eine Vertiefung des öffentlichen Lebens zu erreichen durch Schaffung einer politisch-wissenschaftlichen Literatur, die dazu dienen soll, reelle Kenntnisse über die Grundlagen aller Politik zu verbreiten. Mit besonderem Eifer gibt sich der junge Verein der Veranstaltung volkswirtschaftlicher Ausbildungskurse hin, in denen Angehörige aller Stände eine gediegene Grundlage für ihre politische Arbeit erhalten sollen. Der Verein hat vor kurzem eine Verlagsbuchhandlung ins Leben gerufen, die allerlei Volksschriften, Sendbriefe usw. herausgibt. Um der liberalen Einigungsbewegung auch direkt zu dienen, beruft der Nationalverein alljährlich einen gesamtliberalen Kongreß, auf dem sich die Freunde der liberalen Einigung über die Grundfragen des öffentlichen Lebens auseinandersetzen. Im Jahre 1907 stand auf dem Heidelberger Kongreß die Arbeiterfrage im Vordergrund, 1908 wurde in München die Verfassungsfrage grundsätzlich erörtert. In besonderen Abteilungen werden Einzelprobleme aus dem Gebiet der Sozialpolitik, der Frauenfrage, des Schul- und Bildungswesens und der Landwirtschaft erörtert.

Das alles sind natürlich nur tastende Anfänge, deren inneren Wert erst die Zukunft lehren wird. Mit Recht hat man das liberale Parteiwesen der Gegenwart mit einem Trümmerhaufen verglichen, aus dem nur mühsam Stein um Stein zu einem bewohnbaren Gebäude zusammengetragen werden kann. Dennoch ist der Glaube an eine kommende Erneuerung des Liberalismus heute wieder Gemeingut für viele geworden. Vom Standpunkt des Fortschritts hängt von dieser Entwicklung geradezu das Schicksal Deutschlands ab. Denn nur, wenn es gelingt, das deutsche Bürgertum mit neuliberalen Gedanken zu erfüllen und in ein schlagfertiges Heer von Freiheitskämpfern umzuwandeln, kann die Vormacht des preußischen Polizei- und Beamtengeistes im Reiche gebrochen werden.

CHRISTIAN RAKOWSKI, EH. MITGLIED DES BULGARISCHEN PARLAMENTS IN SOFIA, PROBLEME DER TÜRKISCHEN UMWÄLZUNG.



Die letzte Festung des Absolutismus in Europa ist gefallen. Die Türkei ist in die Reihe der modern und freiheitlich regierten Staaten eingetreten.

Wie alles gekommen, ist bekannt. Mitte Juli verbreitete der Telegraph überallhin die Kunde, daß ein türkischer Offizier, Niazi Effendi, sich mit 100 Soldaten und Gesinnungsgenossen in die Berge von Monastir geflüchtet habe. In Mazedonien, wo über der Schattengewalt des Sultans stets das Regime der Bergkönige und ihrer Banden gestanden hatte, war dies Begebnis bloß nach einer Richtung hin von neuer Artung. Man fragte sich, ob auch die Jungtürken nach dem Muster der bulgarischen und griechischen Revolutionäre einen Guerillakrieg mit den türkischen Behörden beginnen wollten, oder ob es sich um einen vereinzelt Fall, ohne allgemeine Bedeutung handle. Bald zeigten die sich überstürzenden Ereignisse, in neuer Anwendung des alten Satzes, daß nicht eine Revolte — daß die Revolution begonnen habe. Dem Unternehmen Niazi Effendis lag eine weitverbreitete Verschwörung zugrunde, die bald darauf an mehreren anderen Punkten der Provinz zu Aufständen und Erfolgen führte. Feldmarschall Osman Pascha, der vom Sultan beauftragt ward, die Bewegung zu unterdrücken, wurde von Aufständischen gefangen genommen, und allüberall in den Regimentern verlangten die Offiziere in stürmischer Weise den Erlaß einer Konstitution. Gerade der Umstand, daß diese in allen anderen Staaten so konservative Standesgruppe in der Türkei als Träger der Revolution auftrat, gibt dieser letzteren eine so eigenartige, allgemeine Bedeutung.

Hatten all die andern Volksbewegungen der Geschichte sich im Kampfe mit der bewaffneten Macht durchsetzen müssen, so gab in der Türkei der Übergang des Offizierskorps ins revolutionäre Lager sofort alle materielle Macht in die Hände der freiheitlichen Führer. Gewiß mögen besondere Umstände mitgespielt haben, indem die an modernen Kriegsschulen nach deutscher Art herangebildeten Offiziere als modernste und gebildete Klasse der Bevölkerung, zuerst das Unerträgliche der alten Willkür und Günstlingsherrschaft erkennen mußten. Immerhin zeigt die türkische Entwicklung, daß eine innere Unverträglichkeit zwischen den Gesinnungen eines selbstbewußten Offizierskorps und der Begeisterung für freiheitliche Reformen nicht bestehe. Mit den militärischen Pronunziamentos Spaniens und Südamerikas liegt hier keine Analogie vor; nicht ehrgeizige Generäle haben ihre Macht mißbraucht, sondern eine ganze Klasse setzte sich hier für Freiheitsideen ein. Die psychologischen Lehren der türkischen Revolution mögen also immerhin für die Beurteilung künftiger Volksbewegungen in Europa ihre Anwendung finden.

Am 24. Juli wurde der Sultan durch den Generalinspektor von Mazedonien Hilmi Pascha informiert, daß die Armeekorps der Provinz in ihrer Gesinnung durchaus auf Seite des Aufstands seien. Ihren drohenden Anmarsch auf Konstantinopel zu verhindern, entschloß sich der Sultan, die Konstitution des Jahres 1876 wiederherzustellen.

Von diesem Augenblick an lenkte die jungtürkische Revolution in gesetzliche Bahnen ein. Ihre Komitees traten mit Nachdruck und Schärfe

für eine Reihe von dringlichen Maßregeln ein, aber die ersten Erfolge der Bewegung hatten ihre Macht so entscheidend dokumentiert, daß es keiner weiteren Gewaltanwendung bedurfte. Die Abschaffung der Zensur, die allgemeine Amnestie und die Berufung des freiheitlich gesinnten Kiamil Pascha als Großwesir erfolgten im Verlauf von wenigen Tagen.

Ein ernstlicher Widerstand von seiten der alten Machthaber von Konstantinopel war nicht zu verzeichnen. Sie eilten, ihre Person und Güter nach Europa in Sicherheit zu bringen, und bloß zu Adrianopel schien es einen Augenblick, als sollte eine Gegenrevolution ausbrechen und zwar — was nach europäischen Begriffen so überaus seltsam ist — als Aufstand der konservativen und sultan-treuen Soldaten gegen die freiheitlichen Offiziere. Der Sultan selbst aber, der sein Reich in Händen der revolutionären Bewegung sah, bemühte sich — und zwar mit Erfolg —, die Soldaten zum Gehorsam gegen ihre Offiziere und die siegreich gewordene Bewegung anzuleiten; diese völlige Unterwerfung des Herrschers unter die Gebote der Revolution ist gewiß ein psychologisches Phänomen ganz eigener Art. Abdul Hamid ging so weit, selbst seine Kandidatur für das Ehrenpräsidium des revolutionären Zentralkomitees „für Einheit und Fortschritt“ aufzustellen und eine Erinnerungsmedaille mit der Umschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ prägen zu lassen. Manche haben gemeint, daß all der Eifer nur bestimmt sei, die freiheitlichen Führer zu täuschen und in Sicherheit zu wiegen, um sie desto leichter stürzen zu können. Aber solch allzugrober Täuschungsversuch wäre den durch jahrzehntelangen Kampf belehrten jungtürkischen Führern gegenüber doch ohne Wert gewesen.

Andere meinen, der Sultan beuge sich eben vor der unüberwindlichen, materiellen Macht der Revolution.

Richtiger wohl ist es, den Zustand körperlich-seelischer Depression, an dem Sultan Abdul Hamid seit langen Jahren litt, zur Erklärung heranzuziehen. Seit langer Zeit von Verfolgungswahn gepeinigt, durch die Furcht vor dem Königsmorde zu verzweifelter Grausamkeit gegen alle freiheitlicher Gesinnung Verdächtigen getrieben, sieht sich der Sultan nun tatsächlich in den Händen seiner Feinde. Von ihnen hängt es ab, großmütig zu vergeben, oder den Opfertod ihrer Freunde an ihrem Henker zu rächen. Dieser völlige Wandel der Geschehnisse übte auf den Sultan einen so niederdrückenden Einfluß aus, daß er sich in der Tat auch seelisch überwunden gab und jeden Gedanken des Widerstandes aus seiner Seele bannte.

Scheint so der dauernde Erfolg der freiheitlichen Bewegung derzeit von keiner Gegenrevolution bedroht, so haben wir nunmehr die Möglichkeiten staatlicher Umwandlung im Türkischen Reiche ins Auge zu fassen.

Bisher hatte ja auch die gewalttätige Despotie Abdul Hamids auf die entfernteren Provinzen des Reiches nur wenig tatsächlichen Einfluß besessen. Sollte der milden, freiheitlichen Regierungsform gelingen, was der Tyrannei versagt war: einheitliche Gesetze und Geschehnisse vom Adriatischen Meer bis zum Persischen Meerbusen festzulegen?

Die jüngsten Ereignisse scheinen allerdings das Wunder erfüllen zu wollen. In Mazedonien beschränkte sich die türkische Herrschaft seit langem auf die Städte, die Heerstraßen, sowie auf die Möglichkeit, die Talbewohner auszuplündern, was mit dem Namen Steuereinhabung benannt wurde. Auf den Bergen geboten die einander bekämpfenden bulgarischen und griechischen Banden, sowie im Westen die freien Albanesenstämme; sowie jedoch die Konstitution proklamiert wurde und die Kunde hiervon in die

Berge drang, bemächtigte sich aller, der friedlichen Hirten, wie der kampf-gewohnten Banden eine solche Hoffnung besserer Zukunft, daß man freiwillig herniederstieg, sich mit Soldaten und Stadtbewohnern zu ver-brüdern. Alle Richtungen, alle nationalen Gruppen und Parteien sind hierin einig.

Im Schoße speziell der bulgarischen Bewegung von Mazedonien bestehen zwei Tendenzen: die erste erstrebt die Vereinigung Mazedoniens mit dem Fürstentum Bulgarien, die zweite die Autonomie der Provinz im Rahmen des Türkischen Reiches. Es ist erinnerlich, wie diese Gegensätze zu mörderischen Bruderkämpfen der mazedonischen Bulgaren untereinander und zur Ermordung des Komiteepäsidenten Sarafow geführt haben; gegenwärtig aber haben sich beide Richtungen für die Unterstützung der jungtürkischen Bewegung ausgesprochen; die eine, auf dem Boden des türkischen Reichs-gedankens stehende Partei unter Führung Sandanskys (der bei den Wahlen zum türkischen Parlamente kandidieren will) in durchaus rückhaltloser Weise, die andere, irredentistische Gruppe, die mit der bulgarischen Regierung enge Beziehungen unterhält, in Selbstüberwindung und Ver-leugnung der eigenen letzten Ziele.

Der Präsident dieser Gruppe, Pintscheff, hat erklärt, in keiner Weise der Verwirklichung der Reformen, wie sie die jungtürkische Partei plant, entgegenarbeiten zu wollen.

Zweifellos würde trotzdem die völlige Konsolidierung auf freiheitlicher Grundlage eine schwere Enttäuschung für alle Kreise, die von einem Groß-Bulgarien träumen, bedeuten. Während man es bisher für eine bloße Frage der Zeit hielt, wann die bulgarischen Bezirke Mazedoniens an das Fürsten-tum fallen würden, scheint nunmehr das Ideal nationaler Einheit aller Bul-garen diesseits und jenseits des Balkans ferner denn je gerückt. Aber nicht die Wünsche und Träume, die man in Sofia hegen mag, können die Ent-wicklung entscheiden. Das Fürstentum, militärisch zu schwach, selbst gegenüber der desorganisierten Armee des türkischen Despotismus, wird sich den mächtigen Heeren einer modernen türkischen Großmacht niemals entgegenstellen können. Sowie in Mazedonien Friede und Ordnung auf Grundlage der Zufriedenheit aller Volksstämme einzieht, fehlt auch der moralische Ansporn, der bisher gerade die besten, jungen Kräfte des Fürsten-tums zum Kampf für die Befreiung der Brüder begeisterte. Wenn die maze-donischen Bulgaren ihre Deputierten ins türkische Parlament entsenden und sich der reichstreuen Partei anschließen, dann ist die bulgarisch-maze-donische Frage gelöst und die Träume von Bulgariens künftiger Größe müssen sterben.

Nichtsdestoweniger werden sich alle wirklich einsichtigen, von Bruder-liebe erfüllten Politiker Bulgariens des neugewonnenen Glücks der Volks-genossen aufrichtig freuen und alles tun, um eine Störung des begonnenen Reformwerkes in der Türkei durch auswärtige Komplikationen zu ver-meiden.

Sehr wichtig für den ganzen Kreis von Problemen wird es auch sein, ob innerhalb der jungtürkischen Partei die von Ahmed Riza geführte Gruppe, welche einen mächtigen Einheitsstaat begründen will, oder aber die vom Neffen des Sultans Sebah-Edin geführte föderalistische Fraktion die Ober-hand behält. Der letztere Fall wäre für die Sache der Christen Mazedoniens der weitaus günstigere. Bestehen doch bereits seit einigen Monaten sehr enge Beziehungen zwischen der genannten Gruppe und den christlichen,

besonders den revolutionären, armenischen Organisationen, und ein gemeinsames Aktionsprogramm zwischen all diesen Gruppen wurde vereinbart.

Das Ziel dieser Strömung ist die Errichtung eines Bundes autonomer Völker, von denen jedes seine nationalen und religiösen Angelegenheiten selbständig erledigt, während dem Reichsparlament zu Konstantinopel die Bearbeitung der politischen und ökonomischen Fragen, die allen Völkern des Bundes gemeinsam sind, überlassen bliebe. So könnten Türken, Bulgaren, Serben und Albanier, Griechen und Armenier, sowie vor allem die Araber (die in geistiger Reife und Anpassungsfähigkeit an modern ökonomische Bedingungen den Türken selbst weitaus überlegen und in den Süd- und Ostprovinzen des Reichs als Mohammedaner das staatsstreue, wenngleich bisher unterdrückte Element bilden), dann könnten alle diese Völker ihre ureigensten Möglichkeiten geistiger und seelischer Kultur ausbilden, dann könnten alle diese vielen Begabungen, die bisher vom eisernen Joche türkischer Tyrannei und Mißwirtschaft niedergehalten waren, sich frei entfalten.

Schon haben sich in diesen letzten Jahren in Syrien und den anderen arabischen Provinzen des Reiches unter dem Einfluß der fortschrittlichen Strömungen des stammverwandten Ägypten gleichgerichtete Tendenzen angedeutet.

Unter dem neuen freiheitlichen Regime wird das arabische Volk zu neuem kulturellen Leben erwachen; eingedenk seiner großen geschichtlichen Traditionen, wie auch angesichts seiner numerischen Stärke, wird es nur schwer die Weiterherrschaft des türkischen Stammes, an den seit den letzten Jahrhunderten das Khalifat gefallen ist, ertragen wollen.

Sollen nicht schwere Kämpfe entbrennen zwischen den beiden mohammedanischen Völkern des Reiches, den Türken, die sich bislang vermöge ihrer soldatischen Tugenden behauptet, und den Arabern, die ihnen an Handelsgeist und allem, was zur Vorherrschaft im industriellen Zeitalter der Gegenwart nötig, so sehr überlegen sind, dann muß diesen letzteren durch ein weites Maß nationaler Autonomie die Möglichkeit gegeben werden, auch im Rahmen des Türkischen Reiches alle legitimen kulturellen Aspirationen zu erfüllen.

Dasselbe gilt von den christlichen Völkern des Reiches. Die Statistik gibt für die Bulgaren eine Quote von 42 Geburten jährlich für 1000 Einwohner, für die Türken bloß von 23 $\frac{1}{2}$. So muß auch das numerische Verhältnis in Mazedonien immer mehr zugunsten der ersteren sich verschieben. Von ihrer besseren Anpassungsfähigkeit, ihrer großen ökonomischen Reife im Vergleich zu den Türken gilt das bereits von den Arabern Gesagte. Das Beispiel der Rajahstaaten des Balkans (Bulgarien, Serbien, Montenegro, Rumänien) zeigt auch, wie rasch diese geknechteten Hirten sich in moderne politische Verhältnisse gefunden, während bei den Türken selbst, die so lange Zeit Stütze eines feudalen Systems gewesen, viel größere psychologische Schwierigkeiten zu überwinden sind.

Wenn die Führer der freiheitlichen Bewegung daher den Weg weiser Staatskunst einschlagen wollen, so werden sie den Fehler Midhat Paschas und seiner Freunde vom Jahre 1876 vermeiden und nicht auf den türkischen Volksstamm allein ihr konstitutionelles Gebäude gründen dürfen. Dann werden sie Araber und Christen nicht bloß zum Militärdienst und formellen Wahlrecht, sondern auch zur vollen, gleichberechtigten Teilnahme an der politischen Herrschaft heranziehen müssen. Wenn dies geschieht, dann wird jedes dieser Völker seine vollen, nationalen Kräfte in den Dienst des Reiches stellen, dann wird die Kooperation all dieser Intelligenzen und Ideale

eine wahre Renaissance der morgenländischen Kultur herbeizuführen vermögen.

Dann werden die Araber im Geiste der Handelstraditionen ihrer Väter Landwirtschaft und Verkehr in Syrien und Mesopotamien zu neuem Leben erwecken; dann wird ausländisches Kapital im Schutze einer unbestechlichen geordneten türkischen Verwaltung neue Industrien in jene reichen Lande verpflanzen, die einstmals so blühend waren und heute so öde und verlassen sind; dann wird in Kleinasien ein gesunder, kraftvoller türkischer Bauernstand dem Reiche jene Kräfte der Demokratie geben, deren es für seine freiheitliche Ausgestaltung bedarf; dann werden Griechen und Armenier Zentren geistigen Schaffens entwickeln, Bulgaren, Serben und Albanier ins Licht der Geschichte eintreten und ihre ungebrochenen Kräfte zur Zeugung neuer ökonomischer und kultureller Werte entwickeln können.

Europa wird so freilich seine Hoffnungen auf politische und ökonomische Beherrschung der Türkei begraben. Aber die geistigen Energien des Westens, das Beispiel seiner demokratischen Institutionen, werden neues ökonomisches und eigenartig geistiges Leben in den morgenländischen Völkern innerhalb der Grenzen des Türkischen Reiches entkeimen lassen. Und die Stätten, auf denen drei große Weltreligionen erwachsen, von denen aus Moses, Christus und Mohammed ihre geistige Herrschaft westwärts bis nach Amerika und ostwärts nach Hinterindien erstreckten, auf denen die hellenistische und die arabische Zivilisation geblüht, die nun aber seit bald 1000 Jahren aus dem Kreis der vorwärtsschreitenden Entwicklung getreten, werden wieder ins helle Licht der Geschichte rücken.

Großes mögen wir von ihnen zu erwarten haben; und darum bedeutet die türkische Revolution, die all diese Kräfte löste und ihrer Fesseln entledigte, eine wahrhafte Zeitenwende.



M. MAHLINGER, (EH. PEKING): DIE PSYCHOLOGIE DER JAPANISCHEN AUSWANDERUNGSBEWEGUNG.



IN allgemeiner Erinnerung stehen noch die Konflikte der amerikanischen und kanadischen Regierung mit Japan, welche durch die Auswanderungsbewegung vom letztgenannten Lande nach Amerika hervorgerufen wurden. Wohl scheint die Spannung in diesem Augenblick ein wenig nachgelassen zu haben, aber die Frage ist doch keineswegs endgiltig gelöst, da sie auf dem Gegensatz zweier sozialer Kräfte beruht, welche beide geschichtlich notwendig erwachsen sind und die Möglichkeit dauernden Ausgleiches nicht bieten.

1. Die Bevölkerung Japans ist ständig in starker Zunahme begriffen. Man schätzt dieselbe auf mindestens 800 000 Seelen pro Jahr, und auf dem engbegrenzten Boden der japanischen Inseln gibt es kein Fleckchen mehr, wo dieser Überschuß sich niederlassen könnte. Japan ist daher gezwungen,

seine ganze Politik auf Gewinnung einerseits von Absatzmärkten für seine Industrie (um eine zahlreiche Arbeiterbevölkerung ernähren zu können), andererseits von neuen Landstrecken für seine Auswanderung zu konzentrieren. Aus diesem doppelten Gesichtspunkt wurden Japans Kriege mit China und Rußland geführt, wird heute die Kolonisierung Koreas trotz des verzweifelten Widerstandes der eingeborenen Bevölkerung des Landes in Angriff genommen. Alltäglich landen Auswandererschiffe an seiner Küste, werden neue Landstücke unter diesem oder jenem Vorwand der eingessessenen Bevölkerung genommen und Platz für japanische Siedler geschaffen. Trotzdem aber sind die Möglichkeiten dieser Kolonialpolitik beschränkt. Korea ist schon heute dicht bevölkert, und die Gewalt als Mittel, Raum zu gewinnen, hat ihre Grenzen. Das Land mag auch weiterhin der Betätigung des Unternehmungsgeistes japanischer Industrieller und Kaufleute günstige Chancen bieten, für die japanischen Bauern sind diese nur begrenzt, und für den japanischen Arbeiter gibt es in Korea überhaupt keine Aussichten, denn die im Lande üblichen Arbeitslöhne stehen tief unter denen Japans, und die Konkurrenz der einheimischen Arbeiter läßt jeden Versuch einer Höherhebung derselben aussichtslos erscheinen. Ganz analoge Momente gelten für die japanischen Besitzungen in Formosa und der Mandschurei. Sie können mit der Zeit wertvolle Absatzmärkte für die japanische Industrie werden und günstige Gelegenheit zur Plazierung japanischer Kapitalien bilden, aber die Lösung des japanischen Bevölkerungsproblems kann nicht in der Auswanderung nach diesen asiatischen Gebieten liegen.

2. Ganz andere Möglichkeiten für den japanischen Arbeiter, der in der Heimat sein Brot nicht findet, bietet die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten und nach Kanada. In den weiten Gebieten an der Küste des Pazifischen Ozeans hat die landwirtschaftliche und industrielle Erschließung eben erst begonnen, werden überall Bewässerungsanlagen gebaut, Bahnen und Fabriken errichtet. Überaus groß ist der Bedarf an Arbeitskräften, und die spärliche weiße Bevölkerung dieser Gebiete kann sie nur in geringer Anzahl liefern. So mußten die Arbeitslöhne in den Weststaaten der Union und Kanadas eine bedeutende Höhe erreichen, und machtvolle Arbeiterorganisationen erstanden, um sie gegenüber der allmählichen und wenig zahlreichen Einwanderung aus den Oststaaten in gleicher Höhe festzuhalten.

Der einwandernde japanische Arbeiter war daher gewiß, Löhne zu verdienen, welche ein Vielfaches der in seiner Heimat üblichen betragen; allerdings aber mußte er, um gegenüber seinem weißen Arbeitskonkurrenten bevorzugt zu werden, sich um niedrigere Löhne als dieser anbieten. Er konnte dies um so eher tun, als seine Lebensbedürfnisse unvergleichlich geringer sind, und die Nahrung, wie sie in Japan üblich, sich zu einem überaus niederen Preis erstehen läßt.

Sowie diese Einwanderung bedeutende Dimensionen annahm, erhob sich leidenschaftlicher Widerstand der weißen Arbeiterbevölkerung. Ligen bildeten sich, welche ein Verbot japanischer Einwanderung forderten, Straßenexzesse wurden gegen japanische Arbeiter verübt, ihre Häuser wurden angegriffen, ihre Kinder durch die Schulbehörde von den öffentlichen Schulen der weißen Kinder ausgeschlossen. Man erinnert sich, wie infolge dieser Ereignisse eine starke Spannung in den diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Japan eintrat, und die Regierung des letzteren Landes in energischer Weise die Einhaltung der Verträge forderte, die den Japanern

gleiche Rechte wie allen andern Nationen auf dem Boden Amerikas sichern. Die amerikanische Regierung konnte dieser Forderung nicht entsprechen, einerseits aus konstitutionellen Gründen, weil sie gegenüber dem Widerstand der kalifornischen Staatsbehörden wirksame Zwangsmittel nicht besitzt; andererseits auch aus allgemeinen Gründen. Man konnte und wollte nicht zulassen, daß eine hoch qualifizierte, gut bezahlte, für jeden sozialen und kulturellen Fortschritt günstig disponierte, weiße Arbeiterklasse durch eine schlecht bezahlte, allen modernen demokratischen Ideen gegenüber teilnahmslose, japanische Arbeiterklasse verdrängt, und ein neuer Spannungszustand zwischen ungleich starken Rassen geschaffen werde, wie ihn Amerika zu seinem Unglück bereits in der Negerfrage der Südoststaaten besitzt. Selbst solche Personen und Parteien der Union, welche durchaus auf dem Standpunkte der Völker-Solidarität und Humanität stehen (wie die sozialistische Partei Amerikas), konnten sich diesen zwingenden Gründen nicht verschließen und traten für Abwehr orientalischer Einwanderung ein.

Den diplomatischen Vorstellungen der Union gelang es denn auch, Japan zu einer quasi freiwilligen Einschränkung der Auswanderungsbewegung nach Nord-Amerika zu bestimmen.

Unter dem Zwange dieser Verhältnisse entschloß sich die japanische Regierung, in den andern Ländern des Erdkreises nach neuen Möglichkeiten der Auswanderung Umschau zu halten. Mehrere erfahrene und tüchtige Persönlichkeiten, wohl vertraut mit den Wünschen und Notwendigkeiten japanischer Auswanderung, wurden insbesondere nach den Staaten Mittel- und Süd-Amerikas entsendet, M. Yada nach Mexiko, M. Iwamura nach Chile, Peru und Bolivien, M. Aaktsuka nach den Philippinen und M. Fugita nach der Frankreich gehörigen Insel Réunion. Der Erfolg dieser Missionen schien zunächst ein günstiger zu sein, insbesondere die Regierungen von Chile, Peru und Mexiko äußerten keinerlei Bedenken gegen japanische Einwanderung, erklärten vielmehr, dieselbe in jeder Weise unterstützen zu wollen. Es ist auch ohne weiteres klar, daß diese Länder mit ihren billigen indianischen Arbeitskräften eine Erniedrigung der Löhne durch japanische Einwanderer nicht zu fürchten, vom unternehmenden Sinn und der Tüchtigkeit der Japaner vielmehr eine Erschließung ihrer wirtschaftlichen Reichtümer zu erhoffen hatten. Aber andererseits muß gerade der tiefe Stand der üblichen Löhne in diesen Ländern für den japanischen Arbeiter überaus ungünstig erscheinen. In Süd-Amerika und den Philippinen stünde er genau oder fast so wie in Korea und der Mandschurei der Konkurrenz einer anspruchslosen, einheimischen Arbeiterklasse gegenüber und könnte nicht, gleichwie in Nord-Amerika, in kurzer Zeit derart bedeutende Löhne gewinnen, um den Rest seines Lebens von seinen Ersparnissen in Japan leben zu können. So ist eine dauernde Abkehr des japanischen Auswanderungsstromes von seiner Richtung nach Nord-Amerika nicht zu erwarten, und die japanische Regierung ist in einer überaus schwierigen Lage. Schon heute steht sie einer mächtigen Strömung im Volke und im Parlamente gegenüber, die ihr ihre Nachgiebigkeit gegenüber Amerika zum schweren Vorwurf macht und die Brechung des amerikanischen Widerstandes, wenn nötig mit Waffengewalt, fordert. Diese Strömung wird in wirkungsvoller Weise von den Auswanderungsgesellschaften befördert, für welche der Auswanderertransport nach Amerika eine Lebensfrage bedeutet. Viele Aktionäre dieser Gesellschaften gehören dem Parlamente an oder bekleiden andere einflußreiche Stellungen und schüren überall die Auflehnung gegen die Versöhnungspolitik der Regierung.

Inwieweit diese letztere wirklich aufrichtig ist und nicht vielmehr bloß auf einen günstigen Augenblick zur Kriegserklärung wartet, ist übrigens sehr schwer zu entscheiden. Für die letztere Hypothese sprechen die seltsamen Formen und Methoden, welche die japanische Auswanderung nach Hawai angenommen hat, jener Inselgruppe inmitten des Pazifischen Ozeans, die im Falle eines Krieges mit Amerika überaus große strategische Bedeutung gewinnen müßte.

Wohl datiert die japanische Einwanderungsbewegung nach diesen Inseln bereits seit langen Jahren. Die amerikanischen Zuckerpflanzler hatten sich bereits vor mehr als 2 Dezennien nach Japan um Beschaffung brauchbarer Arbeitskräfte gewandt, und lange Zeit waren es überwiegend landwirtschaftliche Arbeiter, die nach Hawai auswanderten. In den letzten Jahren sind diesen aber mehr und mehr „gelernte“ Arbeiter, Kaufleute und Handelsangestellte gefolgt, und das ökonomische Leben Hawaiis gelangt so mehr und mehr in japanische Hände. Heute beträgt die Zahl der Chinesen und Japaner auf den Inseln 87 000 gegenüber bloß 5800 Europäern, 7200 Amerikanern und 53 000 Eingeborenen und andern für Zwecke der Plantagenarbeit eingeführten Bevölkerungselementen. Die Zahl der Japaner, welche fähig wären, die Waffen zu tragen, und mit denen im Falle einer Aufstandsbe-
wegung gerechnet werden müßte, beträgt 60 000.

Angesichts dieser bedenklichen Verhältnisse beschloß die amerikanische Regierung die Einleitung einer eingehenden Untersuchung, und die Berichte, die ihr vom Generaldirektor der Zölle, Herrn Edwin Farmer, und dem Gouverneur Herrn Carter zukamen, bestätigten ihre Befürchtungen. Die Mehrheit der Einwanderer in diesen letzten Jahren waren ehemalige Soldaten, die am Kriege gegen Rußland teilgenommen hatten. Die zollamtliche Untersuchung ihres Gepäcks ergab, daß fast alle ihre Uniformen und viele ihre Waffen (angeblich als Kriegsandenken) mitgebracht hatten. Bei einigen fand man, sorgfältig unter den andern Gepäckstücken versteckt, Ordensabzeichen, Säbel und Schnellfeuerwaffen. Ins Kreuzverhör genommen, gestanden sie, daß sie während des Krieges dem Generalstabe Nogi, Oku und Kuroki angehört hatten. Des ferneren organisierten die Plantagenarbeiter unter dem Vorwande sportlicher und geselliger Übungen Schulbataillone für die jungen Leute, und Scharfschützenübungen für die älteren Personen. Da sie am Tage mit ihrer Arbeit beschäftigt waren, nahmen sie diese Übungen des Nachts vor und veranstalteten bei Mondlicht vollständig geregelte militärische Manöver.

Angesichts dieser Tatsachen mußte die amerikanische Regierung schwersten Verdacht gegen die Friedensversicherungen Japans schöpfen, und man beginnt diesen Staat offen zu beschuldigen, daß er allmählich und unter dem Scheine der Arbeitereinwanderung ein ganzes Armeekorps mit vollständiger Bewaffnung und ausgebildetem Generalstabe nach Hawai gesandt habe. Wer sich der Zeit vor dem Russisch-japanischen Kriege und der vielfachen Verkleidungen erinnert, in denen japanische Offiziere sich im russischen Gebiete der Mandschurei aufhielten, wer den grenzenlosen Opfermut der japanischen Bürger kennt, wird eine solche Hypothese, so phantastisch sie scheinen mag, keinesfalls von der Hand weisen können. Ist sie aber richtig, dann muß befürchtet werden, daß der ökonomische Konflikt zwischen Japan und Amerika keine friedliche Lösung in dem einen oder andern Sinne finden, sondern einen gewaltigen Krieg entfesseln wird, der über die Zukunft der Küstenländer des Stillen Ozeans entscheidet.

OBERST LE MARCHAND, PARIS: DURCH KRIEG ZUM FRIEDEN.

VIELFACH hört man die Ansicht aussprechen, daß der Kampf gegen die Armeen und ihre Beseitigung der einzige Weg sei, um in Zukunft den Ausbruch von Kriegen auszuschließen. Diese unvernünftige Idee ist bedingt durch einen Mangel an Überlegung, durch die Verwechslung von Ursache und Folge. Nicht die Soldaten, nicht die Armeen sind es, welche zum Kriege führen, sondern die Volksstimmung, der Wille der Herrschenden und am letzten Ende der Spruch der Diplomatie. Die Soldaten sind vielmehr berufen, den einmal erklärten Krieg durchzuführen und den Frieden wiederherzustellen. Wenn wir einen etwas gewagten Vergleich anstellen dürfen, so möchten wir sagen, daß die Politiker es sind, welche absichtlich oder unabsichtlich die Kriegsfeuer anzünden und dann die Soldaten berufen, diese Feuer wieder zu löschen, so wie die Feuerwehr berufen ist, Branddienst zu tun. Dies ist nicht paradox, wie es scheinen mag, es ist die durchaus ernste Erklärung eines der wichtigsten Grundsätze unseres Problems; daß nämlich die Armee nicht die Ursache, sondern die Folge der allgemeinen kriegerischen Situation darstellt. Auch hier gilt es wie überall, daß die Funktion sich ein Organ geschaffen hat. Aus der Eigenheit unserer sozialen Ordnung, durch Kriege unterbrochen zu werden, erwachsen die Armeen; so wie die soziale Ordnung zu einer unterbrechungslosen wird, müssen die Armeen verschwinden. Die Beseitigung von Armeen würde aber den Ausbruch von Kriegen durchaus nicht unmöglich machen, sie würde bloß zur Improvisierung, zur Volksbewaffnung führen.

Wer also ernstlich bestrebt ist, das Zeitalter der Kriege zu beenden, muß all sein Augenmerk auf die Beeinflussung der Volksstimmung selbst richten, den Willen der Menschen und Völker auf neue Ziele lenken. Der tatsächliche Ausbruch von Kriegen kann, so paradox dies scheinen mag, das Herannahen des permanenten Friedenszustandes nur beschleunigen, denn der bewaffnete Frieden, der in Wahrheit als latenter Krieg angesehen werden muß, kann unbegrenzt dauern; der wirkliche moderne Krieg mit seinen Gräueln, die die Weltgeschichte noch nie gesehen, würde die Volksstimmung in entscheidender Weise zugunsten der Friedensidee verändern. Je weniger Milderungen des Krieges durch Völkerrechtsgebrauch eingeführt sind, je mehr er sich in seiner ganzen Furchtbarkeit entwickeln kann, desto mehr wird er gefürchtet werden, desto mehr wird man auf andere Mittel und Wege sinnen, um internationale Verwicklungen zu entscheiden.

Aber so sehr wir auf die Furcht vor den Folgen des Krieges als Helfer der Friedensbewegung rechnen dürfen, wir müssen doch auch bestrebt sein, die Entwicklungskräfte, die zum Kriege neigen, selbst in andere Richtungen zu lenken. In der überwiegenden Mehrzahl der Fälle ist es ein Interessengegensatz, der zum Kriege führt, mag er auch in seiner letzten Entwicklungsphase sich in die Form der Verteidigung der nationalen Ehre kleiden. Solche Interessengegensätze auszuschließen und möglichst innige Interessengemeinschaft der Völker zu schaffen, muß nächstes Ziel der Friedensbewegung sein. Mit Recht wurde gesagt, daß der Freihandel vor allem eine solche Interessengemeinschaft begründe, indem jedes Volk vom andern notwendige Lebensbedürfnisse beziehe und auf friedlichen Verkehr mit seinem Nachbar angewiesen sei. Aber nicht bloß freier Güteraustausch, sondern auch freier

Ideenaustausch ist notwendig, denn so werden die Völker einander immer verwandter werden, ihre Zivilisation und ihre Anschauungen werden sich einander immer mehr nähern.

-Es ist gerade so mit Völkern wie mit Individuen: Weniger Gefahr des Streites, der Mißverständnisse und des Bruchs zwischen Menschen von gleich guter Erziehung und zwischen Völkern von gleich hoher Zivilisation als zwischen Personen und Nationen ungleicher Gesittung.

Noch ein Umstand ist ins Auge zu fassen: die Gefahr des Streites wird um so geringer, je weniger Personen oder Völker es miteinander zu tun haben, und indem Kriege die Tendenz zeigen, kleinere nationale Einheiten mit größeren zu verschmelzen, bahnen sie so die geringere Wahrscheinlichkeit späterer Kriege vor. Je geringer die Zahl der zivilisierten Völker, desto weniger die Wahrscheinlichkeit, daß sie miteinander in Krieg geraten.

Durch die ganze Zeitgeschichte zieht eine unverkennbare Entwicklungstendenz: Kriege werden nur mehr geführt werden zwischen Völkern von sehr verschiedengearteter und ungleicher Kultur, wie etwa der russisch-japanische Krieg, die Kolonialkriege usw. Die großen Völker europäischer Zivilisation werden mehr und mehr Bündnisse miteinander schließen und ihre Waffen gemeinsam gegen die tieferstehenden Völkerschaften kehren, die sich unserer Kultur angleichen oder untergehen müssen. Nachdem so viele Kulturen der Vergangenheit durch den Einbruch barbarischer Völker zerstört wurden, sind wir heute in einer Zeitepoche angelangt, welche die Unkultur durch die vereinten Waffen der Kulturvölker von der Erde verbannen wird. Wenn dies geschehen, dann wird sich die friedliche Einheit der Kulturmenschheit von selbst herstellen.



GUSTAVE HERVÉ, PARIS: DIE ANTIMILITARISTISCHE BEWEGUNG IN FRANKREICH.



INES der aktuellsten Probleme des Tages für die öffentliche Meinung Frankreichs ist der neu erwachte Gegensatz breiter Volksschichten gegen die Armee. Lange war diese als Symbol und Rückhalt der nationalen Größe Gegenstand der Liebe und des Stolzes für jeden Franzosen gewesen. Seit den Unglückstagen von 1871 wurde sie zum Träger aller Hoffnungen auf Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen. Um so mehr mußte es die leidenschaftliche Empörung der großen Massen der bürgerlichen und bäuerlichen Klassen herausfordern, als in den letzten Jahren die französische Arbeiterschaft sich mehr und mehr in offenen Gegensatz zum militaristischen und zum nationalen Gedanken selbst stellte. Jede demokratische und sozialistische Betätigung gab man der Arbeiterschaft leichten Herzens frei; ihr Bekenntnis zum kollektivistischen Zukunftsideal war für die sozialistische Partei kein Hindernis, an der Regierung teilzunehmen. Erst durch Bekämpfung der militärischen und nationalen Ideen, die zum Gemeingut der Nation geworden waren, schloß sich die sozialistische

Arbeiterschaft tatsächlich vom ideellen Rahmen der Volksgemeinschaft aus. Untersuchen wir die Geschichte dieser Bewegung.

Der moderne Militarismus datiert seit der Zeit der französischen Revolution, und trotz aller von ihm auferlegten Lasten wurde er lange Zeit willig ertragen, weil er auf überaus populärer nationaler Grundlage entstand: in Frankreich aus den Verteidigungs- und Angriffskriegen der französischen Revolution; in Preußen und Deutschland aus der nationalen Erhebung des Jahres 1813 gegen die napoleonische Unterdrückung und neuerdings aus der Bewegung für die deutsche Einigkeit; in Italien ebenso aus den Kämpfen um die Freiheit und Einheit des Vaterlandes. In den letzten 30 Jahren wurde ganz Westeuropa, England ausgenommen, vom militaristischen Fieber gefangen genommen. Die Kriegsrüstungen wurden ins Unbegrenzte vermehrt und die Interessen der Bevölkerung in weitgehender Weise auf chauvinistische Ideenkreise konzentriert.

In Frankreich zuerst entstand eine Gegenbewegung, zunächst in der Bourgeoisie. Die latente Scheu vieler aufrichtiger Republikaner gegenüber der Armee, die unter Napoleon zum Werkzeug des Staatsstreiches geworden war und unter Boulanger neuerdings zu werden drohte, kam in der Zeit der Dreyfusaffäre zum offenen Ausbruch. Man muß in Frankreich gelebt haben, um sich der nervösen Erschütterung, die diese für die ganze Nation im Gefolge hatte, bewußt zu werden, der tiefgehenden Abneigung gegenüber den früher so verehrten militärischen Chefs, gegenüber den Generalen, die sich als völlig unfähig zur kritischen Würdigung des ihnen Vorgelegten erwiesen hatten, gegenüber der ganzen militärischen Organisation, in der so schreiende Mißbräuche möglich waren. Gewiß hat seither eine Beruhigung Platz gegriffen; Bourgeoisie und Intelligenz Frankreichs, sind nicht mehr, wie in den Zeiten der Dreyfuskrise, offen antimilitaristisch, aber eine gewisse pazifistische Gesinnung ist doch zurückgeblieben, und die bauerlichen Massen des Volkes teilen sie um so mehr, als sie ihre Söhne stets lieber am Pflug als in der Kaserne gesehen haben.

Der Antimilitarismus der Arbeiterschaft ist im Ursprung und Wesen durchaus vom Pazifismus der Bourgeoisie verschieden. Er ist mit der Arbeiterbewegung selbst erwachsen, alle internationalen Kongresse, alle Arbeiterparteien Europas sind in gewissem Grade antimilitaristisch gesinnt. Allerdings müssen gewisse Nuancen erörtert werden.

Während die deutsche Sozialdemokratie sich im wesentlichen darauf beschränkt, das Militärbudget zu verweigern, sowie auch gewisse Vorschläge für Umgestaltung des stehenden Heeres in eine Milizarmee nach Schweizer Muster auszuarbeiten, geht die französische Partei viel weiter. Sie ist bewußte und erklärte Gegnerin der Armee, welche Form sie immer annehmen möge, ja sie geht in ihren radikalsten Vertretern bis zur offenen Bekämpfung des Vaterlandsgedankens.

Drei Faktoren vor allem, in Deutschland unbekannt, waren in Frankreich tätig und führten diesen Unterschied herbei. Eine anarchistische Gruppe, wie sie in Deutschland nicht besteht, hat in Frankreich immer einen gewissen Einfluß besessen und die sozialistische Partei durch ihre Kritik im radikalen Sinne beeinflusst. Die Dreyfusaffäre sodann hatte, wie oben bemerkt, auf die gesamte Bevölkerung derart eingewirkt, daß eine offen armeefeindliche Haltung der Partei geringeren Widerständen begegnete. Drittens endlich hat die deutsche Regierung stets die Klugheit besessen, sich bei Streiks bloß der Polizei und Gendarmerie zu bedienen, was ihr übrigens angesichts des

ruhigen Temperaments der deutschen Arbeiter durchaus genügt. In Frankreich hingegen werden bei jedem Streik bedeutende Truppenmassen in Kriegsausrüstung zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung aufgeboten, die Kavallerie greift ein, um Ansammlungen zu zerstreuen, und bei ernstesten Bewegungen tritt auch die Infanterie in Aktion. Die Kämpfe zwischen Soldaten und Streikenden in Fourmies, Limoges, Narbonne, Raon-L'Etape und neuerdings in Villeneuve haben viele Arbeiter mit antimilitaristischer Gesinnung erfüllt. Unter diesem dreifachen Einfluß wurde die sozialistische Partei Frankreichs veranlaßt, großes Gewicht auf die Propaganda gegen die Armee zu legen. Seit der Dreyfussaffäre wird eine Flugschrift „Der Rekrut“ anläßlich der Truppenaushebung in ganz Frankreich verteilt und den Arbeitern darin eingeschärft, daß es für den Sohn des Volkes ein Verbrechen sei, auf seine Brüder, die sich im Streik befinden, zu schießen, und daß die fremden Arbeiter die Freunde der französischen Arbeiter seien. In der Provinz wurde der sozialistische Verband des Yonne-Departements zur Zentrale der antimilitaristischen Propaganda. Die Flugschrift „Le Pioupiou de l'Yonne“ wird unentgeltlich an alle Rekruten des Departements verteilt und die Agitation in die Nachbardepartements getragen. Im Jahre 1905 wurde der drohende Krieg zwischen Deutschland und Frankreich anläßlich der Marokkoaffäre für den Verband zur Ursache, die Frage des Verhaltens im Kriegsfall für die sozialistische Gesamtpartei aufzurollen und zu beantragen, daß sie auf die Kriegserklärung mit der Verweigerung des Waffendienstes, ja mit offenem Aufstand antworten solle und einen Aufruf zu gleichem Verhalten an die deutsche Sozialdemokratie ergehen lasse.

Von diesem Zeitpunkt an trat die antimilitaristische Bewegung in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Leidenschaft ihrer Gegner antwortete dem leidenschaftlichen Enthusiasmus ihrer Anhänger, und die Führer der Bewegung, welche im Oktober 1905 ein Manifest an die Rekruten gezeichnet und zum Aufstand im Falle eines auswärtigen Krieges aufgefordert hatten, wurden vor Gericht gezogen. Sie alle, unter ihnen mehrere Sekretäre einflußreicher Gewerkschaften, und auch der Schreiber dieser Zeilen wurden zu Gefängnisstrafen auf die Dauer von einem bis zu vier Jahren verurteilt. Acht Tage nachher erboten sich 3000 Anhänger der antimilitaristischen Sache, das Manifest, um dessentwillen die Verurteilung erfolgt war, neuerdings zu unterzeichnen, zum Teil Anhänger des revolutionären Syndikalismus und Anarchisten, jedoch auch viele Mitglieder der sozialistischen Partei. Die folgenden Parteikongresse zu Limoges im Jahre 1906 und zu Nancy im August 1907 sahen sich veranlaßt, die Frage des Antimilitarismus zu diskutieren. Eine Resolution wurde angenommen, welche zwar den Vaterlandsgedanken als solchen anerkennt, aber die Verhinderung eines Kriegsausbruchs mit allen Mitteln (parlamentarische Intervention, öffentliche Agitation, Straßendemonstrationen, ja im äußersten Falle Generalstreik und Aufstand) empfiehlt. Wenige Tage nach dem Kongreß von Nancy begann der internationale Parteikongreß zu Stuttgart und die französische Partei vertrat auch dort ihre antimilitaristische Resolution. Die deutsche Sozialdemokratie setzte derselben einen entschiedenen Widerstand entgegen und erklärte durch ihre Wortführer Bebel und Vollmar, daß bloß die sozialistische Organisation der Gesellschaft jeden Kriegsausbruch wirksam verhindern könne. Trotz alledem sah sich auch die deutsche Partei unter dem Drucke der andern Nationen veranlaßt, eine Resolution zu unterzeichnen, die in milderer Form trotzdem die Grundsätze der Resolution von Nancy zum

Ausdruck brachte. Ihr wesentlicher Inhalt war: „Wenn die Gefahr eines Krieges naht, ist es eine Pflicht der Arbeiterklasse in den beteiligten Ländern und ihrer Vertreter im Parlamente, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Kriegsausbruch zu verhindern, und jene Mittel in Anwendung zu bringen, welche ihnen im Hinblick auf die spezifischen Verhältnisse des Landes am tauglichsten erscheinen. Wenn der Krieg trotzdem ausbricht, haben sie die Pflicht, alles zu tun, um einen baldigen Friedensschluß zu erzwingen, und des ferneren inmitten der unausbleiblichen ökonomischen und politischen Krise eine solche Agitation zu entfalten, daß das Ende des kapitalistischen Regimes hierdurch nähergerückt werde.“

Allerdings war es evident, daß die deutsche Sozialdemokratie nicht mit freudigem Mute bei der Sache war und daß die französische Partei im Ernstfalle nicht auf eine wirkliche, koordinierte Aktion der deutschen Partei rechnen könne. Eben dies ist das schwerste Hindernis für sie, die Zustimmung der breiten Schichten der französischen Arbeiterklasse zu gewinnen, weil ja naturgemäß ein einseitiges Vorgehen der französischen Arbeiterschaft ohne Unterstützung der deutschen Kameraden die gefahrvollsten Folgen herbeiführen müßte. Sollte die deutsche Sozialdemokratie in Zukunft sich aufrecht auf den Boden der Stuttgarter Resolution stellen, dann würde die Sache des Antimilitarismus in Frankreich gewonnen sein, und der Anschluß der breiten Arbeiter- und Bauernschichten wäre ihr gesichert.

Die pazifistische Strömung im Bürgertum und der Antimilitarismus der sozialistischen Arbeiterpartei haben miteinander starke Berührungspunkte. Die Pazifisten fordern die Lösung internationaler Konflikte auf schiedsgerichtlichem Wege, aber sie besitzen kein Mittel, die Regierungen zur tatsächlichen Anrufung schiedsgerichtlicher Sprüche wirksam zu veranlassen. Bis jetzt sind dieselben der Entscheidung des Haager Tribunals in allen Fragen, welche Ehre und wesentliche Interessen des Landes in Frage stellen, in weitem Bogen ausgewichen, und diese elastische Formel gestattet ihnen, sich dem Haager Schiedsgericht, wann immer sie wollen, zu entziehen. In dieser Situation kommt der Antimilitarismus der Arbeiterschaft der pazifistischen Bourgeoisie zu Hilfe, indem er die Regierungen mit bewaffnetem Aufstand der Arbeiterschaft bedroht, sofern sie sich der schiedsgerichtlichen Entscheidung der Konflikte entziehen.

Man sollte daher meinen, daß auch weite Schichten des friedliebenden Bürgertums sympathisch auf die im äußeren Auftreten so durchaus verschieden geartete, antimilitaristische Arbeiterbewegung blicken müßten, die in Einsetzung aller Kräfte und mit Aufopferung der persönlichen Freiheit ihrer Führer die friedensfeindlichen militärischen Kreise an der Wurzel ihrer Macht zu treffen sucht. Mag der proletarische Antimilitarismus auch weitergehende revolutionäre Ziele verfolgen, jeder Teilerfolg desselben bedeutet doch zugleich einen entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Verwirklichung des Völkerfriedens.



H. V. GERLACH, BERLIN: DAS DEUTSCHE VOLK UND DER MILITARISMUS.



ON allen deutschen Parteien ist nur eine konsequent von Anfang ihres Bestehens an Gegnerin des Militarismus gewesen, die Sozialdemokratie. Sie sieht in dem Militarismus die stärkste Stütze des kapitalistischen Regimes und bekämpft ihn deshalb programmatisch wie tatsächlich mit der gleichen Entschiedenheit. Ihre Losung lautet: „Keinen Mann und keinen Groschen!“ Darum lehnt sie nicht nur jede Heeresvermehrung, sondern den Militäretat in seiner Gesamtheit ab. Nur wenn es sich um die Besserstellung der einzelnen Soldaten (warmes Abendbrot, Erhöhung der Löhnung usw.) handelt, läßt sie mit sich reden. Auch zur Geldbewilligung für die Beschaffung von neuen, weniger weit sichtbaren Uniformen war sie im Interesse der besseren Sicherung der Truppen bereit. Die Konsequenz dieser Auffassung, die zur Bewilligung besserer Waffen führen muß, ist zwar von einzelnen Führern wie dem verstorbenen Ignaz Auer auf Parteitagten theoretisch gezogen, aber von der Partei noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Wie die Partei sich verhalten würde, wenn sie die Mehrheit im Reichstage und damit die Verantwortung für die Sicherheit des Reiches hätte, steht dahin. Doch das ist eine Frage, die wahrscheinlich auf Jahrzehnte hinaus nicht praktisch werden wird. Vorläufig ist sie als unbedingte Gegnerin des ganzen Systems des stehenden Heeres anzusehen.

Von den anderen Parteien des Reichstages hat die bürgerliche Linke sich Jahrzehnte hindurch zwar niemals als Gegnerin des Heeres an sich, wohl aber als Gegnerin der meisten Heeresverstärkungen gezeigt. Der deutsche Liberalismus ist seiner Natur und seinem Ursprung nach keineswegs antimilitaristisch. Im Jahre 1848 war sogar die Forderung der Schaffung einer deutschen Flotte einer der Hauptpunkte des liberalen Programms. Erst die sogenannte Konfliktzeit von 1861 bis 1865 brachte den preußischen Liberalismus in eine wenig heeresfreundliche Stimmung hinein. Bei der Opposition der damaligen Fortschrittspartei gegen die von Bismarck im Wege der Verfassungsverletzung durchgeführte Reorganisation der Armee handelte es sich allerdings weniger um eine Opposition aus militärischen, als um eine solche aus verfassungsrechtlichen Gründen. Aber es blieb bei dem entschiedenen Liberalismus aus diesen Kampfesjahren eine Abneigung gegen Heeresverstärkungen zurück. Dabei handelte es sich nie um einen grundsätzlichen Widerstand, sondern lediglich um die Frage, wie viel und auf wie lange zu bewilligen sei. Man hat die Sachlage ziemlich korrekt so gekennzeichnet: der Freisinn pflegte alle Neuforderungen abzulehnen, aber ein Jahr später für sie einzutreten, nachdem sie mit Hilfe der Parteien der Rechten durchgegangen waren.

Im Jahre 1893 spaltete sich die bürgerliche Linke wegen einer Militärvorlage. Die beiden Volksparteien, die freisinnige und die deutsche, verharren in ihrer alten Unlust zu Neubewilligungen. Die freisinnige Vereinigung dagegen ging seitdem Hand in Hand mit den anderen bürgerlichen Parteien, d. h. sie war von vornherein mehr geneigt, militärische Neuforderungen anzunehmen als sie abzulehnen.

Mit dem Tode Eugen Richters, des wie in allen so auch in militärischen Dingen sehr kritisch gerichteten Führers der freisinnigen Volkspartei, begann die Annäherung seiner Partei an den militärfreundlichen Standpunkt

der freisinnigen Vereinigung. Der Konflikt, in den im Dezember 1906 die Regierung mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie wegen einer Kolonialforderung geriet, vollendete die Bekehrung der beiden Volksparteien zu dem Standpunkt der Regierung in Heeres- und Flottenfragen. Heute gibt es innerhalb der verschiedenen Gruppen des Freisinns keinen Unterschied in der Auffassung der militärischen Dinge mehr. Die Regierung kann auf alle freisinnigen Abgeordneten mit derselben Sicherheit rechnen wie auf die Konservativen.

Außer den 43 sozialdemokratischen Abgeordneten sind als Gegner von Militärvorlagen fast nur noch die 20 Polen anzusehen, die durch die antipolnische Politik der Regierung in die Stellung der radikalsten Opposition hineingedrängt sind. Da der Reichstag 397 Abgeordnete zählt, kann also die Regierung bei allen Militärforderungen auf eine fast sichere Mehrheit von weit über 300 Abgeordneten zählen.

Die Stimmung im Volk deckt sich ungefähr mit der im Parlament. Es gibt natürlich eine Anzahl von Anhängern der Friedensbewegung, auch eine Reihe von Friedensgesellschaften. Aber ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung ist minimal. Sie agieren fast völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Man nimmt sie nicht ernst. Alles, was mit der Haager Friedenskonferenz zusammenhängt, ist für weite Volkskreise zum Gegenstand des Hohnes und Spottes geworden.

Dabei ist das deutsche Volk alles andere eher als kriegslustig. Von kleinen militärischen und alldeutschen Zirkeln abgesehen, wünscht niemand eine Machterweiterung Deutschlands im Wege der Gewalt. Die Anhänger der bürgerlichen Parteien sind geradeso friedensfreundlich wie die der Sozialdemokratie. Man fürchtet einen Krieg nicht, aber man sehnt ihn noch viel weniger herbei. Sehr schwere Provokationen würden nötig sein, um eine kriegsfreudige Stimmung zu erzielen.

Trotz der allgemeinen Friedensliebe in Deutschland wird die Rüstung ununterbrochen verstärkt. Das legt dem Volke ungeheure und immer wachsende Lasten auf. Gerade jetzt beginnt man, auch in unbedingt militärfreundlichen Kreisen sich zu fragen, ob die Lasten in diesem Umfange unbedingt notwendig sind.

Es scheint nicht ausgeschlossen, daß die Kostenfrage zu einer Revision der Anschauungen weiter Volkskreise in militärischen Dingen führen wird.

Die Ausgaben für Heer und Flotte sind in Deutschland ungeheuerlich gestiegen. Sie betrugen im ersten Jahre nach Begründung des Deutschen Reiches, 1872, nur 295 Mill. Mark. Dieser Betrag ist bis 1891 auf 651 und bis 1908 auf 1350 Millionen gestiegen! Davon entfällt rund eine Milliarde auf das Landheer, der Rest auf die Marine.

Die wachsenden Heereslasten haben zu einer wachsenden Verschuldung Deutschlands geführt. Das Deutsche Reich begann 1871 sein Dasein mit dem Aktivum der französischen Kriegsentschädigung von 4 Milliarden Mark. Nach Deckung aller Kriegsunkosten blieb noch ein sehr beträchtlicher Überschuß übrig. Trotzdem wurde bereits 1875 die erste Anleihe aufgenommen. Seitdem ist kein Jahr verflossen, ohne daß der Schuldenbestand zugenommen hätte. Und zwar ist der Anleihebedarf immer größer geworden und hat in den letzten Jahren regelmäßig etliche hundert Millionen betragen. Heute hat die Schuldenlast die vierte Milliarde schon überschritten!

Diesem gewaltigen Passivum stehen nur verhältnismäßig geringfügige zinsbringende Vermögensobjekte in Gestalt der Post- und Telegraphenanstalten und der Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen gegenüber. Der über-große Teil der Reichsschulden rührt eben von den Ausgaben für Heer und Flotte, d. h. für nicht direkt produktive Zwecke, her.

Die Deckung des Reichsdefizits erheischt ein Quantum neuer Steuern, das schon in diesem Augenblick 300 Millionen Mark beträgt, in wenigen Jahren aber das Doppelte ausmachen wird. Diese Steuersumme aufzubringen, ist das Deutsche Reich bei seinem rasch wachsenden Wohlstand — man schätzt die jährliche Kapitalzunahme auf 2 Milliarden — an sich durchaus imstande. Doch ergeben sich gerade für eine umfassende Finanzreform die größten praktischen Schwierigkeiten. Das liegt einmal an den verfassungsrechtlichen Zuständen. Wir haben es ja nicht mit einem Einheits-, sondern mit einem Bundesstaat zu tun. Die Einzelstaaten haben ihren gesonderten großen Geldbedarf und wachen eifersüchtig darüber, daß ihnen die besten Steuerquellen, die direkten Steuern, reserviert bleiben. Andererseits ist es bei der Parteizersplitterung und den Parteigegensätzen im Reichstag sehr schwer, gerade in Steuerfragen eine Mehrheit zu gewinnen. Neue Steuern sind immer bei einem Teil der Bevölkerung unpopulär. Handelt es sich um so große Beträge, wie sie jetzt zur Balancierung des Etats nötig geworden sind, so scheint es fast unmöglich, eine Übereinstimmung zwischen Bundesrat und Reichstagsmehrheit herzustellen.

So schleppt sich denn das chronisch gewordene Defizit zum Schaden des Kurses der deutschen Anleihen und zur Schädigung des Ansehens des Deutschen Reiches von Jahr zu Jahr fort, ohne daß man absehen könnte, wie es besser werden soll.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß man in Deutschland darüber nachzudenken beginnt, ob das Gleichgewicht im Etat nicht außer durch Vermehrung der Einnahmen auch zum Teil durch Verminderung der Ausgaben hergestellt werden könnte. Kleine Ersparnisse fallen natürlich dabei nicht ins Gewicht. Im großen aber kann nur bei dem weitaus größten Ausgabeposten, nämlich dem für militärische Zwecke, gespart werden.

Auszuscheiden ist dabei von vornherein der Gedanke, als könnte in den nächsten Jahren eine Beschränkung der Marineausgaben eintreten. Deutschland hat erst sehr spät daran gedacht, sich eine eines Großstaates würdige Flotte zu schaffen. Sein Ausfuhrhandel und damit seine überseeischen Interessen nehmen so rapide zu, daß es ein unverantwortlicher Leichtsinn wäre, wenn es nicht für die genügende Anzahl von Kriegsschiffen sorgte. Jeden Augenblick kann die Bedrohung deutschen Eigentums oder deutscher Staatsangehöriger in irgendeinem Teile der Welt die Anwesenheit einer deutschen Seemacht erheischen. Deshalb muß die deutsche Flotte so stark gemacht werden, daß sie über die Aufgaben des Küstenschutzes hinaus leistungsfähig wird zur Wahrnehmung der deutschen Interessen da, wo irgendein Konflikt oder auch nur die Möglichkeit eines Konflikts sich ergibt. Die Deutschen denken gar nicht daran, ihre Flotte zu einem Instrument der Offensive auszugestalten oder gar mit der englischen Flotte wetteifern zu wollen. Was sie wollen, ist lediglich der Ausbau der Flotte bis zu dem Punkte, wo der Schutz des deutschen Handels und der deutschen Kolonien sichergestellt scheint. In diesem Willen ist jedoch das ganze deutsche Volk mit Ausnahme der Sozialdemokratie einig.

Ganz anders steht die Sache beim Landheer. Deutschland ist zweifellos die größte Landmacht der Erde. Lange hat es die ungeheure Stärke seiner Armee für eine harte Notwendigkeit gehalten, weil es gleichzeitig einen Angriff von Osten und von Westen erwarten mußte. Seit dem russisch-japanischen Kriege ist jedoch die Situation total verändert. Die Gefahr von Osten her besteht nicht mehr. Die russische Armee hat sich als ein weit geringerer Machtfaktor herausgestellt, als bisher in Deutschland gerade die militärischen Kreise angenommen hatten. Die inneren Zustände in Rußland sind derart, daß es auf lange hinaus froh sein wird, die inneren Schwierigkeiten nicht noch durch äußere Verwicklungen zu vermehren. Ein Angriffskrieg gegen Deutschland würde die Japaner sicherlich sofort wieder auf die Beine bringen. Vor allem aber gebricht es an dem „nervus rerum“. Mit Mühe und Not wird der Staatsbankrott hintangehalten. Die Schuldzinsen können nur durch immer neue Anleihen im Auslande bezahlt werden. Nur eine jahrzehntelange Kulturarbeit, wie sie allein der Friedenszustand ermöglicht, eröffnet Rußland die Aussicht, aus dem Zustand der finanziellen Zerrüttung wieder zu dem der Ordnung zu gelangen.

Rußland kann innerhalb des Zeitraums, mit dem der praktische Politiker überhaupt rechnet, keinen großen Krieg führen. Es ist als neutralisiert anzusehen.

Österreich und Italien sind Deutschlands Freunde. Mit der Türkei befindet es sich in so guten Beziehungen wie irgendein anderer Staat. England kommt als Landmacht nicht in Betracht. Bleibt also nur Frankreich.

Solange der Revanchegedanke in Frankreich nicht ausgestorben ist, muß jeder deutsche Staatsmann mit der Möglichkeit eines neuen deutsch-französischen Krieges rechnen. Diese Kriegsgefahr schien eine wirkliche Bedrohung für Deutschland, solange Frankreichs Bundesgenosse Rußland als erheblicher, wenn nicht gar als ebenbürtiger, Machtfaktor mit in Rechnung gestellt werden mußte. Seitdem Rußland wegen seiner nunmehr erwiesenen Ohnmacht ausgeschieden werden muß, kommt es für die Feststellung der für Deutschland nötigen Kriegsrüstung nur noch auf den Vergleich mit Frankreich an.

Frankreich aber ist an der Grenze seiner militärischen Leistungsfähigkeit angelangt. Das liegt an dem Stagnieren seiner Bevölkerungsziffer. Während Deutschland und Frankreich 1870 ungefähr dieselbe Seelenzahl aufwiesen, beträgt heute die Bevölkerung Frankreichs nur 39 Millionen, die Deutschlands dagegen 62! Und zwar nimmt Frankreich jährlich um höchstens 37 000, Deutschland dagegen um mehr als 800 000 Seelen zu. Die Differenz nimmt also derartige Dimensionen an, daß Frankreich wohl oder übel gezwungen ist, das Rennen aufzugeben. Schon jetzt kann Deutschland eine sehr große Zahl von unbedingt Tauglichen gar nicht mehr einstellen, während Frankreich seine gesetzliche Rekrutenziffer nur dann aufrecht erhalten kann, wenn es auch Mindertaugliche einzieht. Die Folge davon ist, daß Tausende der französischen Rekruten nachträglich wegen Dienstuntauglichkeit entlassen werden müssen.

Dadurch, daß Frankreich nunmehr auch die zweijährige Dienstzeit eingeführt hat, hat sich das Verhältnis noch weiter zugunsten Deutschlands verschoben, zumal die zweijährige Dienstzeit in Deutschland für die Kavallerie und die Feldartillerie nicht gilt, in Frankreich dagegen allgemein durchgeführt ist. Frankreich kann seine etatsmäßige Friedenspräsenz gar nicht mehr auf die Beine bringen. Generalleutnant z. D. v. Pelet-Narbonne be-

rechnet den Fehlbetrag auf 41 000 Mann. Und der frühere Oberst Gädke kommt in seinen Aufstellungen zu dem Ergebnis, daß die Friedenspräsenz Deutschlands tatsächlich 625 000, die Frankreichs nur 588 000 Mann umfaßt. Dabei beträgt die Zahl der Berufssoldaten im deutschen Heere 41 000 mehr als im französischen, was militärisch kaum hoch genug zu bewerten ist. Außerdem stecken in der französischen Ziffer noch 34 000 Mann, die wegen körperlicher Minderbrauchbarkeit nur zu „Hilfsdiensten“ (als Schreiber, Arbeiter, Krankenwärter, Köche usw.) ausgehoben sind, also als Kombattanten überhaupt nicht in Betracht kommen. Obschon Frankreich 1½% der Bevölkerung — Deutschland nur 1%! — aushebt, ist es dennoch an Zahl der Truppen bereits jetzt Deutschland erheblich unterlegen. Im einzelnen zeigt sich das z. B. darin, daß, während in Deutschland auf das Armeekorps 144 Geschütze kommen, es in Frankreich bloß 92 sind. Ob zu den Quantitätsunterschieden auch solche der Qualität hinzukommen, darüber will ich mir kein Urteil erlauben. Doch ist dreierlei jedenfalls für das französische Heer bedenklich: einmal die geringe Zahl der Berufssoldaten, sodann die kurze Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie, und schließlich die Notwendigkeit der Einstellung von Personen mit zweifelhafter Tauglichkeit.

Frankreich leidet unter der ungeheuren Anspannung seines knappen Menschenmaterials, Deutschland unter finanziellen Schwierigkeiten. Für beide Teile wäre es ein nationaler Segen, wenn sich das Gewicht der Rüstung ein wenig vermindern ließe. Für beide Teile wäre es aber auch völlig unbedenklich, wenn sich das *pari passu* vollzöge.

Die Frage ist nur die: wie denkt man sich die Formen eines solchen Vorganges? Die Haager Konferenz muß dabei völlig ausgeschlossen werden. Man kann es Großmächten nicht zumuten, daß sie sich von irgendwelchen unbeträchtlichen exotischen Staatswesen durch Mehrheitsbeschlüsse vorschreiben ließen, wie hoch sie ihre Friedenspräsenz festsetzen dürfen. Überhaupt wird sich kein mächtiges Staatswesen von irgend jemand in die Organisation seines Heeres hineinreden lassen. Das sind Dinge, über die jeder Staat aus eigener Machtvollkommenheit entscheiden will. Denkbar wären nur Vereinbarungen über die Höhe der Heeresausgaben, also etwa zwischen Deutschland und Frankreich eine Abmachung des Inhalts: „Wir verpflichten uns, unsere Ausgaben für das Landheer zunächst nicht zu vermehren, vom Jahre so und soviel ab dagegen sogar um, sagen wir 10 %, einzuschränken. Weitere Einschränkungen bleiben weiteren Vereinbarungen vorbehalten.“

Deutschland als der Staat mit dem stärkeren Landheer kann die Initiative zu einem solchen Vorgehen ergreifen, ohne sich etwas zu vergeben. Geht Frankreich auf den Vorschlag ein — um so besser. Lehnt es ab, was freilich ein merkwürdiges Licht auf die so oft von ihm beteuerte Friedensliebe werfen würde, so wäre Deutschland in der Lage, auf eigene Faust, wenn auch natürlich zunächst in bescheidenem Maße, vorzugehen. Seine freiwillige Rüstungseinschränkung würde sicher einen gewaltigen moralischen Eindruck machen und die friedensfreundliche Demokratie in Frankreich so stärken, daß Frankreich bald denselben Weg beschreiten müßte. Genau so gut wie die Sozialgesetzgebung, auch ohne internationale Vereinbarungen, durch ihr bloßes Vorhandensein propagandistisch auf andere Staaten einwirkt und sie zur Nachahmung anspornt, so wird es auch mit der Rüstungsverminderung

gehen. Die Hauptsache ist, daß ein Staat den Anfang macht. Bei der Flotte kann das nur England sein, beim Landheer nur Deutschland.

Gedanken ähnlich der hier skizzierten hat zum erstenmal im deutschen Reichstag am 3. Dezember 1907 der Abgeordnete Gothein ausgesprochen. Er gehört zur freisinnigen Vereinigung, also zu einer Gruppe, die stets zu militärischen Bewilligungen geneigt war. Um so größer ist der moralische Wert seiner Ausführungen.

Noch ist das Echo, das sie in Deutschland gefunden haben, gering. Aber die Hauptsache war doch, daß überhaupt ein bürgerlicher Abgeordneter den Mut fand, in die parlamentarische Debatte den neuen Gedanken hineinzuworfen. Er wird nicht mehr daraus verschwinden. Dafür sorgt seine innere Logik, gefördert durch die andauernden und immer stärker werdenden finanziellen Verlegenheiten des Deutschen Reiches. Bei den Finanzreformdebatten, die im Herbst im deutschen Reichstag bevorstehen, wird er sicher mit verstärkter Wucht wiederkehren. Ob und wann er durchdringen wird, das hängt zum Teil von der Aufnahme ab, den er in Frankreich findet. Je mehr dort der Chauvinismus verdrängt wird durch eine praktische Friedenspropaganda — die theoretische macht verzweifelt wenig Eindruck — um so eher werden die besonnenen nationalen Elemente Deutschlands es durchsetzen können, daß das Deutsche Reich an seinem Teile dem Internationalen Wettrüsten ein Ziel setzt.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROF. DR. RODOLPHE BRODA-PARIS

X. ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES NATIONALISMUS UND INTERNATIONALISMUS.

DURCH die ganze Menschheitsgeschichte zieht sich wie ein roter Faden die Tendenz zur Bildung immer größerer sozialer Gruppen, deren Mitglieder untereinander in Solidarität der Interessen und Gesinnung verbunden sind, und auch heute noch finden wir all diese Entwicklungsstufen bei wilden und halbwilden Völkerschaften vor. Für die Afridis an der Nordwestgrenze Indiens ist noch heute die Familie oberste soziale Einheit, die in ihrem Blockhause eine Welt für sich bildet und mit allem jenseits Liegenden auf beständigem Kriegsfuße lebt. Nur in Zeiten der Bedrohung durch einen auswärtigen Feind, wie die Engländer, schließen sich die einander bekämpfenden Familien des gleichen Tales zu gemeinsamer Verteidigung zusammen. Bei den Nomadenstämmen Arabiens wieder finden wir die Entwicklungsstufe der Stammessolidarität in völliger Reinheit wieder. Innerhalb des Stammes wird jedes Vergehen mit äußerster Härte bestraft, während Tötung und Beraubung des Stammesfremden, wie etwa des vorüberziehenden Reisenden, als durchaus erlaubt, ja als ruhmvoll gilt. Es ist noch nicht lange her, daß die dritte Stufe der Solidarisierung, die „Nation“ (als Verbindung der sich früher bekämpfenden Stämme) in Deutschland und Italien reale Einheit ward; und während heute die Völker Europas sich bereits von der Stufe des Nationalgefühls zur Empfindung der Menschheits-solidarität zu erheben anschicken, treten die Völker der Balkanländer sowie Chinas, Japans und Indiens eben jetzt in die Phase hoch gesteigerten Nationalempfindens ein. Das Erwachen des schlummernden Selbstbewußtseins der Inder und Chinesen, die neu erwachende Lebenskraft ihrer Kultur äußert sich, genau so wie bei allen anderen aufstrebenden Völkern, vor allem in nationaler Leidenschaft. Die fortschrittliche Jugend Chinas kennt keinen glühenderen Wunsch als die Stärkung der Wehrkraft des Reiches, auf daß es den andern Völkern ebenbürtig werde. Ebenso steht Japan derzeit auf einer Entwicklungsstufe der nationalistischen Solidaritätsempfindung, die in Europa bereits überholt ist, und sein leidenschaftlicher Chauvinismus, sein kriegerischer Opfermut bedeuten bei aller moralischen und ästhetischen Achtung, die man ihnen entgegenbringen mag, doch eine Bedrohung jener Kulturgemeinschaft mit den Völkern, für welche das kriegerische Ideal seinen Glorienschein bereits mehr oder minder eingebüßt hat. Gehen wir zur Beurteilung eben dieser Nationen moderner Hochkultur über, dann wird uns sofort klar, daß sich dieselben in einer Übergangsperiode befinden. Neben den internationalen Idealen, welche die Besten beseelen, wirken die nationalen Ideale der Massen in ungebrochener Lebenskraft fort. Umschlungen vom Kranze internationaler Interessengemeinschaften und In-

stitutionen stehen die Staaten selbst als historische Einheiten in ungewandelter Stärke. Bedeutsame Kräfte sind all überall am Werke, die nationalen Kulturen einander anzugleichen und zu verschmelzen, eine einheitliche Gesittung und Kultur der menschlichen Gattung anzubahnen und andererseits internationale Zentralstellen für Justiz, Verwaltung und Gesetzgebung, und damit einen die Erde umfassenden Staatenbund zu entwickeln. Aber bedeutsame Energien wirken dieser Entwicklung entgegen, und bis zu ihrer Vollendung mag es noch Jahrhunderte währen.

Es soll Aufgabe dieses Aufsatzes sein, den derzeitigen Stand der internationalen Bewegung, alle die fördernden und hemmenden Kräfte unparteiisch zu untersuchen, und ich will zunächst die Entwicklungslinie zur Staatenverbindung (Bewegung für internationales Recht, Friedens- und antimilitaristische Bewegung), und hierauf die wesentlich andere sozialpsychologische Entwicklungslinie, die sich in der Synthese der nationalen Kulturen darstellt, betrachten.

I.

Die meiner Auffassung nach in Wahrheit entscheidungsvolle Entwicklungstendenz zur Bildung internationaler Institutionen tritt in der Aufmerksamkeit weiter Kreise gegenüber anderen Bestrebungen, die scheinbar unmittelbaren Erfolg versprechen, stark in den Hintergrund, nämlich gegenüber der direkten Bekämpfung der Kriege und ihrer Werkzeuge, der Armeen, sei es in latenter Weise durch Beförderung allgemein pazifistischer Stimmung, sei es durch tatkräftigen Protest gegen den Militarismus.

Vier Entwicklungskräfte sind es, die, wie mir scheint, in dieser Richtung wirksam sind. Zunächst die Stimmung der internationalen Finanzkreise, für die jede Störung des Weltfriedens eine Unterbrechung des Welthandels, eine Erschütterung der internationalen Kredit- und Geldverhältnisse, und somit einen schweren Werteverlust bedeutet. Sie treten allüberall und zwar nicht in ideologischer, sondern in unmittelbar praktisch wirksamer Weise zur Beseitigung drohender Kriegsgefahr auf, oder wirken darauf hin, begonnene Kriege so schnell wie möglich zu beenden. Ich erinnere diesbezüglich an die Anstrengungen Europas und Amerikas, zur Beendigung des russisch-japanischen Krieges, die zur Intervention des Präsidenten der Vereinigten Staaten führten. Diesen Bemühungen, welche sich keinerlei ideelles Mäntelchen umhängen, sondern unmittelbar vom wohlverstandenen Eigeninteresse ausgehen, dankt Europa wohl in erster Linie die nunmehr bereits lange Dauer des Friedenszustandes zwischen seinen Hauptnationen.

In zweiter Linie ist es eine Bevölkerungsschicht am anderen Ende der sozialen Hierarchie, die Arbeiterschaft, welche in allen Kulturländern antikriegerisch gesinnt ist. Sie nimmt an jenen ideellen Problemen und materiellen Interessen, um welcher Willen die herrschenden Klassen Krieg zu führen geneigt sind, nur sehr geringen Anteil und andererseits hat sich in der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder im gleich gerichteten Kampfe gegen das internationale Kapital eine Solidarität der Interessen und Empfindungen ausgebildet, welche jeden Kampf der Arbeiter verschiedener Länder untereinander verabscheuen läßt. Hierzu tritt dann noch in mehreren Ländern der innerpolitische Interessengegensatz zwischen der Arbeiterschaft und der Armee, welche bei Streiks und Aufständen stärkste Stütze der herrschenden Gewalten ist (siehe Aufsatz von Gustave Hervé auf Seite 907). Es kann aber wohl trotzdem dem aufmerksamen Beobachter nicht

unsichtbar bleiben, daß die breiten Massen der Arbeiterschaft vielfach in ihren Gesinnungen nicht ganz so weit gehen wie die Führer. Erinnerung an die eigene Militärzeit resp. die mitgemachten Feldzüge und ein gewisser nationaler Chauvinismus, der auch in diese Schichten dringt, wirken vielfach entgegen. Bei den letzten deutschen Reichstagswahlen und den jüngst stattgehabten französischen Gemeindewahlen, die beide im Zeichen des Kampfes zwischen Patriotismus resp. Kolonialpolitik und dem Widerspruch dagegen standen, hat die sozialistische Partei Mandate verloren und weniger Zuwachs an Stimmen gehabt als bei vielen anderen Wahlen, wo der rein ökonomische Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern auf einen weit größeren Kreis der ersteren unmittelbar gewirkt hat. Sowohl in Deutschland als in Frankreich ist die antimilitaristische Strömung in der sozialistischen Arbeiterschaft heute wohl bereits nicht mehr so stark als vor 1 bis 2 Jahren. Immerhin kann dieselbe noch als starker Friedensfaktor gelten, insbesondere auch, da die Regierungen mit Recht fürchten, daß ein unglücklicher Krieg den Arbeiteraufstand in den eigenen Hauptstädten im Gefolge haben würde, wie im Jahre 1871 anläßlich der Kommune und kürzlich wieder am Schlusse des russisch-japanischen Krieges.

Ein dritter, in Zukunft wohl sehr bedeutungsvoller Faktor der Friedensbewegung ist die Stimmung der Frauen, die aus natürlichem, menschlichem Empfinden die Greuel des Krieges verabscheuen. Heute mag ja diese ihre Stimmung nur indirekt durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Männer zum Ausdruck kommen. Sowie aber nach dem Muster Australiens, Finnlands und Norwegens auch die europäischen Großmächte das Frauenwahlrecht besitzen werden, was ja nur mehr eine Frage der Zeit sein kann, wird die pazifistische Gesinnung der Frauen auch in den parlamentarischen Körperschaften machtvoll zum Ausdruck kommen. Hier liegt eine sehr starke Chance der Friedensbewegung.

Last not least sind es endlich einflußreiche und führende Kreise der intellektuellen Klassen, welche aus allgemeinen Gesichtspunkten der Kultur und des Gattungsfortschritts für die Friedensbewegung eintreten. In Deutschland ist diese Richtung ja überaus schwach. Die Bismarckschen Gedanken nationaler Behauptung durch Anwendung physischer Macht wirken fort, man glaubt derzeit noch militärisch stärker zu sein als die Nachbarn und will sich dieses Vorteils für den ökonomischen Kampf um Aufteilung des Weltmarktes nicht begeben. Immerhin gibt es Kreise, die, wenn nicht aus sentimental oder allgemein ideellen, so doch aus praktischen Gesichtspunkten heraus eine Verminderung der Militärlasten empfehlen (siehe Artikel von H. v. Gerlach auf S. 914), und die zunehmende Demokratisierung Deutschlands, der wachsende Einfluß der industriellen und fortschrittlichen Kreise des Westens gegenüber dem streng militärisch gesinnten konservativen Junkertum des Ostens wird vielleicht in entfernterer Zukunft auch in Deutschland jene pazifistische Strömung stärken, die in den Staaten des Westens so machtvoll geworden ist.

In vorderster Linie unter diesen steht wohl Frankreich, in dem bloß der jedes politischen Einflusses beraubte Adel und gewisse Gruppen des Kleinbürgertums auf chauvinistischem Standpunkt verharren. Nicht bloß die Arbeiterschaft, sondern auch weite Schichten der Bauernschaft, der Industrie und der liberalen Berufe und mit ihnen die derzeitige radikale Mehrheit der Vertretungskörper und die Regierung selbst haben sich von jener Vergöttlichung der Gewalt, wie sie in Deutschland so vielfach üblich, durchaus ab-

gewendet und bekennen sich zum Ideal der Menschheitsolidarität. Nicht daß sie dabei aufhörten, patriotische Franzosen zu sein. Aber ihr Patriotismus ist eben nicht mehr aggressiv auf Erhöhung der eigenen Macht auf Kosten der Nachbarn gerichtet, sondern er erstrebt die volle Entfaltung der französischen Nation als eines integrierenden Bestandteils der menschheitlichen Kultur-gemeinschaft. Trotzdem muß konstatiert werden, daß diese Stimmung vor wenigen Jahren noch eine allgemeinere war, da selbst der Gedanke einer Revanche gegenüber Deutschland ganz in den Hintergrund trat, daß aber das Eingreifen Deutschlands in die Marokkofrage, das offensichtlich keinem vitalen deutschen Interesse entsprach, wieder viel alte Erbitterung geweckt hat. Es mögen Jahre notwendig sein, bis sich diese wieder legt, und die fortschrittliche pazifistische Strömung sich weiter entfalten kann.

England und Amerika sind gleichfalls jedem kriegerischen Ideale fremd; sie wünschen friedlichen Ausbau ihrer ökonomischen und politischen Interessen und möglichst friedliches Zusammenleben mit den anderen Völkern. Ihre Stellungnahme auf der Haager Konferenz hat bewiesen, daß sie für jeden Vorschlag der Rüstungseinschränkung resp. der Entscheidung von Streitfällen durch Schiedsgerichte statt durch Krieg zu haben sind. Verwandt gestimmt sind auch die übrigen Großmächte mit Ausnahme Japans, und die geschilderte Einflußnahme der intellektuellen Kreise zugunsten der Friedensbestrebungen ist überall im Steigen.

Die Kräfte, welche der Friedensbewegung entgegenwirken, sind sowohl ideeller als materieller Art. Wenig einflußreich zwar sind — zu mindest außerhalb Deutschlands — die philosophischen Vertreter des Krieges, die nach Art des ehemaligen Mitgliedes des österreichischen Parlaments, Dr. Pattai, im Kriege ein „Stahlbad“ erblicken, das das Volk regeneriere. Zahlreicher sind jene, welche vom Streben nach Revanche für ehemals erlittene Unbilden ihres Volkes beseelt sind und dieselben in einer neuen, siegvollen Waffentat zu tilgen suchen. Die Anhänger des Revanchegedankens für die Niederlage im letzten deutsch-französischen Kriege sind jedoch in Frankreich minder zahlreich, als man gewöhnlich im Auslande annimmt. Die neuen Ideale der Brüderlichkeit und Solidarität vertragen sich nicht mit dem Durst nach Rache. Was eine immerhin starke Richtung im französischen Volke beseelt, ist nicht sowohl ein Streben an Deutschland Rache zu nehmen, als vielmehr der Wunsch, die unter fremder Herrschaft stehenden Elsässer und Lothringer von vermeintlicher Unterdrückung zu befreien und mit der französischen Nation wieder zu vereinen. Viele aber, die diesem Wunsche huldigen, würden ihn lieber als durch Waffengewalt auf friedlichem Wege realisieren, etwa durch eine politische Umwälzung in Deutschland, welche die Regierung in sozialistische Hände legen würde. Durchaus verwandt dieser Stimmung ist die Sympathie weiter Kreise des italienischen Volkes für die Irredenta in Tirol und Triest, ihr Wunsch, durch friedliche oder kriegerische Mittel die italienischen Provinzen Österreichs an das Königreich Italien anzugliedern.

In zweiter Linie müssen die imperialistischen Bestrebungen Deutschlands, Englands und Amerikas als Faktoren, welche der Friedensbewegung entgegenwirken, aufgefaßt werden. Indem sie ökonomische und politische Machterweiterung in den überseeischen Ländern ins Auge fassen, müssen sie naturgemäß mit der Möglichkeit rechnen, selbe auf kriegerischem Wege zu erzwingen. In dieser Richtung scheinen aber die jüngst abgeschlossenen Kolonialabkommen zwischen England einerseits, Frankreich und Rußland andererseits eine Wendung herbeiführen zu wollen. — Wenn diese neue

Tendenz zur allgemeinen Geltung gelangt, dann würde die imperialistische Kolonialpolitik aus der Reihe der friedensfeindlichen Faktoren ausscheiden.

In dritter Linie kommt die Stellung gewisser Interessentenkreise in Frage, insbesondere der Offizierskreise in Deutschland, Rußland und Frankreich, welche vom Kriege die Möglichkeit ehrenvoller Betätigung und besseres Avancement erhoffen, sowie der Waffen- und Schiffsbauindustrien in allen europäischen Ländern. Diese letzteren ziehen aus den Kriegsrüstungen unmittelbare sehr bedeutende finanzielle Vorteile; sie sind daher geneigt und haben niemals mit Geldmitteln gekargt, um eine lebhaft populäre Agitation zugunsten kriegerischer Stimmung und Rüstungsvermehrung zu entfachen. Dieser Widerstand gegen die Friedensbewegung kann durch keinerlei ideelle Argumente gebrochen werden, mit ihm kann es nur Kampf und keine Vermittlung geben.

Überblicken wir so all die positiven und negativen Kräfte, so kommen wir zum Ergebnis, daß wohl sehr bedeutsame Kräfte gegen tatsächlichen Ausbruch von europäischen Kriegen wirksam sind, daß jedoch wichtige Kreise, die vor dem Kriege selbst immerhin Bedenken haben, Interesse an der vollen Aufrechterhaltung der Kriegsrüstung und damit Verhinderung solcher internationaler Maßnahmen, welche diese überflüssig machen würden, besitzen. Insbesondere in Deutschland sind die Gegner der Friedensbewegung heute übermächtig, und angesichts der gewaltigen militärischen Stellung des Deutschen Reiches kann kein anderer Staat es wagen, ohne ein Einvernehmen mit Deutschland im Sinne der Rüstungseinschränkung vorzugehen. Alle noch so weit blickenden und scharfsinnigen Vorschläge nach dieser Richtung scheinen mir daher wenig Aussicht auf praktische Erfüllung zu haben. Eine Einschränkung der Rüstungen, wie sie England auf der Haager Konferenz empfahl, scheint mir der Festlegung eines internationalen Rechtszustandes nicht vorangehen, sondern bloß nachfolgen zu können (siehe Artikel von Oberst Le Marchand auf S. 906).

Alle reale, von Utopie freie Hoffnung auf Ersetzung des „bewaffneten Friedens“ der Gegenwart durch einen wahrhaft permanenten Friedenszustand muß sich, glaube ich, auf die fortschreitende Entwicklung internationaler Behörden und internationalen Rechts konzentrieren. Freilich kann es sich da nicht um Jahre oder Jahrzehnte, sondern nur um weitausblickende Zeitläufe handeln. Ein Kulturfortschritt von so überwältigender Bedeutung wie ihn die Ausschaltung der Gewalt aus dem Völkerverkehr, die Ausdehnung der Rechtssphäre, die ehemals auf den Stamm beschränkt war, und heute für den Staat gilt, auf die ganze Menschheit, die Umwandlung der Mittel des Daseinskampfes, die bislang noch Lebensvernichtung in sich begriffen, und dereinst bloß ökonomischer und ideeller Natur sein werden, in sich begreifen, bedarf auch geschichtlicher Zeiträume zu seiner Erfüllung.

Die Tendenz ist jedoch schon heute unverkennbar. Seit einem halben Jahrhundert wurde eine ganze Reihe von internationalen Behörden geschaffen, zuerst im Jahre 1864 das Amt für Messung der Erdgrade mit dem Sitze in Potsdam; dann im Jahre 1875 das internationale Amt für Maße und Gewichte zu Paris und später im selben Jahre das Zentralbureau des Weltpostvereins zu Bern. Seither sind noch viele andere internationale Ämter für Patentschutz und Autorrechte, für Arbeiterschutzgesetzgebung und für internationale Regelung der Zuckerindustrie (zu Brüssel) begründet worden. Besonders dies letztere scheint mir von charakteristischer Bedeutung, weil

seine Begründung einem der verlustreichsten ökonomischen Kriege der Gegenwart, der Überbietung der einzelnen zuckerexportierenden Staaten durch stets höher und höher fixierte Exportprämien ein Ende bereitet hat. Auf diesem Felde haben wir tatsächlich bereits eine internationale Verwaltungsbehörde vor uns. Hierzu kamen in jüngster Zeit die Schiedsgerichtshöfe im Haag, welche zu wiederholten Malen Recht zu sprechen Gelegenheit fanden, und insbesondere durch ihre Entscheidung des Nordsee-Zwischenfalles zwischen England und Rußland den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges wirksam verhindert haben. Neben diesen werdenden internationalen Verwaltungs- und Justizbehörden finden wir im „Europäischen Konzert“, das bis vor kurzem über die Geschicke der Türkei entschied, in der Algeciras-Konferenz, welche die Angelegenheiten Marokkos regelte, und im internationalen Vorgehen anläßlich des Boxeraufstandes in China und noch bei vielen andern Gelegenheiten, die ersten Ansätze einer internationalen Exekutive. Dieselbe besitzt sogar ein gewisses Gewohnheitsrecht und eine gewisse Stabilität, indem sie für europäische Angelegenheiten aus den sechs europäischen Großmächten Deutschland, Frankreich, England, Italien, Österreich, Rußland, für andere okzidentale Angelegenheiten aus denselben Mächten mit Einschluß Amerikas, und endlich für asiatische Fragen aus den acht Weltmächten (die oben genannten mit Einschluß Japans) besteht. Auch die Anfänge internationaler gesetzgebender Körperschaften sind einerseits auf den Haager Konferenzen, die eine Reihe internationaler Rechtsnormen festlegten, andererseits in den interparlamentarischen Konferenzen, in den internationalen sozialistischen Kongressen usw. unverkennbar. All diese Institutionen werden sich unter dem Einfluß der mit jedem Jahrzehnt intensiver werdenden Interessengemeinschaft der Kulturländer mehr und mehr ausbilden. Je inniger die Beziehungen zwischen ihnen werden, je mehr die ganze Erde ein einziges Wirtschafts- und Kulturgebiet wird, desto mehr verlangen ungezählte Fragen eine internationale juristische Regelung, und internationale Verwaltungs- und Justizbehörden werden notwendig. Die Weiterentwicklung muß und wird schließlich zu einer einheitlichen Organisierung aller dieser internationalen Behörden, zur förmlichen Föderation der Kulturstaaten führen; und eben dieser internationalen Justiz- und Exekutivbehörde wird die Entscheidung aller Streitfragen zwischen den einzelnen Staaten obliegen, genau so, wie etwa heute Senat und Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten von Amerika die Streitfragen zwischen den einzelnen Staaten des Bundes, oder der deutsche Bundesrat eventuelle Streitfragen zwischen den deutschen Bundesstaaten entscheidet resp. entscheiden würde. Wenn diese Entwicklung an ihr Ziel gekommen, wird für die einzelnen Staaten die Notwendigkeit, ja auch nur Zulässigkeit, ihre bisherigen Armeen beizubehalten, entfallen. Militärische und Polizeikräfte der gesamten Föderation, die ja zunächst noch manchem außenstehenden, halb barbarischen Staate gegenüberstehen mag, werden an ihre Stelle treten und für Aufrechthaltung des Friedens im Innern der Föderation und Schutz derselben nach außen sorgen. Nur für Aufrechthaltung der Ruhe im Innern der einzelnen Staaten werden wohl auch weiter noch, wie es heute in den einzelnen Staaten der amerikanischen Union der Fall, selbständige Staatsmilizen resp. Armeen von geringer Stärke bestehen bleiben. Den internationalen Verwaltungs-, Justiz- und Exekutivbehörden wird dann naturgemäß auch ein Parlament der Staatenföderation zur Seite treten und alle jene Angelegenheiten, welche den verbündeten Staaten gemeinsam sind, in

einheitlicher Weise regeln. Mag all dies heute noch als Utopie erscheinen, die Entwicklungstendenz geht unzweideutig in dieser Richtung, und nur über die notwendige Zeitspanne bis zu ihrer Erfüllung, ob Jahrzehnte oder Jahrhunderte, kann ein Zweifel bestehen.

II.

Jenseits all dieser Entwicklung der Tatsachenwelt geht die sozial-psychologische Entwicklung vor sich, welche in Wechselwirkung und gegenseitiger Befruchtung der nationalen Kulturen eine Menschheitskultur zu schaffen im Begriffe ist. Die Erde ist klein geworden in diesen letzten Jahrzehnten; Bahnen, Dampfschiffe, Welthandel und Telegraph haben uns aller Fernen spotten gelehrt, Länder und Völker näher aneinandergerückt, ihr Wohl und Wehe, ihr Gedeihen und ihre Kultur in innige Beziehung zueinander gebracht. Die Zeitungen berichten alltäglich von den politischen Begebenheiten in allen Erdteilen, Revuen wie die vorliegende suchen über den Schein des Tages hinaus das innere Wesen fremdländischer Zivilisation darzulegen, die sozialen Erfahrungen aller Völker einander nutzbar zu machen. So werden viele Ideen Gemeingut aller Völker, viele soziale Reformen greifen vom einen Lande in das andere über, ideelle und soziale Gemeinsamkeiten entstehen. In zweiter Linie schafft der Welthandel selbst andere Gemeinschaften materieller Natur. Die europäische Kleidung verbreitet sich immer mehr über die Erde; in Japan hat sie sich unter den gebildeten Klassen überall eingebürgert, in China wurde ein Antrag auf Einführung europäischer Kleidung nach japanischem Muster allerdings im Ministerrate abgelehnt, mag aber später durch die Macht der Entwicklung unabhängig vom Regierungswollen, trotzdem sich erfüllen. Ebenso werden die Lebensgewohnheiten der gebildeten Kreise aller Völker einander immer ähnlicher, Kochkunst und Mode, Kindererziehung, Stellung der Frau, Sitten und Gewohnheiten werden stets gleichartiger. So kann heute schon von nationalen Sitten im Tagesleben der gebildeten Klassen des Westens kaum mehr gesprochen werden, und auch die noch vorhandene Scheidung der Lebensgewohnheiten zwischen Ost und West wird von Tag zu Tag geringer. Auch die großen Wanderungen unseres Jahrhunderts müssen als bestimmende Faktoren hierher gezählt werden. Die amerikanische Kultur ist aus einer Synthese aller europäischen Kulturen hervorgewachsen, die immer mehr sich ausbreitende Gewohnheit des Reisens bringt jeden Einzelnen in Berührung mit der Zivilisation und den Gewohnheiten der fremden Völker.

Eine Schicht vor allem hat sich in allen Kulturstaaten durchaus parallel entwickelt, ihre Psychologie ist in Wahrheit universell. Ich meine die Arbeiterschaft. (Siehe meinen Aufsatz in Heft 6 dieser Zeitschrift.) Auch in Ländern, wo Bauernschaft und Kleinbürgertum noch ausgeprägte Nationalgewohnheiten beibehalten haben, hat die Arbeiterschaft doch genau die gleichen Züge des Fabriksmilieus angenommen, die wir überall wieder treffen, und auch ihre Gesinnung ist überwiegend international. Des fernern darf das ständige Fortwirken eines Faktors nicht vergessen werden, der allerdings bereits seit Jahrtausenden tätig ist, nämlich der universellen Religionsgemeinschaften. Wo immer z. B. die katholische Kirche gebietet, erzeugt sie ein gewisses sozial-psychologisches Milieu, und ihre Missionare trugen dasselbe in jüngster Zeit auch in die Länder Asiens und Afrikas. Wichtiger noch für unsere Untersuchung ist der Internationalismus der Wissenschaft und ihrer Vertreter. In welchem Lande immer ein moderner Gelehrter wirken mag, er muß sich die haupt-

sächlichsten Forschungen aller andern Völker auf seinem Spezialgebiete aneignen. Und eben dieser gemeinschaftliche, wissenschaftliche Besitz konstituiert einen bedeutsamen Eckstein der werdenden Menschheitskultur.

Die entgegenwirkenden Kräfte sind naturgemäß weitaus minder bewußter und brutaler Art als gegenüber den oben erwähnten Kräften der Friedensbewegung. Die internationale Angleichung der Seelen und Köpfe geht so allmählich und naturgesetzlich vor sich, es gibt so wenig Angriffspunkte, daß sie wohl beklagt, aber kaum bekämpft werden kann. Am stärksten ist noch der Widerstand in jenen alten Kulturländern, die auf eine ruhmvolle geschichtliche Tradition zurückblicken und sich dem Auslande überlegen dünken. In ihnen ist vielfach die Kenntnis fremder Sprachen minder verbreitet als in den Peripherieländern der Kultur, und die Bekanntschaft mit den kulturellen Errungenschaften des Auslandes minder intensiv. Man sucht eifersüchtig und mit Stolz die Besonderheiten der jahrtausendealten Gesittung zu bewahren, und wenn dieses Bestreben auch in den materiellen Sphären der Kultur wenig Erfolg haben mag, so ist es doch um so mächtiger in allen Beziehungen ideeller Kultur. Ich bin daher gegenüber dem Erfolg aller Bestrebungen, die nationalen Sprachen durch eine Weltsprache zu ersetzen, überaus skeptisch, und auch der praktische Wert einer Hilfssprache für internationale Beziehungen, wie des Esperantos erscheint mir sehr fraglich. (Siehe Artikel von Léon Bollack auf S. 977.) Eine solche Hilfssprache könnte wirklichen Nutzen nur gewähren, wenn man sicher wäre, sich mit sehr vielen Mitgliedern fremder Völker in ihr verständigen zu können, aber gerade einer solchen Massenverbreitung steht der Umstand gegenüber, daß internationale Vermittlungssprachen heute schon tatsächlich bestehen und als solche historisch geworden sind, auf dem Festlande von Europa das Französische (in den westlichen Grenzgebieten der slavischen Rasse und in Nord-Europa das Deutsche), in den Küstenländern des Mittelmeeres und in Süd-Amerika gleichfalls das Französische, in Nord-Amerika, Afrika, Süd- und Ost-Asien das Englische. Wer diese drei Sprachen beherrscht, kann schon heute fast die ganze Erde bereisen und sich überall leicht verständlich machen. Doch sei dem, wie ihm sei, die alten Nationalsprachen werden sich jedenfalls im innern Leben der Völker als Ausdrucksmittel ihres kulturellen Lebens, wenn nicht für immer, so doch für lange Jahrhunderte behaupten, und damit ist auch der selbständige Bestand von Nationalkulturen gewährleistet. Nur werden diese eben immer mehr und mehr gewisse Bestandteile der werdenden Weltkultur in sich aufnehmen und zu bloßen Nuancen und Abtönungen der letzteren werden. Um eine mechanische Mischung der einzelnen Kulturen kann es sich hier freilich nicht handeln. Es vollzieht sich vielmehr ein Prozeß der Auslese all der vorzüglichsten Eigenschaften der einzelnen Völker, welche sich den andern Völkern mitteilen und so zu Bestandteilen der Menschheitskultur werden. Auf eben diesem Prozesse müssen unsere bedeutsamsten Hoffnungen für die Zukunft der Gattung beruhen, von ihr können wir eine wahrhafte Höherhebung der Zivilisation erwarten.

Amerika hat die Möglichkeiten der materiellen Güterproduktion in technischer und kommerzieller Hinsicht in beispielgebender Weise ausgebildet, Australien zeigt der Welt neue soziale Institutionen, welche die industrielle Anarchie beseitigen, die Lage der Arbeiterschaft und vor allem der arbeitenden Frauen in entscheidender Weise verbessern. Indien zeigt uns neue Möglichkeiten religiöser Verinnerlichung, China eine eigengeartete positivistische

Kultur, und Japan neue Motive der Kunst in der Darstellung der Poesie der Naturwesen. Von Norwegen kommen uns neue Erleuchtungen modernen Seelenlebens, aus Rußland begeisternde Erzählungen vom Idealismus seiner Freiheitskämpfer. England zeigt der Welt die sozialen und moralischen Segnungen des Prinzips der Freiheit und Selbstverwaltung, Frankreich und Deutschland sind beispielgebend in so vielen Beziehungen der Kultur. Mehr und mehr werden die Völker einander ihr Bestes zeigen, mehr und mehr werden diese beispielgebenden Züge all den Nationalkulturen einverleibt werden und so jenen Hintergrund synthetischer Menschheitskultur bilden, von dem sich die spezifischen Nationalkulturen abheben. Gerade durch diesen Weiterbestand der nationalen Zivilisationen wird den Völkern die Möglichkeit an die Hand gegeben, auch weiterhin eigengeartete kulturelle Schöpfungen ins Leben zu rufen und den andern Völkern mitzuteilen; aber sie werden doch stets auf dem gesicherten Kulturbesitz der Gattung ihre neuen Werke errichten. So scheint mir eben jenes Kompromiß, das sich in der Wirklichkeit, vor unsern Augen, zwischen der synthetischen Weltkultur und den fortlebenden Nationalkulturen vollzieht, die allergünstigste Möglichkeit für den Gattungsfortschritt zu sein.



KORRESPONDENZEN

.....

POLITISCHE ENTWICKLUNG

DR. ROBERT SCHEU, WIEN: DIE KULTURPOLITISCHE GESELLSCHAFT IN WIEN.



VOR einiger Zeit wurde im österreichischen Unterrichtsministerium eine sensationelle Enquete über die Reform der Mittelschule abgehalten, an welcher hervorragende Gelehrte, Abgeordnete, aktive und gewesene Minister, Schulmänner, Vertreter öffentlicher Korporationen und Vereine teilnahmen. Der Eindruck dieser Enquete, in welcher eine überaus gründliche und vollkommen aufrichtige Auseinandersetzung über die bestehenden Schulzustände stattfand, war ein bedeutender. Sie schloß mit einem Resumé des Ministers, in welchem er die Neugestaltung der Mittelschule für unaufschiebbar und spruchreif erklärte und gleichzeitig das Versprechen abgab, ungesäumt und energisch an die Verwirklichung jener Forderungen zu schreiten, welche sich aus den Beratungen der Enquete als communis opinio ergeben hatten. In dieser Enquete gipfelte die beispiellos mächtige und leidenschaftlich bewegte Schulreformdebatte, deren Zeugen wir in Österreich jetzt sind. Eröffnet und ins Rollen gebracht wurde diese Bewegung aber im Vorjahr gleichfalls durch eine Enquete, die von einem privaten Verein veranstaltet war und gewissermaßen das Vorbild der ministeriellen Enquete gewesen ist. Es war die Kulturpolitische Gesellschaft in Wien, welche in einer zwei volle Monate tagenden öffentlichen mündlichen Beratung von mehr als 60 Experten aller Berufskreise vor etwa 3000 Besuchern das Schulproblem nach allen Richtungen hin durchgearbeitet hatte *).

Schon vor zehn Jahren hatte sich, gleichfalls im Hinblick auf eine ins Leben zu rufende kulturpolitische Bewegung eine kleine Gruppe von Intellektuellen in Wien zusammengefunden, welche die Reform der Mittelschule an die Spitze ihrer Aktionen stellte, und der Schreiber dieser Zeilen war es, der damals als erster diesen Ruf erhob und die Notwendigkeit einer Reform mit den Ansprüchen des modernen Lebens begründete. Die Schulreform ist aber durchaus nicht der einzige Programmpunkt der Kulturpolitischen Gesellschaft, auch ist es nicht das erste Mal, daß die Aktionen dieses Vereins die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Das Programm der Gesellschaft beruht auf folgenden Grundgedanken: Es gibt zu jeder Zeit gewisse spruchreife, dringende Reformen, über deren Notwendigkeit und Nützlichkeit trotz aller Klassen- und Standesgegensätze überwiegende Einigkeit herrscht. Trotzdem geschieht nichts zu ihrer Verwirklichung weil zufälligerweise kein spezielles Interesse einer politischen

Die Protokolle, 2 Bände, sind bei Moritz Perles in Wien erschienen. Der erste Band, „Schülerbriefe über die Mittelschule“ enthält die schriftlichen Äußerungen der Experten. Der zweite Band, 320 Seiten, das Protokoll der mündlichen Verhandlungen.

Partei an die Durchführung der Reform geknüpft ist. Gerade die allgemeine Anerkennung des Bedürfnisses erweist sich vielmehr häufig als Hindernis, weil die politischen Parteien gewöhnlich ein größeres Gewicht darauf legen, ihre Gegensätze zu betonen, als sich zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. Derlei dringende Gegenstände bleiben daher unerledigt. Es empfiehlt sich somit, eine Organisation von Menschen zu schaffen, welche derartige Fragen prinzipiell in den Vordergrund rücken und systematisch zum Bewußtsein bringen. Als geeignetstes Mittel hierzu betrachten die Kulturpolitiker die Form der Enquete: Tatsachenerhebung und darauf gegründete Aussprache, Konstatierung der Widersprüche und der Übereinstimmung, in der Absicht, auf der Linie des geringsten Widerstandes vorzudringen. Aus den einzelnen Enqueten sollen sich Sonderausschüsse bilden, eine Elite von Menschen, die soziale und kulturelle Arbeit leisten wollen, sich dann zu größeren Gruppen zusammenschließen und einen kulturpolitischen Stab bilden, der immer neue Aufgaben stellt und Reformen anregt, durch Erfahrung allmählich eine gewisse Schule und einen Überblick gewinnt und damit schrittweise die große Kluft zwischen den Errungenschaften unserer Erkenntnis und den realen Zuständen des Lebens verkleinert.

Dieser Gedanke, den ich in meinem Buch „Kulturpolitik“ (Wiener Verlag 1901) niederlegte, wurde von der Kritik als anregende Utopie gewürdigt, aber politisch nicht weiter beachtet. Auch der große Eindruck, welchen die erste Aktion zur Reform der Mittelschule vor zehn Jahren gemacht hatte, änderte nichts an dieser Beurteilung. Im Jahre 1902 beschloß ich, um eine Erfahrungsgrundlage zu gewinnen, einen eigenen Verein ins Leben zu rufen, die Kulturpolitische Gesellschaft in Wien, deren Programm in folgenden Leitsätzen gipfelte:

Darstellung der gesamten kulturellen und sozialen Zustände von Österreich. — Schaffung einer Volksorganisation nach Gegenständen der Verwaltung analog der staatlichen Beamtenorganisation. — Zusammenschluß aller gemeinnützigen Bestrebungen behufs Bildung einer Kulturpartei. — Veranstaltung von Enqueten über alle Gebiete der Verwaltung und Bildung von Komitees, hervorgehend aus diesen Enqueten. — Später Zusammenschluß dieser einzelnen Ausschüsse zu einem Kulturparlament. — Zweck des Kulturparlaments: Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzentwürfen, Kontrolle und Kritik der gesamten Verwaltung usw. usw.

In den fünf Jahren ihres Bestandes hat die Kulturpolitische Gesellschaft den Beweis erbracht, daß sie in der Lage ist, soziale Fragen mit Nachdruck auf die Tagesordnung zu stellen. Die erste Enquete, welche die als Verein konstituierten Kulturpolitiker veranstalteten, betraf die strafgerichtliche Voruntersuchung. Diese Enquete, an der sich hohe richterliche Beamte, Delegierte der Polizei, Rechtsanwälte und Gelehrte beteiligten, rief eine tiefgreifende Wirkung auf die gerichtliche Praxis hervor. Unmittelbar nach Abschluß der Enquete wurden sämtliche Untersuchungsakten revidiert und an einem einzigen Tage über hundert Häftlinge aus den Gefängnissen entlassen. Die Wirkungen dieser Enquete sind bis auf den heutigen Tag fühlbar. Der eindrucksvolle Verlauf dieser Veranstaltung war wohl zum Teil auch dem Umstande zuzuschreiben, daß der damalige Ministerpräsident und Justizminister Dr. von Koerber, dem ich mein Programm persönlich vortrug, gegen die Teilnahme höherer staatlicher Funktionäre keine Einwendungen hatte. Weniger weitherzig war die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie, welche eine hauptsächlich im Interesse der politisch Verfolgten ein-

berufene Veranstaltung einfach boykottierte. Die bereits angemeldeten Experten aus diesem Kreise zogen sich im letzten Augenblick zurück.

Die folgende Enquete behandelt ein Thema, in welchem wirtschaftliche und rechtliche Gesichtspunkte ineinandergreifen: **Personalkredit und Wucher**. Die Wichtigkeit, welche dieser Aktion beigemessen wurde, geht zur Genüge daraus hervor, daß sie von drei Ministerien, 20 Vertretern von Vereinen und öffentlichen Körperschaften beschiedt und in nicht weniger als 27 Leitartikeln besprochen wurde. Die Enquete, im Volksmund einfach die „Wucher-enquete“ genannt, hatte eine verschärfte Verfolgung des Wuchers, ferner eine erleichterte Kreditgewährung an Beamte und die Einführung der vorgeschlagenen Kreditprinzipien in mehreren privaten Kreditinstituten zur Folge. Einer der Hauptreferenten der Enquete, Dr. Otto Philipp, entwarf den Plan zu einer Entschuldungsbank, deren Aktivierung mit einem Kapital von drei Millionen Kronen demnächst bevorsteht.

Nicht minder populär wurde die Aktion zur **Reform des Ehe-rechts**, welche in die unendliche Verwirrung des österreichischen Ehe-rechts grelle Lichter warf. Im Anschluß an diese Enquete kam es zu der großen Petitionsbewegung, welche bald ins fernste Tal von Österreich ihre Bogen flattern ließ. Die dadurch entfesselte Gegenbewegung, welche vom österreichischen Episkopat geleitet wurde, gab dem Kampf erst recht Nahrung. Seit jenem großen Petitionskampf, in welchem von beiden Parteien zusammen-genommen mehr als vier Millionen Unterschriften aufgebracht wurden, ist die Eherechtsreform nicht mehr aus der Diskussion verschwunden, und es gab bei den letzten Reichsratswahlen keinen Kandidaten, der nicht von den Wählern gezwungen wurde, Farbe zu bekennen.

Noch in derselben Saison kam es zu der Enquete über Kunstpolitik, in welcher ein inniger Kontakt zwischen Künstler und Publikum unabhängig von der Gunst der Zwischenhändler und der Presse angebahnt werden sollte.

Von der folgenden Enquete, der **Mittelschulen-enquete**, war schon die Rede. Sie hat förmlich ein neues geistiges Leben in Wien erweckt, zum ersten Male seit langer Zeit eine sachliche Diskussion gebracht, an der sich alle Stände beteiligt haben. Interessant ist, daß der christlichsoziale Minister Dr. Gessmann sich für die Schulreform so lebhaft interessiert, daß er selbst mit einem Reformvorschlag hervorgetreten ist, in welchem viele Forderungen der Schulreformer Aufnahme gefunden haben.

So verliefen die bisherigen Aktionen der Kulturpolitischen Gesellschaft, welche sich auf den engen Raum von fünf Jahren zusammendrängen. In dieser Zeit haben wir die öffentliche Aufmerksamkeit wiederholt geradezu beherrscht, bisweilen sehr zum Verdruß der politischen Parteien, welche darin eine „Ablenkung“, „Behelligung“ und dergleichen erblickten. Denn oft genug wurden sie gezwungen, sich mit Problemen zu befassen, denen sie aus eigenem Antrieb wohl niemals nähergetreten wären.

In Deutschland ist nun seit etwa einem Jahre sehr viel von Kulturpolitik die Rede. Dr. Walter Vielhaber in Berlin, Lehmann-Hohenberg in Weimar, Rieß und Heimerich in München streben auf ihre Art Ähnliches an und haben sich mit mir in Verbindung gesetzt. Aus Paris und Zürich erhalte ich gleichfalls Lebenszeichen. Eine gründliche Aussprache über dieses Thema wäre nunmehr zeitgemäß. Die Kulturpolitiker der verschiedenen Staaten müssen sich verständigen. Über die Ziele sind wir so ziemlich einig, als Methode der Kulturpolitik empfehle ich die **realpolitische**, wie ich sie in Wien seit fünf Jahren angewendet habe.

I. SRIRAMULU, RAJAHMUNDY: INDIENS STELLUNG ZUM PATRIOTISMUS UND MENSCHHEITSGEDANKEN.



ON Westen her ist ein neuer Gedanke ins indische Land gezogen: der Gedanke nationaler Einheit und patriotischen Nationalempfindens. Die Jugend des Landes glüht in nationaler Leidenschaft, und ebenso geben die englischen Beherrscher des Landes vor, daß sie alle ihre Werke, alle ihre Taten der Unterdrückung im Namen ihres eigenen nationalen Ideals verüben. All dem gegenüber will ich versuchen, das patriotische Ideal zu analysieren und das Große und Heilige in ihm vom Unberechtigten, Entwicklungsfeindlichen zu scheiden.

Reiner Patriotismus ist Liebe des Vaterlandes; falscher, zu bekämpfender Patriotismus ist das Bestreben, des eigenen Volkes Wohlfahrt auf Kosten der Nachbarvölker zu befördern. Kann der ein wahrer Freund seines Landes genannt werden, der es zum Range der Bramanenklasse erheben und die andern Länder niederdrücken möchte zum Range der Parias? der seine eigene Nation zum Herrn der Erde und die andern Völker zu ihren Sklavinnen machen möchte? Können die wahrhaften Ansprüche eines Volkes je mit denen eines andern in Konflikt kommen? Kann wahrer Patriotismus seine Tempel auf den niedergetretenen Tempeln der Menschheit aufbauen? Nein! All dies liegt ferne vom wahren Patriotismus. Ferne liegt ihm der schmachvolle Spruch, den nach Englands Beispiel auch viele Indier sich zu eigen gemacht: „My country, right or wrong“ (Recht oder Unrecht, es ist mein eigen Land). Wahrer Patriotismus verurteilt das eigene Volk, wenn es Unrecht tut, und sucht es durch schonungslose Kritik vom falschen Wege abzubringen und auf den Weg des Ideals zu führen.

Ein wahrer Patriot opfert niemals die Ideale menschheitlicher Solidarität auf dem Altar nationaler Selbstsucht. Er sagt niemals: „Freiheit für mein Land und Sklaverei für die andern.“ Er ruft vielmehr all den Völkern zu: „Licht und Freiheit für einen und für alle über die ganze Erde hin.“ Was immer er denkt, sucht, spricht und tut, ist auf die Befreiung und Beglückung der ganzen Menschheit gerichtet. Jener gewalttätige Imperialismus, der der freien Verbindung freier Völker im Wege steht, ist nicht wahrer Patriotismus, sondern rückständige Barbarei. Jener pharisäische Imperialismus, der einige Völker und Nationen zu beständiger Demut und Sklaverei verurteilt, ist nicht wahrer Patriotismus, sondern Gewalttätigkeit. Wer andere Völker unterjochen und für des eigenen Volkes materielle Wohlfahrt ausbeuten will, der liebt nicht wahrhaft sein eigenes Volk. Die Menschheit schreitet vorwärts unter Führung des Weltgeistes, und Nationen, die niedrig sind, werden erhoben werden, aber Nationen, die sich überheben, werden gedemütigt werden. Wo sind jetzt die einst so stolzen indischen Fürsten? wo die einst so stolzen Ägypter, Babylonier und Karthager? die stolzen Spanier, die stolzen Mongolenkaiser? Tyrannei nach außen und Tyrannei nach innen haben ihren Fall vorgebahnt. Falscher Patriotismus führt zum Untergang. Ganz verloren im eigenen Hochmut, weiß er nicht, daß die Erde mit goldenen Ketten an des Weltgeistes Füße gebunden ist, und daß alles Übel sich rächt an dem, der es begangen.

Ihr falschen Patrioten von Ost und West, wißt ihr nicht, daß es nur einen Weltgeist gibt, daß das Liebesgesetz und das Lebensgesetz dieses Geistes

gleich ist über die ganze Welt hin? Ist er es nicht, der mit seinen Gedanken all unsere Geister erfüllt in Ost und West? Sind nicht all die Völker und Rassen gleiche Erben der grünen Erde unter strahlendem Himmel? Fordert nicht der Fortschritt eines Volkes den Fortschritt der ganzen menschlichen Gattung? Hemmt nicht der Niedergang eines Volkes die Aufwärtsentwicklung der ganzen Menschheit? Hat nicht jede Rasse und jedes Volk, wie tief es gesunken sein mag, in sich unbegrenzte Möglichkeiten unbegrenzten Fortschritts? Ist nicht die Scheidung der Völker in Bramanen und Parias, die Teilung der Menschheit in Völker, die stolz sind gleich den Bramanen, und Völker, die gedrückt werden gleich den Parias, künstlich, unnatürlich und dem göttlichen Gesetz entgegen? Gibt es ein auserwähltes Volk des Weltgeistes? Sagen nicht vielmehr diejenigen, die wahrhaft vom Allgeist erfüllt sind, in jeder Rasse und in jedem Zeitalter, daß alle Rassen und Völker der Erde in gleicher Weise vom Weltgeist zur Aufwärtsentwicklung berufen sind? Stimmen sie nicht alle überein in der Meinung, daß „niedrige Geister forschen, zu welcher Rasse oder Klasse der Mann gehört, großherzige aber alle Brüder fremden Volkes in gleicher Liebe umfassen?“

Wir stehen am Beginn einer neuen Ära menschlichen Fortschrittes. Überall erwacht neues Leben; der Westen ist zu gewaltiger Aktivität erwacht, und der alte Osten ist eben im Begriffe gleichfalls aufzuleben. Ost und West sind nicht getrennte Welten, der eine lebt im andern, zu gegenseitiger Ergänzung sind sie von der Natur berufen, und überall bei weitblickenden Männern und Völkern in Ost und West bricht sich die Erkenntnis durch, daß der Menschheitsgedanke zur Versöhnung all der jahrtausendlangen Kämpfe und Gegensätze berufen sei; Indiens Volk, dessen pantheistische Kultur sich auf dem Gedanken der *E i n h e i t* von Weltall und Menschheit aufbaut, dessen Vedantaphilosophie lange vor Spencer und Darwin die Aufwärtsentwicklung der Gattung als höchstes Ideal erkannt hat, zeige den andern Völkern den Weg.



M. J. LANDA, LONDON: DIE STELLUNG DER JUDEN IN ENGLAND.

M OSES ist in England nicht der Bruder Arons. Er ist ein Engländer mit mehr oder weniger ausgeprägten mosaischen Eigenheiten. Es gibt in England kein jüdisches Problem als solches, weder in der jüdischen Gemeinde, die etwa $\frac{1}{4}$ Million Seelen beträgt, noch außerhalb derselben. Die Juden Englands hören mehr und mehr auf, „besondere Leute“ zu sein, sie sind kein Staat im Staate, zumeist sind sie gewöhnliche, alltägliche britische Bürger mit den Idealen und Streben, die Erbteil aller Engländer sind. Die Lebensbedingungen der Juden sind in England ganz anders als etwa in Rußland. Sie sind nicht auf einen bestimmten Niederlassungsbezirk beschränkt: Dieselben stickigen Nebel, derselbe helle Sonnenschein, dieselben farbenprächtigen Sonnenuntergänge, dieselbe Feuchtigkeit des Klimas beeinflussen ebensowohl den Charakter der Christen, als sie auch gleicherweise ihre Kräfte und Mächte auf den Juden ausüben, ungehindert von Ghettotoren und frei vom unnatürlichem Geruch irgendwelcher Ukase.

Keinerlei Schranken verkrüppeln und fesseln den englischen Juden; alle Gebiete des Lebens, alle Tätigkeiten stehen ihm offen, und er macht vollen Gebrauch davon. Als Mann und Bruder geachtet, erwidert er diese Gesinnung. Und je mehr er sich auf dem üblichen national-englischen Pfad hält, um so mehr wird er geschätzt, um so weniger mißverstanden. Durch sein Leben widerlegt er alte Vorurteile. Mit Ausnahme einer kleinen Gruppe, die immer geringer wird, beweist der Jude in England einen starken Willen, nichts anderes zu sein als ein Engländer, der, wenngleich er kein Christ ist, doch den Lehren nachlebt, aus denen das Christentum hervorging; eine genauere Untersuchung der sozialen Lebensbedingungen müssen dem Engländer zeigen, daß der Ausdruck Jude oder „Alien“ (Fremdling) nicht gleichbedeutend mit Sweater (Ausbeuter) ist. In den letzten Jahren hat man in England das ausgedehnteste und schlimmste Sweating unter den Nichtjuden, in heimischen Industrien und Distrikten gefunden, mit denen die Juden wenig oder nichts zu tun haben, es ist auch festgestellt, daß die Wohnungsüberfüllung kein besonderes Kennzeichen der Juden Ost-Londons ist. Und während sich die allgemeine Aufmerksamkeit den entsetzlichen Zuständen in ländlichen Distrikten englischer Bevölkerung zuwendet, beginnen sich die Behörden in den jüdischen Distrikten Ost-Londons mit dem Problem der steigenden Zahl leerstehender Wohnungen zu beschäftigen.

Die Tendenz der Juden in England ist Anglisierung. Sie tritt schon scharf hervor beim englisch geborenen Juden, dessen Eltern Einwanderer waren: seine Ziele, seine Begeisterung, seine Freuden und Wünsche entsprechen denen des Engländers. Er jagt, schießt, spielt Golf und Fußball, und das Cricket steht ihm wesentlich näher als der Zionismus. Er liest dieselben Zeitungen und Bücher wie seine christlichen Freunde, und das jüdische Vokabularium ist ihm fremder, denn irgendeine Fremdsprache; denn er betrachtet es als ein lächerliches Kauderwelsch, weder nützlich noch schmückend genug, um des Erlernens wert zu sein. Er schwärmt für dieselben toten oder lebenden Helden wie sein englischer Gefährte, dagegen sind ihm jüdische Literatur, die Geschichte seiner eigenen Rasse und Märtyrer unbekannt. Politisch gibt es unter den Juden genau wie unter den Engländern Liberale, Konservative, Sozialisten. Ganz ähnlich liegen die Verhältnisse bezüglich der als Kinder aus Rußland eingewanderten Juden, nur der gänzlich Ungebildete zeigt Neigung zu einer unerfreulichen feindseligen Haltung. Der gebildete junge Fremdling ist einer der besten jüdischen Typen in England. Bewundernswert ist sein heißes Bemühen, alles, was im englischen Nationalcharakter Gutes ist, sich anzueignen. Es fällt einem schwer zu glauben, daß die glänzenden jungen Studenten fremder Geburt an den englischen Universitäten und Schulen nicht englischer Abkunft seien.

Natürlich ist ein fremdes Element vorhanden, das nicht so leicht anglisierendem Einflusse zugänglich ist. Aber es stellt eine abnehmende Gruppe ohne jeden Einfluß auf anglo-jüdisches Leben dar. Diese Gruppe setzt sich zusammen aus älteren Einwanderern, die durch ihr vorgerücktes Alter und die schwere Bürde der Verfolgung in anderen Ländern modernisierendem Einfluß nicht zugänglich sind, und solche, die unter dem Druck äußerster Armut stehen. Aber die offizielle Einwanderung und andere statistische Aufnahmen zeigen, daß kein erhebliches Anwachsen dieses Elements vor sich geht, und ich stehe nicht an, zu behaupten, daß, falls nicht weitere grausame Verfolgungen der Juden in Osteuropa geschehen, innerhalb zehn weiterer Jahre in England diejenigen Juden, die anglisierenden Einflüssen

widerstreben, zu einem sehr kleinen Häuflein zusammengeschmolzen sein werden. Hier sollen noch einige Worte über jene absonderliche Idee einzelner eingeschaltet werden, die gern das Judenproblem lösen möchten, ohne auch nur das ABC der Frage zu beherrschen, und zwar auf dem Wege der Mischehen.

Mischehen sind in England nicht häufig, und zumeist sind diejenigen, die ihrer Gemeinde durch die Portale Hymens entslüpfen, kein großer Verlust und kaum eine wünschenswerte Akquisition für irgendeine Sekte des Christentums. Gewöhnlich begünstigen sie keinen Glauben, sie haben einfach eine lose Hülle abgestreift, an der sie kaum zu erkennen waren, und kein anderes Gewand angelegt. Fast ausnahmslos ist der Jude, der eine Ehe außerhalb seines Glaubens schließt, im Punkte der Religion ein Mephisto, „der Geist, der stets verneint“. Abgesehen von diesen Fällen kommen jüdisch-englische Bündnisse zuweilen zustande durch Engländerinnen, die einem Juden zuliebe zu seiner Religion übertreten.

Ein Korrelat zu der anglisierenden Tendenz ist es, daß nichts von einem panjüdischen Gefühl oder von einer panhebräischen Bewegung im Anglo-Judentum zu verspüren ist. Der Zionismus hat bei der Majorität der anglisierten Juden keine Sympathien gefunden, und die Zionisten sind nunmehr in zwei Lager zersplittert, deren jedes durch die eigene Uneinigkeit aufgerieben wird. Zweifellos ist dies auf die Tatsache zu schieben, daß in England kein jüdischer Typus vorhanden ist, weder in der äußeren Erscheinung, noch dem inneren Gefühl nach. Die stärkste panjüdische Kundgebung, der internationale Zionistenkongreß, deren einer in London stattfand, zeigte, daß der jüdische Typus im Schwinden ist, und die Veranstaltung ließ die Leiter der anglo-jüdischen Gemeinde völlig kalt und unberührt. Der Jude von heute ist nicht der ewige Jude der Vergangenheit. Er ist in erster Linie Engländer, Deutscher, Franzose oder Amerikaner und erst dann Jude, und jedes Volk der Juden hat ihre eigenen nationalen Unterabteilungen.

Demzufolge besteht wenigstens in England nur sehr wenig von einem festen Zusammenschluß der Juden, an dem die nie verstummende Kritik sich stoßen könnte, die englischen Juden sind nur verbunden durch ein Gefühl der Sympathie und des Mitleids für ihre unglücklichen Brüder in den Ländern der Verfolgung. Aber selbst dieses gemeinsame Gefühl findet in den verschiedenen Klassen einen sehr verschiedenen Ausdruck.

Die Umgebung übt auf die englischen Juden einen ebenso starken Einfluß aus wie auf die Engländer. Da der Druck der Verfolgung sie nicht mehr veranlaßt, sich als Gegengewicht in eine semitische Schale einzuschließen, widerstehen sie dem Gesetze der Anpassung an das Milieu nicht mehr als andere. Die Theorie, daß die Juden, wo immer sie hinkommen, ihre Gegenwart und ihren Einfluß fühlbar machen, hat für England keine Geltung. Der auffallende Zug der englischen Juden der Gegenwart ist vielmehr ihre Mittelmäßigkeit. Auf keinem Gebiete englischen Fortschritts hat ein Jude die Führerschaft. Es ist keine jüdische Note im Leben des Landes, keine jüdische Geistesrichtung oder Unterströmung. Mit einer einzigen Ausnahme, dem Gebiete der Rechtsgelehrtheit, gibt es in keiner Sphäre eine überragende jüdische Erscheinung in England. Auf dem Gebiete des Rechts steht allerdings Herr Rufus Isaacs vor den Augen des Publikums als einer der glänzendsten Rechtsanwälte jüngster Zeit, der wahrscheinlich zu noch größerer Bedeutung emporsteigen dürfte als der verstorbene Sir George Jessel, der einzige Jude, der ein Richteramt in England bekleidete.

Es gibt in England kaum ein Gebiet der Industrie, der Kunst oder Wissenschaft, auf dem der Jude ohne Befähigung wäre, aber außerhalb des Rechtsgebietes und mit zwei oder drei geringen Ausnahmen ist der englische Jude zwar erfolgreich, aber nicht bedeutsam. Lord Rothschild als kosmopolitischer Finanzmann und Philanthrop (zweifelloos die auffallendste Erscheinung des englischen Judentums), Israel Zangwill als Schriftsteller, Rothenstein als Maler haben auf dem Gebiet spezifisch jüdischer Arbeit Ruhm erlangt. Aber im übrigen ist der Erfolg der Juden in England nicht auf jüdischer Tätigkeit aufgebaut, und viele erfolgreiche Juden hängen nur sehr wenig mit ihrem eigenen Volk zusammen. Zangwill hat außerhalb des Judentums geheiratet, Rothenstein wurde nicht als Jude erzogen. Auf manchen Lebensgebieten hat der Jude in England sogar keinerlei Erfolg aufzuweisen. Obgleich er ebenso willig sein Blut verspritzte und die schweren Mühsale in Südafrika mittrug, gibt es in der Armee keinen jüdischen General, ich glaube nicht einmal einen Oberst. In der Marine hat der Jude bis jetzt nur ein Opfer zu einem Torpedounglück beige-steuert. Im bürgerlichen Leben wird ein Jude zuweilen Bürgermeister, mitunter in einer Gemeinde, wo seine Glaubensgenossen nur in geringer Zahl vorhanden sind. Im Parlament sind 16 Juden vertreten, und zwar auf beiden Seiten des Hauses. Aber mit Ausnahme von zweien oder dreien sind sie weder in ihrem Judentum hervorstechend noch hervorragende Politiker. Herbert Samuel allein ist hervorgetreten, aber mit Ausnahme seiner Anstrengungen zugunsten seiner Glaubensgenossen während der Debatte über die „Alien Bill“ hat er sich kaum jemals mit dem Judentum identifiziert. Andere waren vorsichtig genug zu erklären, daß sie keine Bevollmächtigten der Juden seien, und man von ihnen daher nicht erwarten dürfe, daß sie besonderes Interesse für jüdische Angelegenheiten zeigen. Es sei betont, daß es keine jüdischen Vollmachtgeber gibt. Nur in Ost-London und je einem Bezirk von Manchester und Leeds sind genügend wahlberechtigte Juden vorhanden, so daß sie bei den Wahlen in Betracht kommen. Aber weder Manchester noch Leeds haben einen jüdischen Parlamentsvertreter. Im Abgeordneten-hause ist gegenwärtig kein Jude, der als Vertreter des Judentums angesehen werden kann, wie dies bei dem verstorbenen Sir John Simon der Fall war, der durchaus als Vertreter jüdischer Angelegenheiten wirkte, obgleich er der Bevollmächtigte einer Wählerschaft war, in der sich nicht ein einziger Jude befand.

Kein jüdischer Vater Vaughan oder Reverend Campell erweckt das Gewissen der Nation von der Kanzel der Synagoge, die überhaupt, seltsam genug, für eine Rasse von Predigern und Schülern eine völlig belanglose Stellung einnimmt. Das Judentum ist keine kämpfende oder werbende Religion, auch betrachtet es der jüdische Prediger, so hervorragend er auch in seiner eigenen Gemeinde sein mag, nicht als seine Lebensaufgabe, die Ungerechtigkeiten der Welt mit einem Wirbelwind von Worten zu geißeln. Die Lehren, die der Jude der Menschheit zu erteilen hat, und es sind deren viele, lehrt er durch die stille Kraft des Beispiels; sicher ist dies in England nicht verloren, denn auf den Christen macht das gute Familienleben der Juden, ihre Nüchternheit, ihre Lernbegier, ihre Wohltätigkeit und ihre Fürsorge für Frauen und Kinder tiefen Eindruck.

In der englischen Presse kommen die Juden fast gar nicht zu Worte. An Schriftstellern fehlt es nicht, aber nicht ein einziger Jude besitzt eine Zeitung, und es gibt keinen jüdischen Verleger im ganzen Vereinigten Königreich. Solch ein Ding wie jüdischer Einfluß auf die britische Presse existiert

nicht. Der Beweis hierfür ward deutlich erbracht, als während der Anti-Einwanderungs-Agitation sämtliche Zeitungen, mit Ausnahme von zwei oder dreien, sich der entgegengesetzten Ansicht verschlossen. Ich spreche hier aus persönlicher Erfahrung als einer, der wahrscheinlich mehr wie irgend-ein anderer zur Verteidigung der Juden in der englischen Presse geschrieben hat.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im ganzen englischen Existenzkampf. Der Jude bewährt sich allenthalben als tüchtiger Soldat, der mit Eifer und Pünktlichkeit Schritt hält; ab und zu geht aus den Reihen ein Hauptmann oder Major hervor, aber niemals ein führender General. Es ist wahrscheinlich zutreffend, daß es dem Juden an schöpferischem Geist und Initiative gebricht, jedenfalls ist dies in England so. Der Jude erfaßt rasch neue Ideen und entwickelt sie, aber er bringt selten selbst eine neue Idee hervor. Der Jude in England ist außerordentlich sensitiv, beinahe krankhaft empfindsam. Er ist ängstlich bestrebt, keine Probleme hervorzurufen, keine Ursache zu Neid zu geben, durch seine Existenz keine Schwierigkeiten im Staate hervorzurufen. Er unterdrückt seine Eigenheiten, und man kann wirklich nicht behaupten, daß der Jude in England so materialistisch oder prahlerisch sei, wie etwa der Amerikaner oder der Bewohner der englischen Kolonien.

Dem englischen Juden gelingt es zweifellos, dem englischen Christen die Überzeugung beizubringen, daß er keineswegs eine aggressive Persönlichkeit ist. Als Beweis dessen ist der Umstand interessant, daß die meisten Engländer, von König Eduard abwärts, stolz darauf sind, Juden zu ihren intimsten Freunden zu zählen. Ebenso stehen ausgesprochene jüdische Namen dem Erfolge nicht im Wege. Isaacs, Samuel, Zangwill, Rothenstein wurden schon erwähnt, es sei noch Cohen genannt, der die Meisterschaft im Pontieren errang, und Abrahams, der den „Blauen“ an der Universität Cambridge gewann, zwei Beispiele dafür, wie stark die Juden die englische Sportliebe in sich aufgenommen haben.

Antisemitismus existiert nicht in England. Er mag latent sein, in tiefem Schlaf liegen, aber die Bemühungen der wenigen, die ihn durch frenetische Übertreibung des Judenproblems erwecken wollten, sind völlig gescheitert. Es gibt keine nationale Frage, die geeignet wäre, Antisemitismus hervorzurufen. Nur zwei öffentliche Fragen betreffen die Juden. Die eine, die der Sonntagsheiligung, ist in ebenso hohem Maße eine nicht jüdische Frage; die andere, die Fremden-gesetzgebung, liegt der jüdischen Gemeinde am Herzen, damit den politischen und religiösen Flüchtlingen, allen, mit Ausnahme der Verbrecher und Siechen, unbeschränkte Aufnahme und Asylrecht gewährt werde. Obgleich die Angelegenheit Schwierigkeiten bietet, ist sie durchaus nicht hoffnungslos, und nicht nur die Juden erstreben ein Amendement des Gesetzes. Aber es ist bezeichnend für den geringen Einfluß der englischen Juden, daß die Gemeinschaft bisher noch nicht einmal eine liberale Regierung dazu bestimmen konnte, selbst die lokalen Bestimmungen des Gesetzes abzuändern, obgleich ein Jude, Herr Herbert Samuel, Unterstaatssekretär dieses Departements des Home office ist.

Fröhlich seine Bürde tragend, stellt der Jude in England, der keine Rasseneinheit mehr ist, kein Problem dar und erfordert auch zufolge seiner Religion keine besondere Beachtung des Staates. Wenn es wahr ist, daß jedes Land die Juden hat, die es verdient, so ist die Stellung der Juden in England eine heilsame Lehre für die modernen Pharaonen. Die Plagen, die ihnen auferlegt werden, sind ebenso sehr das Resultat ihrer eigenen Kurzsichtigkeit wie einst die ägyptischen Plagen die Folge des Starrsinns ihrer Ahnen waren.

G. KHRUSTALEW: DIE SOZIALEN GRUNDLAGEN DER PERSISCHEN REVOLUTION.

DIE persische Revolution ist nicht beendet. Nur in der Hauptstadt Teheran blieben die vom Schah mit russischem Gelde bezahlten Kosaken unter Führung des russischen Obersten Liakhof siegreich, konnten die Henker ihr furchtbares Werk unter den Mitgliedern des aufgelösten Parlaments vollbringen. In der zweiten Hauptstadt des Reichs, in Täbriz, dauert der Kampf fort, und neigt sich immer mehr auf Seite der Verfassungsfreunde. Der Sieg der türkischen Revolution gab ihnen neuen Hoffnungsmut, und eine provisorische Regierung, an deren Spitze Iz-el-Mullk als konstitutioneller Gouverneur von Täbriz eingesetzt wurde, konnte in siegreicher Überwindung der Söldner des Schahs die Herrschaft in der Hauptstadt der Provinz Azerbeidjan übernehmen. Auch an mehreren andern Punkten des Reiches sind neuerdings Unruhen ausgebrochen, und die Vertreter der beiden Schutzmächte Persiens, Rußland und England, sahen sich veranlaßt, den Schah auf die überaus bedrohliche Lage des Reiches, sowie die mögliche Gefährdung der Fremden durch die revolutionäre Bewegung hinzuweisen, und in dringlicher Weise an sein Versprechen einer Wiederberufung des Parlaments zu mahnen.

Wird so der endliche Sieg der Freiheitsbewegung neuerdings möglich, ja wahrscheinlich, so ist es vielleicht interessant, die sozialen Verhältnisse Persiens im einzelnen zu untersuchen und zu zeigen, welche Klassen und soziale Gruppen vermöge ihrer ökonomischen und geistigen Interessen zu Trägern der Revolution geworden sind. Daß es keine bloße Nachahmung des Auslandes, kein vorübergehendes Aufflackern freiheitlicher Stimmungen gewesen ist, sondern eine tiefgehende soziale und geistige Bewegung des Volkes, hat ja die Geschichte der letzten Jahre, und ihr Abschluß, der heroische Kampf der Abgeordneten und Mitglieder der politischen Klubs, gegen die Kosakengarde des Schahs, mit leuchtender Klarheit bewiesen.

Untersuchen wir zunächst an Hand der Statistik die Klassengliederung des persischen Volkes. Die Gesamtbevölkerung des Reiches beträgt etwa 10 Millionen Einwohner auf einer Bodenfläche von 1 654 000 qkm, somit 6 bis 7 Einwohner pro Kilometer. Die Dichtigkeit der Bevölkerung ist jedoch in den verschiedenen Provinzen überaus ungleich. Während sie in den weiten, unfruchtbaren Gegenden des Südostens nur 1 bis 2 Personen auf den Kilometer beträgt, steigt sie in den fruchtbaren Landschaften des Nordens, vor allem in der obengenannten Provinz Azerbeidjan, bis auf 20 Einwohner pro Kilometer; sie führte daselbst zur Ansammlung größerer Bevölkerungsmassen in den Städten und somit zur Bildung solcher Zentren, in denen allein sich eine modern-revolutionäre Bewegung entwickeln kann. Wir werden im späteren sehen, daß es tatsächlich fast ausschließlich die städtische Bevölkerung gewesen ist, welche sich gegen die alte absolutistische Herrschaft erhob.

Im Vergleich mit den andern orientalischen Ländern, ja selbst mit Rußland, besitzt Persien eine sehr bedeutende Entwicklung seiner Städte. Weniger als die Hälfte der Bewohner des Reiches gehören dem Bauernstande an, mehr als ein Viertel wohnt in den Städten, der Rest besteht aus wandernden Nomaden. Die Ursachen dieses Zuströmens der Bevölkerung nach den Städten sind sehr eigenartige. Im allgemeinen tritt die „Landflucht“ ja nur in Ländern vorgeschrittener kapitalistischer Entwicklung in Erscheinung, nicht in Län-

dern, die wie Persien kaum erst im Anfange dieser wirtschaftlichen Periode stehen. Wohl mögen wir uns des Mittelalters in Europa erinnern und der bekannten Tatsache, daß viele Bauern damals vor der Bedrückung der Grundherren Schutz in den Städten suchten und im Schatten ihrer Mauern ein neues Leben begannen. Ganz anders liegen die Dinge in Persien, wo die Städte keineswegs als Asyle dienen können. Sie sind der Gewalt des Schahs in gleicher Weise wie die ländlichen Gebiete unterworfen. Diejenigen Bauern, die vor aussaugenden Steuern und Bedrückung fliehen wollen, pflegen vielmehr ihre feste Heimstätte aufzugeben und sich den Nomadenstämmen anzuschließen. Diese letzteren allein sind wahrhaft frei. Die Staatsgewalt, die sie nicht an den Boden zu fesseln vermag, ist ihnen gegenüber ohnmächtig, und der Bauer, der sich ihnen anschließt, untersteht gleichfalls keinen Obrigkeiten mehr.

Trotzdem aber geht der Hauptstrom der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Gewiß könnte ein verbesserter Ackerbau ein Vielfaches der heutigen Volkszahl ernähren, aber die Unvertrautheit der persischen Bauern mit modernen Methoden der Landwirtschaft und die Vernachlässigung aller notwendigen Vorkehrungen, besonders der in den regenarmen Provinzen unentbehrlichen Bewässerungsanlagen von Seiten der Regierung steht dem entgegen. Einzig auf die Erlangung unmittelbarer fiskalischer Vorteile bedacht, versäumte und versäumt es diese, auf die dauernde Hebung des Volkswohlstandes, der ihr auch bedeutendere Steuerquellen erschließen würde, irgendwie ihre Aufmerksamkeit zu wenden, so daß der Überschuß der ländlichen Bevölkerung auf der Väter Scholle keinen Lebensunterhalt findet. Irgendwelche Gewerbe werden in den Dörfern nicht ausgeübt; die Bauernsöhne müssen also nach den Städten ziehen, wo sie vom Handwerk oder Handel leben. Moderne Großindustrie ist auch hier unbekannt. Alle industrielle Produktion geht in handwerksmäßiger Weise vor sich und erfolgt ausschließlich für den lokalen Markt.

Bis in die letzten Jahrzehnte konnte sich diese Kleinindustrie im Schutze hoher Einfuhrzölle, ungefährdet von der Konkurrenz der europäischen Industrie, frei entwickeln. Seither allerdings ist auch Persien in die Aktionsphäre des internationalen Kapitalismus einbezogen worden; Handelsverträge legten die Zollschranken zum Teil nieder, billige europäische Fabrikprodukte überschwemmten den persischen Markt, und die einstige Blüte des Handwerks verschwand. So wie die indischen Handwerker zu Beginn des 19. Jahrhunderts durch die Konkurrenz der englischen Großindustrie ökonomisch vernichtet worden, zog Elend und Not auch in die persischen Städte ein.

Hatten schon früher die Steuerlasten, die Despotie des Schahs und Ausplünderung durch die Beamten schwer genug auf ihnen gelastet, so mußte mit dem Verschwinden der Bedingungen persönlichen Wohlstandes all dies doppelt fühlbar werden, und eine stets größere Unzufriedenheit sich der städtischen Bevölkerung bemächtigen. Sie war reif und empfänglich für revolutionäre Stimmungen und Ideen und bedurften bloß der Führer, der Ideologen, um zu offener Empörung zu schreiten.

Diese Führer, diese ideellen Leiter der persischen Revolution, erwuchsen aus der Priesterklasse.

Um dies zu erklären, müssen wir etwas weiter ausholen. Die Verfassung Persiens nähert sich wohl mehr der reinen Theokratie als die irgendeines andern Staates, das buddhistische Tibet ausgenommen. Die schiitische Staats-

religion regelt alle Fragen des Lebens von der Geburt bis zum Tode. Der Volksunterricht ist durchaus von ihr abhängig, und da jeder Gläubige die Pflicht hat, den Koran zu lesen, legt die Priesterklasse auf möglichst weite Verbreitung der Lesefertigkeit großen Wert. So ist denn die Volksbildung in Persien höher entwickelt als selbst in manchen Gegenden Europas, und jeder Moschee ist eine Volksschule angeschlossen. Die weltlichen Schulen sind ihnen gegenüber nur wenig zahlreich und ohne Bedeutung.

Sind die Priester die Lehrer des Volkes, so bilden sie auch die gelehrte Klasse. Die jungen Leute, die für diesen Beruf bestimmt sind, werden in hohen Schulen herangebildet und müssen dann in der heiligen Stadt Karbela an der Grabstätte des heiligen Hussein ihren theologischen Doktorgrad, Muchtaida genannt, erwerben.

Noch eine weitere wichtige soziale Funktion wird von den Priestern erfüllt. Sie bilden den Richterstand des Reiches. Alle Rechtsfälle, die nach geschriebenem Gesetz zu beurteilen sind, unterliegen der Jurisdiktion der geistlichen Gerichtshöfe. Nur Fälle, die nach Gewohnheitsrecht zu beurteilen sind, unterstehen der weltlichen Gerichtsbarkeit der Gouverneure und ihrer Beamten.

Allerdings ließ sich angesichts der absoluten Gewalt des Schah und der tatsächlich schrankenlosen der Bureaukratie diese Grenzlinie in der Praxis nicht immer festhalten. Häufige Übergriffe erfolgten, viele Rechtsfälle wurden den geistlichen Gerichtshöfen, die immerhin auf Grund unwandelbar geschriebenen Rechts geurteilt hätten, entzogen und dem Willkürspruch der Gouverneure überantwortet. Die Geistlichkeit fühlte sich so stets aufs neue in ihren historischen Prärogativen verletzt, immer neue Erbitterung entstand gegenüber der Despotie, die selbst den Vertretern der geistlichen Gewalt gegenüber ihre physische Übermacht mißbrauchte.

Hierzu kam noch ein Differenzgrund mehr materieller Natur. Im Laufe der Jahrhunderte hatte sich durch fromme Gelübde der Gläubigen ein reicher Besitz in den Händen der geistlichen Körperschaften angesammelt, der sogenannte Vakouf, vergleichbar den Gütern der toten Hand in Europa. Neid und Habsucht des Schahs und der Bureaukratie wurden durch diesen Reichtum stets aufs neue angestachelt, und häufig ging man so weit, die geistlichen Besitztümer zu konfiszieren.

So entwickelte sich ein immer schärferer Gegensatz zwischen der stolzen Priesterklasse, die sich als Bewahrerin der geistigen und religiösen Traditionen sowie der altübermittelten Rechtsgrundsätze fühlte und dem despotischen Willkürregiment des Schahs und seiner bildungsfremden Diener. Die Jugend des geistlichen Standes, der ja in Persien auch alle liberalen Berufe in sich begreift, wurde mehr und mehr von revolutionären Ideen erfüllt.

Die zahlreichste und am meisten ausgebeutete Klasse der persischen Bevölkerung ist die Bauernschaft. Sie ist gleichzeitig der Willkür der Beamten, der Aussaugung durch adlige Grundherren und der Habsucht der Steuerpächter, welche, wie ehemals in Europa, so noch heute in Persien die Steuern auf Rechnung des Staates eintreiben, überantwortet. Aber die Bauernklasse war und ist doch zu wenig gebildet und außerdem über ein zu weites Territorium zerstreut, als daß sich in ihr revolutionäre Organisationen hätten bilden können. Bei allem instinktiven Haß gegen die Despotie, bei aller instinktiven Sympathie für die Revolution der Städte hat sie doch an derselben keinen aktiven Anteil nehmen können.

Im Oktober 1905 kam die lang angesammelte revolutionäre Energie zu offenem Ausbruch. Die gebildeten Kreise des Landes standen damals unter dem Einfluß der Ereignisse im benachbarten Rußland; in den Moscheen wurde der Kampf gegen die Willkürherrschaft der Bureaukratie, das Evangelium der Gesetzlichkeit und Freiheit, gepredigt. Ein Priester, Mouchtaid-Seid-Mahomed, trat an die Spitze der Bewegung, und überall folgten die Priester seinem Aufrufe. Auch die Vertreter der weltlichen Intelligenz, insbesondere all jene, die in Europa Fühlung mit moderner Kultur genommen hatten, ebenso die gewerbetreibende Bevölkerung der Städte, deren Erbitterung oben erklärt ward, schlossen sich an.

Freilich schienen all diese Bevölkerungskreise der organisierten Macht des Schahs gegenüber wehrlos. Bewaffneter Aufstand hätte keinerlei Chancen geboten. Man entschloß sich denn zu einer Kampfsmethode, die für ein industriell so zurückgebliebenes Land wie Persien zunächst seltsam erscheinen mochte, zum politischen Streik nach russischem Vorbild. Die Priester unterbrachen den Schulunterricht, die Gebete in den Moscheen verstummten, die Gewerbetreibenden und Kaufleute schlossen die Bazare. Ihre Führer begaben sich in den schützenden Bereich der europäischen Gesandtschaften und Konsulate in Teheran, die nach altem Brauche als Asyle für Verfolgte angesehen wurden, und stellten von dort aus ihre Forderungen an den Schah: vor allem Herstellung eines gesicherten Rechtszustandes durch Überweisung der Rechtssprechung an ordentliche Gerichte, somit Befreiung des Volkes von der Willkür der Bureaukratie.

Am 28. Dezember 1905 sah sich der Schah genötigt, vor der übermächtig gewordenen Bewegung zurückzuweichen und die Bewilligung ihrer Forderungen zu versprechen. Nach weiteren Monaten des Zögerns und des vergeblichen Versuches, der Bewegung wieder Herr zu werden, versuchte der Schah im Juni 1906 einen entscheidenden Schlag und ließ eine größere Anzahl von Führern der Volksbewegung verhaften. Es kam zu einem Zusammenstoß zwischen der bewaffneten Macht und der Studentenschaft, und erstere erhielt den Auftrag, von den Feuerwaffen Gebrauch zu machen. Die Soldaten verweigerten den Gehorsam, worauf der kommandierende Offizier seinen Revolver gegen die eigene widerspenstige Mannschaft entlud und einen derselben tötete. Beim Begräbnis desselben kam es zu großen politischen Demonstrationen, ein erneuter Zusammenstoß zwischen Studenten und Priestern einerseits und einer militärischen Abteilung andererseits erfolgte, und zwölf der ersteren wurden getötet.

Daraufhin beschlossen die Priester, sich in die heilige Stadt Kerbela auf türkischen Boden zurückzuziehen. Am 1. Juli nahm das Volk feierlich von seinen auswandernden Priestern Abschied. Die Volkserregung stieg immer höher, Tausende von Revolutionären suchten in den Gärten des englischen Konsulats Zuflucht; der politische Streik brach neuerdings aus und verbreitete sich von Teheran in die Provinz.

Im Ministerrate selbst wurden Stimmen laut, welche zur Nachgiebigkeit gegen die Revolution aufforderten, nur der Großwesir widerstrebte noch. Endlich überzeugte sich der Schah selbst von der Nutzlosigkeit weiteren Widerstandes, berief einen Mann maßvoller Gesinnung, Mouchir-ed-Douleh, als Großwesir, und als auch dieser der Krise nicht Herr werden konnte, einen liberalen Staatsmann, Nai-bis-es-Saltaneh. Dieser trat in Unterhandlungen mit den Führern der Aufständischen, die nun nicht mehr bloße Gerichtsreform, sondern Erlaß einer Konstitution forderten. Auf seinen

Rat wurde dieselbe am 23. Juni 1906 vom Schah proklamiert, eine Nationalversammlung nach Teheran einberufen. Ein Wahlgesetz für dieselbe wurde ausgearbeitet, das dem gebildeten und besitzenden Mittelstande entscheidenden Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments sicherte, den Abgeordneten wurde Unantastbarkeit der Person zuerkannt und die Ausarbeitung der Geschäftsordnung der Versammlung selbst überlassen.

Angesichts dieses völligen Erfolges ihrer Forderungen kehrten die Priester nach Teheran zurück, die Revolutionäre verließen ihr Asyl in den Konsulaten, die Wahl wurde vorgenommen, und am 26. September 1906 trat das Parlament zusammen.

Der bald darauf erfolgende Tod des Schahs schien freilich das so glücklich gewonnene Werk wieder zu gefährden. Jedermann war von seiten seines Nachfolgers, der noch zu Lebzeiten des Vaters gegen die Konstitution intriguiert hatte, des Schlimmsten gewärtig. Tatsächlich arbeitete er auch sofort nach seinem Regierungsantritt auf eine Änderung der neu gegebenen Konstitution hin und forderte insbesondere die Errichtung eines Oberhauses, dessen Mitglieder zur Hälfte von ihm selbst ernannt werden sollten. Nach langen Verhandlungen wurde diese Forderung von der Nationalversammlung zugestanden, aber als Kompensation erlangte dieselbe eine weitgehende Erweiterung ihrer Rechte, insbesondere das Recht der Budgetbewilligung und die Verantwortlichkeit der Minister vor dem Parlament.

Nachdem diese Verfassungsfragen geordnet, trat das Parlament an seine gesetzgebende Tätigkeit heran, und zwei Gesetze über Gemeindeautonomie und Preßfreiheit leiteten die neue parlamentarische Periode in schöner Weise ein. In allen Städten des Reiches wurden Zeitungen gegründet, welche der Aufklärung des Volkes in großzügiger Weise dienen. Viele wohlhabende Bürger stellten gern und freiwillig ihr Vermögen für solche Gründungen zur Verfügung und riefen Zeitungen ins Leben ohne jede Hoffnung auf materiellen Gewinn, bloß um der Sache des Volkes willen. Zeitungen wie *Habl-ol-Matin* und *Sour Israfil* haben überaus viel zur Verbreitung der freiheitlichen Ideen in den Massen der Bevölkerung getan. Neben ihnen in vorderster Linie widmeten sich die *Anjumans*, politische Klubs, die von den intellektuellen Klassen der Städte gebildet wurden, gleichen Zwecken, und so konnte aus den ursprünglich noch von unklaren Idealen erfüllten Bevölkerungsmassen jene organisierte Freiheitsbewegung erwachsen, welche dem Parlamente in den kommenden Sturmzeiten so treu zur Seite gestanden hat.

Die Budgetberatung führte zur Aufstellung eines Finanzgesetzes ohne Defizit, doch mußten zur Erreichung dieses Zieles die Zivilliste des Schahs und die Bezüge seines Hofstaates, die bislang einen Hauptteil der Staatseinnahmen verschlangen, wesentlich herabgesetzt werden.

Allerdings schuf sich das Parlament hierdurch erneute Gegnerschaft des Herrschers und der noch immer einflußreichen Hofkreise. Wiederholte Versuche der Contre-Revolution erfolgten, und ihr anfänglicher Mißerfolg und schließlich Erfolg, die Erstürmung des Parlamentsgebäudes durch die Kosakengarde und das Blutgericht an den Führern der freiheitlichen Bewegung sind noch in allgemeiner Erinnerung. Vielfach hielt man die persische Freiheitsbewegung für endgültig gescheitert.

Seither haben sich, wie wir eingangs gesehen, die Chancen für dieselbe wieder wesentlich gebessert, und die Hoffnung darf nicht aufgegeben werden, daß das persische Volk, das zuerst unter den Völkern des Orients aus eigener Kraft die Freiheit errungen und den Nachbarn ein rühmliches Beispiel gegeben,

selbst wieder in den Genuß der so schwer erkämpften Rechte treten werde. Die große Freiheitsbewegung in der mohammedanischen Welt, das Wiedererwachen ihrer geistigen und sozialen Kräfte schreitet unaufhaltsam vorwärts. Persien geht, so dürfen wir hoffen, einer neuen Periode geistiger Regsamkeit, würdig seiner großen geschichtlichen Traditionen, entgegen.



DR. M. RIESS †, MÜNCHEN: DAS MÜNCHENER UND WEIMARER KARTELL FREIHEITLICHER VEREINE.



IE beiden im Titel genannten Kartelle sind vorläufig noch wenig bekannt. Was sie wollen, was sie sind und werden können, ergibt am besten ihre Entstehungsgeschichte.

Angeregt durch einen Aufsatz von Dr. Vielhaber-Berlin, gründete ich zusammen mit einem jüngeren Freunde, H. Heimerich, im Dezember 1906 in München den „Jungdeutschen Kulturbund“, in welchem junge Leute planmäßig zu all denjenigen Kenntnissen und Eigenschaften herangebildet und erzogen werden sollten, welche die zukünftigen Volkserzieher und Führer einer freiheitlichen Kulturbewegung nötig haben. Denn überall fehlt es auf diesem Gebiet nicht an Arbeit, sondern an Arbeitern. Zugleich aber wurde unsere Tätigkeit nach außen gerichtet durch Dr. Vielhabers Gedanken, daß sich all die vielen freiheitlich gerichteten Vereine miteinander verbünden und einheitlich organisieren sollten, um der bisherigen Kräftezersplitterung und Kraftvergeudung in diesem Vereinswesen ein Ende zu machen. Dieser „Kartellgedanke“ wurde von dem „Jungdeutschen Kulturbund“ den nächstinteressierten Münchener Vereinen vorgelegt. Es waren dies „die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur-München“, „die Ortsgruppe München des deutschen Monistenbundes“ und „die freireligiöse Gemeinde München“. Ich übernahm das Amt als Vorsitzender der „Gesellschaft für ethische Kultur“, wodurch der Zusammenschluß mit dieser Gesellschaft gesichert war. Auch die Kartellierung mit den beiden anderen Vereinen gelang alsbald auf Grund des verständnisvollen Entgegenkommens und guten Willens aller Beteiligten, trotz mancher zu überbrückenden Meinungsverschiedenheiten, durch eine rastlose persönliche Verständigungsarbeit zwischen den Führern. So entstand das „Kartell der freiheitlichen Vereine Münchens“ im Frühjahr 1907. Die Ehre des Vorsitzes wurde mir zuteil. Das Gelingen der hier geleisteten Verständigungsarbeit erweckte bald überall, wo es bekannt wurde, Begeisterung. Allgemein leuchtete die Berechtigung des Gedankens ein, daß freiheitliche Vereine von den sie trennenden Nuancen absehen und sich die Hände reichen sollten zur Verwirklichung der praktischen Aufgaben, über die sie längst alle einig seien. Bei der ersten großen öffentlichen Versammlung, die das Kartell über „den Kirchenzwang in der Schule“ abhielt (4. Juli 1907), stellten sich die ersten Kräfte der Universität München teils als Sprecher in der Versammlung, teils im geheimen als Mitarbeiter für die zu leistenden Referate zur Verfügung. Der Eindruck, den diese Versammlung machte, war so groß, daß allgemein anerkannt wurde, es sei eine quantitativ und qualitativ so bedeutende freiheitliche Demonstration in München seit Jahrzehnten nicht mehr erreicht worden. Das Stenogramm über die damalige Versammlung ist als erste Flugschrift des Münchener Kartells gedruckt und im Handel.

Der große moralische Erfolg dieser ersten Versammlung brachte auch den vier kartellierten Vereinen neuen Wagemut. Sie beschlossen nun, ein Heim zu gründen, das der sichtbare Mittelpunkt für alle gemeinsam zu leistende Arbeit und Vereinstätigkeit werden sollte. Das Heim sollte ein Sekretariat für die Bureauarbeit enthalten, einen größeren Saal, der bei Tag als Lesesaal und des Abends den Vereinen als Versammlungsort dienen sollte, und einen Bibliotheksraum. Auch hier erwies sich uns das Glück günstig, indem schöne und geeignete Räumlichkeiten alsbald aufgefunden wurden, die gemietet werden konnten. Es war eine Benediktinermission, die gerade damals diese Räume verließ.

Die Einrichtung des Heims ging unter allgemeiner Begeisterung von statten. Herr v. Berlepsch, einer der ersten Meister des Münchener Kunstgewerbes, stellte für die innere Ausstattung seine Mitarbeit unentgeltlich zur Verfügung, eine Bibliothek von mehr als 2000 Bänden kam außerordentlich schnell zustande, zum größten Teil aus Privatbesitz. Aber auch die Verleger Eugen Diederichs-Jena, Spemann-Stuttgart, J. F. Lehmann-München, O. Wigand-Leipzig, der Neue Frankfurter Verlag, Kosmos-Verlag—Stuttgart, und manche andere schenkten in hochherziger Weise die für unsere Interessen wertvollsten Bücher ihres Verlages, drei der ersten Buchhändler Münchens vermehrten die Bibliothek durch weitere Schenkungen.

Für den Lesesaal stellten uns die Verleger sehr vieler Zeitschriften ihre Blätter unentgeltlich zur Verfügung. Der Wert der uns gratis überlassenen Zeitungen und Zeitschriften beträgt ungefähr 500 Mk. jährlich; der Wert der von uns außerdem abonnierten Zeitschriften ebensoviel. Der Lesesaal enthält von Tageszeitungen nur je ein bis zwei der ersten Vertreter der verschiedenen politischen Parteirichtungen, da wir nicht darin unsere Aufgabe erblicken konnten, mit einer Unmenge von Zeitungspapier gegen jedes beliebige Caféhaus zu rivalisieren. Dagegen enthält unser Lesesaal eine fast vollständige Sammlung aller Zeitschriften, die irgend einem Gebiete moderner Lebensreformarbeit dienen. Eine solche Zeitschriftensammlung dürfte in dieser Vollständigkeit noch kaum anderswo vorhanden sein. Ihr Vorhandensein wird erst fruchtbar in dem Maße, in welchem das Kulturseminar arbeitsfähig gemacht wird. (Vgl. S. 945.)

Das wunderbarste aber an all diesen Erfolgen war, daß die ca. 10 000 M., welche die Neueinrichtung des Heims (3000 M.) und der Betrieb im ersten Jahre (7000 M.) kosteten, wirklich zusammenkamen. Zwar nicht ganz so schnell und leicht, wie sich dieser Satz schreiben, drucken oder lesen läßt, aber immerhin, sie kamen zusammen. Für das nächste Jahr ist bereits ein höherer Betrag als 10 000 M. gesichert, und wir haben nunmehr die Hoffnung, daß unser Heim immer mehr Verständnis und schließlich auch dauernde finanzielle Sicherung finden werde.

Die im Münchener Kartell erreichte Eintracht und organisierte Arbeit sollte bald weit über die Grenzen Münchens hinaus unerwartete Folgen nach sich ziehen. Der Kartellgedanke lag zwar damals in der Luft. Durch das hier gegebene Vorbild aber wurden allmählich Vereine, die sich bisher dem Kartellgedanken prinzipiell versagt hatten, durchaus umgestimmt und bekehrt. So ganz besonders die „Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur“ auf ihrem letzten Gesellschaftstag in Berlin (7.—9. Dezember 1907). Wenige Tage darauf (15. und 16. Dezember) wurde in Weimar der Versuch gemacht, alle großen freiheitlichen Vereine und Verbände Deutschlands in ähnlicher Weise, wie es in München erreicht war, zu einer wirkungsfähigen Einheit zusammenzufassen.

In Weimar waren im ganzen neun Vereine oder Verbände mit insgesamt etwa 50 000 Mitgliedern vertreten: Bund für persönliche Religion-Cassel, Deutscher Bund für weltliche Schule und Moralunterricht, Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur, Deutscher Monistenbund, Freidenkerbund, Freie ethische Gesellschaft-Jena, Giordano Bruno-Bund, Jungdeutscher Kulturbund und Kartell der freiheitlichen Vereine Münchens. Der bedeutende Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands steht innerlich ganz auf dem Standpunkt des Weimarer Programms, ohne sich an seiner Arbeit beteiligen zu können. Einberufen war diese Weimarer Konferenz nicht von München aus. Wir Münchener hätten damals noch nicht gewagt, an einen so großen, ganz Deutschland umfassenden Kartellverband zu denken, für dessen innere Einheit nach unserer Meinung die genügende Vorarbeit noch nicht geleistet schien. Dennoch kam in Weimar — fast wider unser Erwarten — eine allgemeine Begeisterung und Eintracht zustande. Das „Weimarer Kartell“ wurde gegründet am 16. Dezember 1907. Die Grundforderungen seines Programms lauten:

1. Freie Entwicklung des geistigen Lebens und Abwehr aller Unterdrückung,
2. Trennung von Kirche und Schule,
3. Trennung von Kirche und Staat.

Wegen dieses letzten Bannerwortes hatte ich in Weimar zusammen mit Dr. Vielhaber, dem Vertreter des Monistenbundes noch schwere Bedenken geäußert. Wir beide wurden aber durch die Begeisterung, mit der die große Mehrzahl der Weimarer Vertreter dies Bannerwort forderte, davon überzeugt, daß diese Forderung auch für Deutschland unaufhaltsam und unvermeidlich geworden sei. Wir machten und machen uns kein Hehl daraus, daß die wirtschaftlichen, rechtlichen und kulturellen Konsequenzen der vollzogenen Trennung in der nächsten Zukunft nicht durchweg der freiheitlichen Entwicklung günstig sein würden, wir verhehlen uns noch weniger, daß mit der bloßen Trennung des Staates von der Kirche die Garantien für eine wahrhaft gesunde Entwicklung der Nation durchaus nicht gegeben sind, sondern nur noch ein Zersetzungselement mehr in der allgemeinen sittlichen Zersetzung. Die Forderung „Trennung von Kirche und Staat“ legt nach unserer Überzeugung den freien Menschen eine so schwere neue Verantwortung auf, daß die meisten der heutigen Forderer sie weder begreifen können, noch tragen wollten. Hier gilt es vor allem, den am meisten linksstehenden radikalen Flügel der Freiheitsforderer zu belehren und zu erziehen, ihre bloß fanatische Negation zu verinnerlichen und in einen produktiven schöpferischen Ernst umzuwandeln. Dennoch kamen schließlich in Weimar alle zu der Überzeugung, daß Trennung von Kirche und Staat die einzig konsequente Lösung aller heute bestehenden Halbheiten verbürge. Mit den Unwahrhaftigkeiten, welche die heute unnatürlich gewordene Ehe zwischen Kirche und Staat mit sich bringt, muß zu allererst gebrochen und aufgeräumt werden, sie verhindern heute in Deutschland alle Erziehung zur Wahrhaftigkeit und damit alle Charakterbildung. Jene gewiß nicht leichte Erziehungsarbeit gegenüber allzuheftigem kulturkämpferischen Radikalismus wird durch das Leben selbst, im Notfall durch die Not, am sichersten geleistet werden, sobald einmal die Grundlage der Wahrhaftigkeit erobert ist.

Als es sich um die Wahl der zentralen Geschäftsstelle für ganz Deutschland handelte, fiel diese Wahl auf das Sekretariat des Münchener Kartells, ganz naturgemäß aus dem Grunde, weil eine andere neutrale (d. h. keinem

Verein ausschließlich zugehörige) Geschäftsstelle in Deutschland sonst noch nirgends vorhanden war. Nur dadurch erklärt sich, daß die Ehre auch dieses Vorsitzes über das Weimarer Kartell mir übertragen wurde. Die anderen Mitglieder des in Weimar gewählten Ausschusses waren die Herren Dr. Vielhaber-Berlin, Dr. Penzig-Berlin, Prediger Tschirn-Breslau, P. Schmal-München.

Durch die Vorortsstellung Münchens und die dadurch unserem Sekretariat übertragene Arbeit, besonders durch die Korrespondenz und mündliche Aussprache mit den meisten Führern der beteiligten Vereine in Deutschland, ferner durch persönliche Teilnahme an den Generalversammlungen der größeren Verbände habe ich inzwischen immer neue Gelegenheit gehabt, die Fruchtbarkeit des Kartellgedankens zu erproben. Ich muß gestehen, daß auch meine optimistischen Erwartungen noch weit übertroffen worden sind. Besonders auf den Generalversammlungen der Einzelverbände, auf denen ich jedesmal den Gedanken des kartellierten Zusammenarbeitens mit den anderen Vereinen oder Verbänden zu vertreten hatte, erwies sich überall, daß die meisten der kümmerlichen Eigenbrödelei müde sind und geradezu erlöst aufatmen, wenn man ihnen Mittel und Wege zu einem großzügigen vereinten Schaffen aufweist. Die Mittel, mit denen das Weimarer Kartell zu arbeiten vorhat, sind: örtlicher Zusammenschluß aller freigesinnten Weltanschauungs-, Kultur- oder Lebensreformvereinigungen der gleichen Stadt zu einem Lokalkartell, gemeinsames Heim für die örtlichen Kartelle mit gemeinsamer Bibliothek, Zeitschriftensaal und Versammlungsräumen; gemeinsame Veranstaltung größerer Versammlungen, intensive Werbe- und Belehrungsarbeit, Ausbildung der nötigen Redner und Lehrer in eigenen der Lebensreform dienenden Kulturseminaren, Unterstützung der geistesverwandten Presse, Zeitungskorrespondenz, Jahrbuch der gesamten Lebensreformbewegung, Flugschriften, statistische Untersuchungen und Rundfragen über die wichtigsten Probleme, Organisierung des Widerstandes gegen freiheitliche Angriffe, Rechtsschutzstelle und Hilfsfond für die kirchlich und staatlich zu Unrecht Gemaßregelten, jährliche Kongresse in Weimar usw.

Die unmittelbaren praktischen Forderungen, über welche in Weimar sofort restlose Übereinstimmung zu erzielen war, lauten:

1. Schutz der Universitäten gegen jeden Eingriff in ihre Forschungs- und Lehrfreiheit (vgl. in Deutschland die Fälle Schnitzer-München, Erhardt-Straßburg, Schrörs-Tübingen, Günther-Bonn, ganz zu schweigen vom Fall Wahrmond in Österreich).
2. Abschaffung der theologischen Fakultäten und Eingliederung des religionswissenschaftlichen Stoffes in die philosophischen Fakultäten.
3. Befreiung der Schulen und sämtlicher Unterrichtsanstalten, insbesondere der Lehrerseminare, von jeder kirchlichen Bevormundung und Beeinflussung.
4. Schaffung selbständiger Unterrichtsministerien.
5. Befreiung der Dissidentenkinder vom konfessionellen Religionsunterricht.
6. Vereinfachung des Kirchenaustritts und Regelung desselben, soweit noch nicht geschehen, durch Landesgesetz.
7. Aufhebung des Zwanges zu einer religiösen Eidesformel.
8. Befreiung der Kommunen von allen staatlichen Übergriffen, besonders bei Kulturfragen, (Beispiel Lehrergehälter, Bestätigung der Schulinspektoren usw.).
9. Freiheit der Bestattungsform (Feuerbestattung).

Natürlich ließe sich diese Liste unmittelbar praktischer Forderungen leicht vermehren und ergänzen. Das Weimarer Kartell aber wird große Arbeit geleistet und beinahe ein neues inneres Deutschland erschaffen haben, wenn nur erst von jenen 9 Forderungen die wichtigsten verwirklicht sein werden.

Blicken wir hier einen Augenblick rückwärts auf das schon Erreichte, ehe wir weiter hinausblicken auf das noch zu Erreichende:

Am 13. Dezember 1906 hatten wir im bescheidensten Maßstabe mit der Gründung des Jungdeutschen Kulturbundes begonnen. Am 16. Dezember 1907 war das Münchener Sekretariat der Mittelpunkt nicht nur für die Münchener freiheitliche Vereinsarbeit, sondern bereits für das über ganz Deutschland ausgedehnte Weimarer Kartell geworden. Es war, als ob sich diesmal Goethes vertrauensvolles Wort bewahrheiten sollte: „Man braucht nur aufstehen und vor die Türe hinauszugehen, so kommt einem doch immer unerwartet viel entgegen.“ Das Weimarer Kartell besteht als ein Rahmen, in welchem die Verständigungsarbeit aller freiheitlich Gesinnten geleistet werden kann, das Münchener Kartell mit seinem Heim und seiner Zentralwerkstätte für alle Lebensreformatarbeit besteht. Und wenn es auch noch nicht finanziell ganz gesichert ist, so hat es doch bereits bewirkt, daß sich in der Physiognomie des geistigen Lebens in München eine starke Veränderung zum Guten vollzogen hat.

Ganz besonders in der Studentenschaft. Zur gleichen Zeit, zu der unser Kartell gegründet wurde, schuf sich die Münchener „freie Studentenschaft“ neben ihren bereits bestehenden Abteilungen für Staatswissenschaft und für Literatur eine „Abteilung für Weltanschauung und Religionswissenschaft“. Diese Abteilung hat sich als Aufgabe gesetzt, den Studenten in wissenschaftlicher Weise über Probleme der Weltanschauung und Religionswissenschaft Anregung und Belehrung zu erteilen. Die freie Studentenschaft als solche bedingt völlige Neutralität. So kamen in dieser Abteilung im ersten Winter mit Vorträgen zu Worte: der radikal-freiheitliche Dr. Ernst Horneffer-Leipzig über das Thema: „Universität und Kirche“; der altkatholische Pfarrer Kreutzer-Kempten über „Altkatholizismus“; der exkommunizierte Benefiziat von Ochsenfurt Dr. Engert, das erste Opfer der Enzyklika in Deutschland, über „die Modernisten“; der Münchener Privatdozent Dr. Otto über „Monotheismus und Polytheismus“ usw. Die Vortragsabende waren jedesmal stark besucht, die neue Abteilung überflügelte durch ihre Mitgliederzahl und auch durch das von der Studentenschaft ihr entgegengebrachte Interesse die beiden schon bestehenden Abteilungen und füllte nach Maßgabe ihrer bescheidenen Kräfte an der Universität sogar eine Lücke aus.

In derselben Zeit entstand auch in München eine „Akademische Vereinigung zum Studium des Ultramontanismus“, welche sich die ganz eigenartige Aufgabe setzte, ihre Mitglieder zu einem ernsthaften Studium der ultramontanen Weltanschauung, und zwar aus den ultramontanen Quellen selbst, anzuleiten. Die jungen Leute wollen nicht nur den Ultramontanismus als den Hauptgegner jeder Gewissensfreiheit erst genau kennen lernen, bevor sie ihn angreifen, sondern sie wollen auch durch ein Studium der ganzen katholischen Weltanschauung und Denkweise jener rohen und verächtlichen Beurteilung des Katholizismus, die heute so viele freiheitlich strebende Katholiken davon abschreckt, sich den freien Menschen anzuschließen, und die doch meist aus völliger Unkenntnis der wertvollen Elemente des katholischen Empfindungs- und Geisteslebens erwächst, durch Selbstbelehrung, später durch Belehrung anderer zu steuern suchen.

Hoffentlich erweisen sich diese ehrlichen Versuche, die von der Studentenschaft ausgehen, als lebensfähig. Zufällig und ohne moralischen Zusammenhang mit der Arbeit des Münchener Kartells sind sie nicht. Keiner dieser Versuche hat ein so umfassendes Ziel wie der jungdeutsche Kulturbund, der im letzten Grunde als ein Kartell aller studentischen Kulturbestrebungen gedacht ist. Nur ein großes planvolles und universales Arbeiten mit und an der Studentenschaft kann uns weiter helfen. Da aber die Alma Mater den Aufgaben des eigentlichen Lebens unfrei und unfroh zusieht und sich ihnen bis auf weiteres prinzipiell entzieht, so muß eben ein eigenes kulturpolitisches Seminar geschaffen werden, das dem schon in der Studentenschaft vorhandenen Hunger entgegenkommt und in dem universitätsmäßig gelernt und gelehrt wird.

Als Lehrer müßten sich alle diejenigen Persönlichkeiten beteiligen, die Unabhängigkeit, freiheitlichen Idealismus und genügende wissenschaftliche Bildung in sich vereinigen, um die Studenten für diejenigen Aufgaben auszubilden, für die der heutige Universitätsbetrieb versagt, und ihnen die Kenntnisse zu übermitteln, die sie für die brennenden Kulturfragen gerade am notwendigsten brauchen. In dem kulturpolitischen Seminar sollen von wissenschaftlich dazu berufenen Kräften Vorlesungen gehalten werden etwa über Geschichte des Katholizismus mit besonderer Berücksichtigung des Jesuitenordens, des vatikanischen Konzils oder der Geschichte der Zentrumspartei im 19. Jahrhundert, Vorlesungen über Kirchenrecht, soweit es für das heutige Leben von Belang ist, über die hier einschlägigen Fragen des Staatsrechtes, über die Geschichte und rechtliche Lage der freireligiösen Gemeinden in Deutschland, zugleich auch allgemeinere Vorlesungen etwa über die Geschichte der Weltanschauung im 19. Jahrhundert, über die philosophischen Grundlagen der Ethik, über Zusammenhang zwischen Ethik und Wirtschaftslehre, über die allgemeinsten Resultate der modernen vergleichenden Religionswissenschaft, über die gesicherten Resultate der Bibelkritik, über die Geschichte der Sektenbildung in Deutschland und in anderen Ländern, über die in Europa und Amerika bereits vorliegenden Resultate der Trennung von Kirche und Staat, sowie über sämtliche Konsequenzen rechtlicher, wirtschaftlicher und kultureller Natur, die diese neue Forderung in sich enthält usw. Außerdem muß das kulturpolitische Seminar über die Technik und die Geheimkünste des heutigen Journalismus Belehrung erteilen, damit auch auf diesem Gebiet zugleich erfahrene und charakterfeste Persönlichkeiten herangebildet werden.

Das Münchener Kartell hat ein solches Seminar nicht nur gefordert, sondern bereits ins Leben gerufen. Der erste Versuch im Sommer 1908 mit 4 Vorlesungen und daran anschließenden Übungen bewährte sich innerlich auf das Glänzendste; doch kann er in der nächsten Zeit nicht fortgesetzt werden, weil die finanzielle Fundierung unseres Heims unsere nächste Aufgabe bleiben muß.

Für eine fernere Zukunft wird beabsichtigt, daß unser Heim zugleich zu einem Münchener Volkshause werde. Schon Dr. Vielhaber hatte von Anfang an vorgehabt, nicht nur die bisher genannten und jetzt kartellierten Vereine zu einer Einheit zu organisieren, sondern überhaupt einen Zusammenschluß aller heut vorhandenen Lebensreformvereine herzustellen, soweit deren Reformbestrebungen irgendein gesunder Gedanke zugrunde läge. Genannt seien etwa: alle Bestrebungen für Reform der Ernährung und Körperkultur, also Vegetarismus, soweit er nicht einseitig und rechthaberisch auftritt, Bekämpfung

des Alkoholmißbrauchs, Licht- und Luftbad, Spiel und Sport im Freien, Volkshygiene im weitesten Sinne, Kleidungsreform, ferner alle Volksbildungsbestrebungen, volkstümliche Kunstpflege, Gartenstadtbewegung, Wohnungs- und Bodenreform, Feuerbestattung usw. Alle diese und viele andere Reformbestrebungen arbeiten heute vereinzelt und nebeneinander. Jede betont die hervorragende Wichtigkeit ihrer selbst auf Kosten der anderen. In Wahrheit muß eine Harmonie aller als das wünschenswerte Ziel gelten, denn nicht die einzelne Eigenschaft, sondern der ganze Mensch, nicht die einzelne Lebensform, sondern das gesamte Leben soll gehoben und veredelt werden. Alle einzelnen Reformbestrebungen ergänzen daher einander und streben ein und demselben Ziele zu. Einheitliche Arbeit so vieler verschiedenen gerichteter Lebensreformvereine wird vielleicht am besten dadurch verbürgt und mindestens vorbereitet, daß in jeder größeren Stadt ein Volkshaus entsteht, nach dem Vorbilde der Volkshäuser in Jena und Hamburg. In Hamburg haben sich viele junge Kräfte aus dem Bürgerstande für den beständig zu leistenden Dienst der zentralen Leitung des Volkshauses freiwillig zur Verfügung gestellt; durch ein eigens dafür gegründetes Mitteilungsblatt ist die Arbeit in der ganzen Stadt organisiert und geleitet. Zu dem Volkshaus in Jena hat der Fabrikarbeiterssohn, der immer noch viel zu wenig geehrte Forscher, Großfabrikant und Menschenfreund Ernst Abbe die von ihm selbst erworbenen Millionen hergegeben. Er hat ein Beispiel gegeben und das Ziel gewiesen. Ein anderer Weg zur Errichtung neuer Volkshäuser wäre der, daß an allen Orten, in denen schon mehrere Ortsgruppen des Weimarer Kartells vorhanden sind, diese sich zu örtlichen Kartellen nach dem Münchener Vorbild verbündeten; diese lokalen Kartelle könnten dann in München und anderswo die eigentlichen Lebensreformvereine allmählich an sich heranziehen und so die Kristallisationspunkte abgeben, an die sich eine immer größere Verwaltungs- und Betriebsgemeinschaft der Vereine in jeder Stadt anschlosse. Warum dieser Weg heute noch unbetretbar ist, kann hier nicht ausgeführt werden.

Eine erreichbare ideale Aufgabe aber sind die zu schaffenden „freien Sonntagsfeiern“ für dogmenlose Menschen. Es sei an dieser Stelle zunächst kurz unser Verhältnis zu den bestehenden Kirchen ausgesprochen.

Das Kartell kann als solches keine extremen Richtungen vertreten, also auch nicht den uns oft angedichteten Fanatismus des konfessionslosen oder atheistischen „Pfaffen“. Wir — ich hoffe, es stehen recht viele Personen hinter diesem „wir“ — verabscheuen jeden freidenkerischen Fanatismus, sobald er zur Gehässigkeit, zu Schelt- und Schimpfreden führt, oder wenn er mit grober Hand in noch unangetastete kirchliche Überzeugungen eingreift. Wir halten jeden Kulturkampf im Sinne der siebziger Jahre für roh und zugleich für erfolglos. Wir glauben, daß nur durch die Rivalität der edelsten Leistung den freien Menschen der Sieg verbürgt werde. Auch alle Reformbestrebungen, die innerhalb der Konfessionen an ihrer Arbeit sind, betrachten wir als ideelle Bundesgenossen unserer eigenen Sache. Wenn wir auch nicht verbündet mit ihnen arbeiten können, so fallen doch unsere Ziele mit den ihrigen in einem idealen Grenzpunkte zusammen. Die Deutschkatholiken, Altkatholiken und Reformkatholiken oder die linksstehenden verschiedenartigen protestantischen Richtungen hoffen, innerhalb ihrer Kirchenmauern dem Ideal einer mit Religiosität gepaarten Wahrhaftigkeit schrittweise näher kommen zu können; sie können an eine Kirche glauben, die schrittweise das überwundene dogmatische Element aus sich selbst ausscheidet oder zum Symbol verflüchtigt und

dennoch als Kirche, d. h. als Erzieherin im Leben der Nation, ohne Bruch bestehen bleibt. Wir respektieren die Anhänglichkeit, welche ihnen solche Hoffnung ermöglicht. Wir teilen diese Hoffnung nicht. Wir glauben, daß es leichter sein wird, etwas völlig Neues zu erschaffen, als die alten, auf Offenbarungsglauben und Autorität gegründeten Institutionen jemals zu entwickeln im Sinne der Freiheit. Welche Hoffnung unhistorischer gedacht sei, die unsrige oder die jener Männer, das beantwortet allein die Geschichte der nächsten Jahrhunderte. Wir bescheiden uns und wollen an unsere Arbeit gehen. Diese Arbeit wird, auch wenn sie mißlingen sollte, noch immer ihren Wert haben. Sie wird der protestantischen Linken und den lebensfähigen Reformbestrebungen im Katholizismus durch die Rivalität, die sie ihnen erschafft, den stärksten Antrieb zu eigener Betätigung geben.

Zu wünschen wäre allerdings, daß auch einmal ein noch höheres Kartell zustande käme, nämlich das zwischen allen kirchlichen Reformbestrebungen, ganz besonders aber zwischen den linksprotestantischen auf der einen Seite und unserem Kartell konfessionsloser Überzeugungen auf der anderen. Denn schließlich ist und bleibt doch die dringendste politische Arbeit auf Jahrzehnte hinaus für Deutschland das „Los von Rom“, und in diesem Bestreben, sowie in dem Kampf gegen Klerikalismus und Orthodoxie sind wir ja auch mit allen kirchlichen Reformern einig. Ich verweise darauf, daß bei der jetzt gegen Lourdes gerichteten Aktion des Monistenbundes zum erstenmal Monistenbund, Los-von-Rom-Bewegung, Reformkatholizismus und evangelischer Bund geistig zusammengewirkt haben.

Mit unserer Forderung von freien Sonntagsfeiern für konfessionslose Menschen aber knüpfen wir am unmittelbarsten an die bereits bestehenden freireligiösen Gemeinden und deren Feiern an.

Leider ist die jetzt über 60 Jahre alte Geschichte der freireligiösen Gemeinden in Deutschland den meisten Gebildeten fast völlig unbekannt. Es ist geradezu erschütternd, in G. Tschirns Geschichte der freireligiösen Gemeinden zu lesen, wie in den Jahren 1844—52 ein Sturm von Begeisterung und neuer Schöpferkraft durch ganz Deutschland ging, wie die neuen Begründer der freien Religiosität in deutschen Städten mit Glockengeläute von dem Enthusiasmus der Menge wie Könige empfangen wurden, wie ihnen für ihre freien Sonntagsfeiern die Rathaussäle, ja sogar die Kirchen zur Verfügung gestellt wurden und wie die Gebildetsten der Nation, darunter viele Universitätslehrer, sich als Führer an dieser Bewegung beteiligten. Von dieser Regung aus den vierziger Jahren erfährt heute niemand etwas auf unseren Schulen. Die politische Reaktion, die von 1852 an schrittweise triumphierte, hat alle diese Ansätze tot gemacht, der Staat hat die Polizei und seine anderen Machtmittel erfolgreich zu ihrer Unterdrückung angewendet. Seitdem führen die freireligiösen Gemeinden in Deutschland ein zwar achtungswertes Dasein, dem mancher gute Wille ehrlicher Männer und Frauen aus dem Volke beständige und nicht geringe Opfer darbringt, geistig aber sind ihre Leistungen verkümmert, denn die Gebildeten der Nation, von den Universitäten ganz zu schweigen, versagen sich ihnen so sehr, daß sie von ihrer Existenz kaum etwas wissen oder ahnen. Hier ist die zu lösende Aufgabe deutlich genug erkennbar. Die Gebildeten müssen wieder die Führer des freireligiösen, im Volke fortglühenden Willens zur Gemeindebildung werden. Die freien Sonntagsfeiern müssen das Gefäß sein, in das alle Stoffe zusammenrinnen, aus denen dogmenlose Menschen ihren Ernst, ihre Erhebung, ihre Begeisterung und Feiertagsstimmung zu erzeugen vermögen. Zunächst müßten sie in gemieteten Sälen

(Konzertsälen) abgehalten werden. Das Volkshaus gäbe sofort einen würdigen Rahmen, wenn es nur schon dastände. Zuletzt, in ferner Zukunft aber müßten die Kirchen und herrlichen alten Dome für solche Sonntagsfeiern zurückerobert werden. Denn nicht Kirchen zu zertrümmern gilt es, sondern sie mit dem neuen religiösen Inhalt zu füllen, d. h. mit derjenigen Wahrheit, Schönheit und sittlichen Freiheit, welche die neuen Menschen und Volksgemeinden zu erkennen und zu verehren neu gelernt haben. Der Einwand, daß solche Feiern wieder zu einem Rückfall ins Pfaffentum führen würden, zu neuen Riten, Zeremonien und Dogmen, ist unbegründet. Die Frömmigkeit freier Menschen ruht nicht mehr auf einem Glaubensbekenntnis, noch auf irgendeiner theoretischen Weltanschauung überhaupt, sondern auf gemeinsamer Willensrichtung zum Edlen. Die Einigkeit und Einheit freier Menschen aber besteht darin, daß in jeder Stadt und jeder Gemeinde der zum Sprecher Berufene *) sein Bestes darbringt, womit gerade er am meisten erzieherisch zu wirken imstande ist. Solche Einheit ist ausreichend und läßt dem Wettstreit der Geister um das Beste freien Spielraum. Eine Entartung in ästhetische Spielerei und Buntheit, wie sie heute die „lyrischen Andachten“ in Berlin, Düsseldorf, Mannheim und München bieten, kann vermieden werden, wenn ein ernsthafter Wille die Führung übernimmt. Wir könnten mit diesen Feiern die beste Musik (Kirchenmusik und weihevoller weltliche Musik, alte und neue) und die schlichteste edelste Poesie, die heute fast gar keine Stätte mehr hat, aus dem Banne des Gewerbebetriebes erlösen. Wir könnten in den neuen „Predigten“ das Volk über den wahren Wert der Bibel, der ihr nach aller Bibelkritik verbleibt, ehrlich und ernstlich belehren und der Bibel alle anderen tiefsinnigsten Bücher der Menschheit an die Seite stellen; wir könnten aller Ehrfurcht, die aus allen Natur- und Geisteswissenschaften zu schöpfen ist, zum Wort, zum Dasein, zur Wirksamkeit verhelfen, während sie jetzt im wissenschaftlichen oder populärwissenschaftlichen Betriebe fast ganz erstirbt. Wir könnten vor allen Dingen Künstlern und erzieherischen Persönlichkeiten neue, wahrhaft großartige Aufgaben erschließen und damit den wertvollsten Teil im Leben der Nation in die Freiheit entlassen, der jetzt immer gehemmt und verborgen bleibt, obwohl er in unversiegbarer Kraft immerfort in der Stille fortwuchert. Träume, schöne Träume, wenn nirgends auch nur ein Anfang solcher Versuche durch Stiftungen ermöglicht werden kann.

Nun, wir wollen in München diesen Anfang machen. Wir beginnen bereits in diesem Winter 1908—09 mit regelmäßigen Sonntagsfeiern, und zwar in einer populären Form, Sonntag abends in einem größeren Raum alle 14 Tage, und in einer mehr akademischen Form in unserem Kartellsaal Sonntag vormittags alle dazwischen fallenden 14 Tage. Auch gegen solchen Versuch sind viele Bedenken und Zweifel vorhanden, wir selber haben unsere Sorgen über das Gelingen, entscheiden aber kann über die Möglichkeit und den Wert unseres Versuches nur die Tat. Daß ein solcher Versuch überhaupt in München möglich geworden ist, ist wesentlich das Verdienst der in unserem Kartell geleisteten Verständigungsarbeit und Selbsterziehungsarbeit in allen 4 Vereinen. In dieses Verdienst teilen sich die vielen Männer und Frauen, die bei dem bisher Erreichten durch getreuen guten Willen, durch Rat und Tat mitgeholfen haben. Schon das jetzt bestehende Heim konnte nur als ein Werk vieler gegenseitiger Aufopferung und Selbstbescheidung entstehen; Gottfried Kellers schöne Worte

*) Oder die Berufenen.

Und auch der Gegensätze zorn'ge Flammen
Besiegt die stärkere Macht des guten Willens,
Der nicht vergebens in die Schule ging,
stehen gleichsam als unsichtbare Überschrift über der Eingangstüre.

Und das ist meine feste Überzeugung, das Münchener Heim ist nur eine Keimzelle und ein Symbol für die große moralische Arbeit, die überall bevorsteht. Denn dem 20. Jahrhundert ist überhaupt und so auch in Deutschland eine Aufgabe geworden, so begeisternd und großartig, wie noch keinem der vorherigen Jahrhunderte. Es wird diese Aufgabe nicht lösen, aber es wird an ihre Lösung heranschreiten und zu allererst Ernst mit ihr machen. Dies wird dermaleinst in der Geschichte sein Ruhmestitel sein und bleiben. Die Aufgabe heißt mit schlichten Worten: ein Bund aller geistig Freien zu gemeinsamem Schaffen.



ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

ROMAN STRELTZOW, BERLIN: DAS RUSSISCHE
BRANNTWEINMONOPOL.



DER staatliche Branntweinbetrieb existiert in Rußland seit 13 Jahren. Anfänglich wurde das Staatsmonopol nur in vier Gouvernements durchgeführt, und erst allmählich ging man zur Aufhebung des Privatbetriebes in den anderen Gebieten über. Im Jahre 1901 hatte das Branntweinmonopol das gesamte europäische Rußland „erobert“. Im Jahre 1905 wirkte es schon überall. Ein vollständiges Monopol (in räumlicher Hinsicht) existiert also in Rußland nicht 13, sondern erst 3—4 Jahre. Immerhin sind die Erfahrungen auf diesem Gebiete der russischen bürokratischen Wirtschaft ziemlich umfassend, und einige Schlüsse darüber lassen sich schon heute ziehen.

Die Aufhebung des Privatbetriebes in der Branntweinindustrie erfolgte aus rein fiskalischen Gründen. Zwar motivierte der Finanzminister die Notwendigkeit des Monopols auch mit einigen Redensarten über die Bekämpfung der Trunksucht, aber im großen und ganzen spielten bei dieser Reform finanzielle Gesichtspunkte mit. Der Staat erhob zwar auch beim Privatbetrieb bedeutende Summen durch die Akzise auf Branntwein, aber die Leistungsfähigkeit dieser Akzise schien damals ihre äußerste Grenze erreicht zu haben. Im Jahre 1893 belief sich die Akzise von einem Eimer Branntwein (40°), deren Produktion dem Unternehmer etwa 0,60—1,20 Mark kostete, auf etwas mehr als 8 Mark. Diese kolossale Differenz zwischen den Produktionskosten und der Besteuerung übte einen starken Reiz auf alle Fälschker und Schmuggler aus, was die Erhöhung der Akzise illusorisch machte. Der Zuwachs auf jede Einheit wurde durch den Verlust des von der Akzise durch Fälschker „befreiten“ Quantums wettgemacht. Eine Lahmlegung der

falsifikatorischen Tätigkeit war bei dem Herrschen des Privatbetriebes aussichtslos, während man bei einer Monopolisierung auf einen erfolgreichen Kampf mit der unerlaubten „Konkurrenz“ hoffen durfte. Außerdem lockten die Regierung die Unternehmergewinne selbst an, und so entschloß man sich, aus all diesen Gründen die Branntweinverteilung in die Hände der Bürokratie zu legen.

Im allgemeinen haben sich die Hoffnungen der Regierung erfüllt. Das Branntweinmonopol hat sich als eine ergiebige Geldquelle erwiesen, und das Riesenbudget des Riesenreiches ist durch diese Quelle mehr als zu $\frac{1}{4}$ sichergestellt. So brachte die Branntweinoperation im Jahre 1905 612 Millionen Rubel (also mehr als eine Milliarde Mark!), im Jahre 1906 mehr als 697 Millionen Rubel ein. Diese kolossalen Ziffern zeigen zur Evidenz, in welchem Maße das Wohlergehen der russischen Reichsfinanzen vom Branntweinverbrauch abhängig ist. Nicht mit Unrecht nannte man den russischen Etat: „das trunksüchtige Budget“. In keinem Lande der Welt ist der Fiskus an der Alkoholisierung des Volkes dermaßen interessiert, wie es in Rußland der Fall ist. Kein Budget profitiert so von der Trunksucht der Bevölkerung, wie das russische. Diese Tatsache wäre bedrohlich auch in einem rein demokratischen Staate, um so mehr ist sie gefährlich in Rußland, wo die Kontrolle und der Einfluß der Demokratie ziemlich minimal ist.

Wie schädlich das Wirtschaften einer solchen Bürokratie wie der russischen sein kann, zeigen die ersten Schritte bei der Durchführung des Monopols. Die Monopolverwaltung hatte den verständigen Entschluß gefaßt, die Zahl der Verkaufsstellen zu verringern. Die Verringerung ist deshalb gut, weil bei weniger Trinkgelegenheit auch der Alkoholgenuß geringer ist. Man durfte deshalb von dieser Maßregel, wenn sie wohlüberlegt durchgeführt wurde, eine erhebliche Reduzierung der Trunksucht erwarten. Doch die planlose Art, mit der diese Verringerung durchgeführt wurde, wirkte wiederum sehr ungünstig auf die Trinksitten und führte zur Verbreitung des geheimen Branntweinverkaufs. Die schroffe, rein bürokratische Verminderung der Trinkgelegenheit (im allgemeinen ging im europäischen Rußland die Zahl der Verkaufsstellen, die im Jahre 1895 83000 betrug, im Jahre 1907 auf 34300 zurück) verursachte, daß die unteren Volksschichten sich angewöhnten, den Branntwein direkt auf der Straße zu trinken. Wer die russischen Städte in dem letzten Jahrzehnt kennen gelernt hat, hat wohl öfters auf den Straßen mehr oder weniger große Gruppen gesehen, die, auf dem Trottoir sitzend, Trinkgelage veranstalteten, wobei es ziemlich unästhetisch herging. Dies ist die Folge der allzu großen und plötzlichen Änderung der früheren Verhältnisse, wo man auf Schritt und Tritt private Trinkhäuser finden konnte. Dieselbe Ursache wirkte auch bei dem Aufblühen des geheimen Branntweinverkaufs. Die geheime Schenke bildete die unerläßliche Korrektur zu der allzu kleinen Zahl der offenen. Man behauptet, daß unter dem Monopol auf jede offene Verkaufsstelle einige Dutzend geheimer existieren. Die Folge davon kann natürlich nur ein Wachstum der Trunksucht sein.

Hand in Hand mit der allzu scharfen Änderung der Verhältnisse in bezug auf die Zahl der Verkaufsstellen übte einen ungünstigen Einfluß auf den Alkoholgenuß die Stärke und das Einheitsmaß des zum Verkauf bestimmten Branntweins. Die Monopolverwaltung verabreicht den Alkohol in der Stärke nicht unter 40°, während vor dem Monopol das Publikum ein viel schwächeres Getränk benutzte. In mehreren Gouvernements verbreitet das Monopol sogar einen schwachen Spiritus zu 57° Stärke, welcher fast

vollständig den 40°-Branntwein verdrängt hat. Der große Prozentsatz des reinen Alkohols, den der verkäufliche Branntwein enthält, ist eine Ursache der übermäßigen Alkoholgenusses. Nach den übereinstimmenden Gutachten mehrerer Sachverständiger fordert der Konsument nicht ein gewisses Quantum reinen Alkohols, sondern ein gewisses Quantum eines bestimmten Getränks. Für den Trinker ist es egal, ob er in einem Liter Branntwein 40, 38 oder 35° reinen Spiritus hat. Dies wußten die früheren Privatverkäufer sehr gut, die gewerbsmäßig den 40°-Branntwein falsifizierten und ihn immer mit mehr oder weniger Wasser vermischten. Wenn der Fiskus durch diese Falsifikation auch betrogen wurde, so war es andererseits für die Volksgesundheit ein nicht unerheblicher Gewinn. Jetzt aber vergiftet der starke Branntwein des Reichsmonopols die Bevölkerung in viel höherem Maße, als es angesichts der angewohnten Bedürfnisse unvermeidlich ist.

Dazu trägt auch das Einheitsmaß des im Kleinhandel vorhandenen Spiritus bei. Die Monopolverwaltung verabreicht den Branntwein wie den Spiritus nicht nur in größeren Quantitäten, sondern auch in winzigen Fläschchen zu $\frac{1}{200}$ und $\frac{1}{100}$ des Eimers. Dies erleichtert allzusehr den Erwerb des Branntweins und vermehrt den Alkoholgenuß unter den ärmeren und ärmsten Schichten des Volks. Es war deshalb ganz in der Ordnung, als die Duma gegen diese Erleichterung des Alkoholerwerbs Einsprache erhob, und es ist zu begrüßen, daß die Monopolverwaltung den Wünschen der Volksvertretung entgegenkommen will.

All diese Mängel des russischen Branntweinmonopols sind natürlich nicht unbedingt mit dem Monopol selbst verbunden. Bei gutem Willen läßt sich alles ändern, ohne daß dabei der Grundgedanke des Monopols — die Ausschließung des Privatinteresses — verloren gehen muß. Auch die allzu großen Kosten der Organisation könnte man durch Vereinfachung erheblich vermindern. Aber alle diese Maßnahmen werden doch verschwindend wenig für den Kampf gegen den Alkoholismus bedeuten. Für diesen Kampf ist die Bureaukratie überhaupt nicht geschaffen. Dazu müssen ganz andere Kräfte, mit größerer Initiative und mit größerer Hingebung herangezogen werden. Das erfordert aber eine Trennung der Interessen des Monopols von denen des Fiskus, die Fundierung des russischen Budgets auf einer anderen, weniger flüssigen Grundlage. Ist diese Umänderung des Etats vollzogen, dann wird es möglich sein, den Branntweinbetrieb in die Hände der Selbstverwaltung oder anderer gesellschaftlicher Institute zu legen, die an der Bekämpfung des Alkoholismus mehr Interesse haben würden, als der Fiskus. Früher oder später wird man diese Reform doch durchführen müssen.

Gleichzeitig mit der Reorganisation des Monopols müssen natürlich noch andere Reformen durchgeführt werden, ohne welche die Trunksucht des Volkes nicht vermindert werden kann. Das Volk muß die Möglichkeit zur Selbstbetätigung erhalten, die Aufklärungsarbeit darf nicht durch kleinliche Polizeischikanen gehindert werden, die berufliche Organisation der Arbeiter und der Bauern muß sich frei entwickeln dürfen, die freie Initiative soll nicht auf Schritt und Tritt gehemmt werden. Nur dann wird die öffentliche Meinung selbst viel wirksamer die Pest des Alkoholismus vertreiben können, als alle anderen Mittel der Monopolverwaltung zusammen genommen. Mit einer noch so guten Organisation des Branntweinbetriebes allein ist hier nichts getan.



CHRONIK

EINE neue Form des Warenabsatzes hat eine große Berliner Weinhandlung begründet. Das Unternehmen nennt sich „Zentrale für Weinvertrieb“ und bildet eine neuartige Zwischenstufe zwischen einem einfachen Handelsunternehmen und einer Konsumgenossenschaft. Die Zentrale bildet in rechtlicher Hinsicht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, deren Stammteile nicht im Besitze der Konsumenten sind und zu sein brauchen. In ihrer Wirkung kommt die Gesellschaft aber der einer Konsumgenossenschaft sehr nahe. Sie stellt sich nämlich nicht wie das übliche Handelsunternehmen zwischen Produzenten und Konsumenten, um die möglichst billig eingekauften Waren zu einem möglichst hohen Preise abzusetzen, so einen „Handelsgewinn“ erzielend. Die Zentrale für Weinvertrieb liefert vielmehr allen an sie angeschlossenen Konsumenten die Waren (Wein, Sekt, Likör usw.) zum Selbstkostenpreis, d. h. zu dem Betrage, den sie selbst für den Wein nebst Zoll, Transport, Flasche, Arbeitslohn und sonstige Geschäftsspesen verauslagt hat. Der Gewinn der Gesellschaft aber besteht in einer Umsatzgebühr in Höhe von 10% der zum Selbstkostenpreis bezogenen Waren. Die Gebühr wird in der Form erhoben, daß man gegen Zahlung eines bestimmten Betrages ein entsprechendes Bezugsrecht erwirbt, daß man also z. B. bei Bezahlung von 5 Mark das Recht genießt, Waren bis zum Gesamtpreise von 50 Mark zum Selbstkostenpreise einzukaufen.

Der Unterschied dieser neuen Absatzmethode gegenüber dem einfachen Handelsprinzip springt in die Augen. Das gilt ganz besonders aber auf dem Gebiete des Wein-

handels, der bekanntlich an die leider nicht als Gemeingut zu bezeichnende absolute Widerstandskraft gegen die Versuchung zur Täuschung die allerhöchsten Anforderungen stellt. Da bei der „Zentrale“ die Selbstkostenpreise (die sie in ihren Verzeichnissen veröffentlicht) identisch sind mit den Verkaufspreisen, fehlt jegliche Versuchung, den Wein zu verschneiden, durch Wasser zu verdünnen, ihn durch Farbstoffe ein anderes Aussehen zu geben, ihn künstlich aromatisch zu machen, durch hochtrabende Etiketten über den Ursprungsort zu täuschen usw. Das neue Geschäftsprinzip ist also eine automatische Versicherung gegen Unreellität, ein Riegel, der sich selbsttätig vorschiebt, wenn das Konsumenteninteresse Gefahr läuft. Gleichzeitig wird der eigentliche Unternehmer zum Verwalter der Interessen der Konsumenten, der seine Tätigkeit durch eine Tantieme vom Umsatz vergütet erhält. Von dem Verwalter einer Konsumgenossenschaft unterscheidet er sich dadurch, daß er das kapitalistische Risiko des Unternehmens allein trägt. Sein Interesse ist nicht auf solche Gewinne eingestellt, die unmittelbar aus billigem Einkauf resultieren. Sein erstes Interesse ist vielmehr das Interesse an der Qualität, an dem bestmöglichen Verhältnis von Qualität und Preis, an der wahren Billigkeit, kurz, an der Preiswürdigkeit. Die Bedeutung des neuen Verfahrens wurzelt also darin, daß die Interessen von Händler und Käufer gleichgerichtete sind. Auf diese Weise bleibt dem Handel nur noch seine ursprüngliche Funktion: Aufsuchen der günstigsten Produktionsstätten und Absatzplätze, Leitung des Warentransportes

und der Warenlagerung bis zum Zeitpunkt des Erwachens des Bedarfes. Dabei hat dieser modernste Handelstypus zwar ein Interesse an der Umsatzsteigerung, der Bedarfserweckung und -belebung, aber nie auf Kosten der Qualität. Es fehlt also das Interesse an einmaligen Absätzen mit hohem Nutzen; an seine Stelle tritt das Interesse am dauernden organisierten Absatz mitmäßigem Gewinn. Durch den Umstand, daß die Abnehmer sich zu bestimmt normierten größeren, wenn auch nur allmählich abgenommenen Warenbezügen verpflichten, wird der Absatz zu einer bekannten Größe in der Einkaufsrechnung, scheidet das spekulative Moment fast ganz aus, wird die Bedarfsdeckung eine organisierte. Das wiederum ermäßigt die Selbstkosten, verbilligt die Waren, führt neue Abnehmer zu. In diesem Kreislauf liegt die Zukunftsaussicht der neuen Handelsform, die naturgemäß den besten Erfolg dort zeitigen wird, wo das Moment des Vertrauens, der Zuverlässigkeit eine besondere Rolle spielt, wo es darauf ankommt, das primitive direkte Interesse am Gewinn zu ersetzen durch das Qualitätsinteresse.

Man erkennt hieraus, daß das Anwendungsgebiet der Grundsätze der Berliner Zentrale für Weinvertrieb zwar noch recht ausdehnungsfähig, aber nicht unbeschränkt ist. Wie sich im Einzelfall das Unternehmen bewähren wird, muß natürlich abgewartet werden, zumal sehr viel von der Persönlichkeit des Leiters abhängen wird, von seinem Fachkönnen, der unbedingten Zuverlässigkeit der Selbstkostenberechnung usw. Da das vorliegend besprochene Unternehmen aber die Bücher dauernder Kontrolle durch vereidete Bücherrevisoren unterziehen läßt, scheint auch hier manches Bedenken ausreichend zerstreut werden zu können. Das ganze Experiment ist zweifels-

ohne ein interessantes Dokument für den Fortschritt der Handelstechnik, ein Fortschritt, der erhebliche wirtschaftliche und ethische Vorteile zeitigen kann.



Staatlich kontrollierte Chauffeurschulen. Als im Preuß. Abgeordnetenhaus die Automobil-Interpellation besprochen wurde, führte der Minister Breitenbach aus, daß eine durchgreifende Besserung in unseren Verkehrsverhältnissen in bezug auf das Automobil zu erwarten sei, sobald erst in staatlichen oder unter staatlicher Aufsicht stehenden Schulen der Fahrunterricht für Chauffeurs erteilt und eine eingehende Prüfung für jeden Automobilfahrer eingeführt sei. Wie wir erfahren, entspricht diese Äußerung des Eisenbahnministers den Vorschlägen, die schon vor längerer Zeit von automobilistischer Seite den Behörden unterbreitet wurden; denn die offiziellen Vertretungen des Automobilismus haben längst erkannt, daß alle ihre Versuche zur Regelung der Mißstände im Chauffeurwesen und zur Bekämpfung der wilden Fahrer erfolglos bleiben müßten, wenn die Autorität des Staates sie nicht unterstützt. Deshalb hatten die deutschen Automobilklubs sich zu einem gemeinsamen Vorgehen behufs Regelung der Chauffeurfrage entschlossen. Die Verhandlungen und Vorarbeiten sollen schon ziemlich weit gediehen sein, so daß bis zur Eröffnung der ersten, einen amtlichen Charakter tragenden Chauffeurschule nicht mehr viel Zeit vergehen dürfte. Diese Tatsache wird Freunden und Gegnern des modernen Kraftwagens gleich angenehm sein, denn die Heranbildung eines in jeder Beziehung tüchtigen und auch moralisch einwandfreien Chauffeurstandes wird am schnellsten dazu führen, daß wir Frieden auf unseren öffentlichen Straßen erhalten.

SOZIALE ENTWICKLUNG

DR. THEODOR LESSING, HANNOVER: DIE LÄRM-SCHUTZBEWEGUNG.

DIE Klage über den Lärm ist nie verstummt. Alle geistig schaffenden, produktiven Naturen, Männer und Frauen, haben aufs bitterste unter dem Übermaß von Geräusch zu leiden gehabt, das täglich auf uns einwirkt und dessen Schädlichkeit wir nur darum nicht richtig erkennen, weil wir uns an ihr Gift gewöhnten, wie sich der Uhrmacher an das Schlagen seiner Uhren, der Müller an das Geklapper seiner Mühle gewöhnt. Die wütenden Verzweiflungsausbrüche Carlyles, die groben Worte Schopenhauers und Friedrich Theodor Vischers, die schönen Klagen Ruskins und Multatulis über die Lärmplage sind allgemein bekannt. Aber alle diese Angriffe und Beschwerden sind bisher theoretisch geblieben. Erst in unseren Tagen hat durch das Emporwachsen ganz neuer Arten von Verkehrstechnik, von Eisenbahnen, Autobussen, Automobilen, der Lärm der Städte solche Macht gewonnen, daß notwendig eine praktische, soziale Bewegung einsetzen muß, wenn nicht die Hölle von Geräusch, in der wir leben und arbeiten müssen, schließlich langsame Degeneration des Menschengeschlechts, eine allgemeine reizbare Erschöpfung zur Folge haben soll. Und diese Gefahr ist um so dringender, als es gerade die schöpferischen, geistig fähigsten Menschen sind, die am ersten der Pein des überlaut gewordenen Lebenskampfes erliegen, während die gröberen, stumpferen Naturen in jedem Angriff auf das rücksichtslose Schreien und Sichauslärmen eine Beschränkung ihrer „individuellen Rechte“ sehen. Somit war es nur eine Lebensnotwendigkeit, daß sich die intellektuelle Schichte der Gesellschaft zu einer neuen sozialpädagogischen Bewegung zusammenfand, die in den letzten Jahren in Amerika große Ausdehnung gewann und von dort aus auch über die europäischen Länder sich verbreitet hat.

I.

Seit dem Jahre 1906 besteht in der Stadt New York die Society for the suppression of unnecessary noise. Ihre Begründerin ist eine der merkwürdigsten und tätigsten Frauen der amerikanischen Gesellschaft. Mrs. Isaac L. Rice ist die Gattin eines großen deutsch-amerikanischen Industriellen. Mrs. Rice, die ursprünglich Musik, später Medizin studierte, widmete sich während der letzten Jahre ausschließlich einem großen Kampfe wider Lärm und Geräusch, der in kurzer Zeit so erfolgreich wurde, daß gegenwärtig dem amerikanischen Lärmschutzverein fast alles angehört, was in Amerika durch Namen, Rang, Reichtum, soziale Stellung, kulturelle oder politische Bedeutung irgendwie hervorragt; die Vorstände sämtlicher Schulen, die Rektoren der drei großen Universitäten, der Chef der Polizei und der Board of health, der Erzbischof, der Kanzler, die hohe katholische und protestantische Geistlichkeit, die bekannten Juristen, Mediziner, Industriellen, Bankiers.

II.

Die erste Art von Geräuschen, die der amerikanische Antilärmbund bekämpfte, waren die Geräusche der New Yorker Häfen. Ein Professor der Physiologie stellte mit Hilfe seiner Studenten fest, daß in einer einzigen

Nacht etwa 3000 differente Schiffssignale, die mit den riesigen Nebelhörnern und Sirenen abgegeben wurden, von den Anwohnern der sogenannten river-side ertragen werden mußten. Den Bestrebungen der Frau Rice kam ein Amendement zur Navigationsgesetzgebung der Vereinigten Staaten entgegen, das sogenannte Bennet-Law, vom Vater der Mrs. Rice eingebracht. Durch dieses Gesetz wird seit 1908 rechtskräftig verfügt, daß das überflüssige Pfeifen, Läuten, Dampfgeben auf Lootsenbooten, Vapeuren, das Signalgeben der Dampfer mit Nebelhörnern in allen amerikanischen Häfen bestraft wird, ja mit Entziehung der Konzession im Hafen zu liegen, geahndet werden kann. Die Genossenschaft der Masters, Maats und Pilots wacht über Durchführung dieses Gesetzes. Es gilt gleicherweis für Schiffe aller Nationalitäten. Weiterhin wurde eine neue Kategorie von Geräuschen zu beseitigen versucht. Der neue Feldzug galt dem Lärm in der Umgebung von Krankenhäusern und Schulen. Man beseitigte ihn durch Einführung der sogenannten Hospital- oder Ruhezone. Ruhige Zonen sind solche städtische Distrikte, die in unmittelbarer Umgebung von Lehranstalten, Schulen, Kliniken, Sanatorien, Krankenhäusern zusammenlaufen. Man brachte in ihnen an den Straßenecken weithin lesbare schwarze Tafeln an, die den Stadtteil, der als „Hospitalzone“ bezeichnet ist, unter besondere Polizeiaufsicht stellen. Kutscher und Kondukteure, die in einer so gekennzeichneten Zone mit Peitschen knallen oder entbehrliche Signale abgeben, werden mit 10 Dollar Strafe oder mit 10 Tagen Haft gepönt. Eine weit wichtigere Maßnahme war die, daß man die 600 000 New Yorker Schulkinder zu verpflichten wußte, in solchen Ruhe zonen keinerlei Sports oder lärmende Spiele zu veranstalten. Dies wurde dadurch erreicht, daß man die Kinder selbst einen „Jugendzweig des Antilärmbundes“ unter sich gründen ließ. Den Vorsitz dieses „Jugendbundes“ übernahm auf Bitten der Kinder der Dichter Mark Twain, der bei der Jugend populärste Mann Amerikas. Alle Kinder, die dem Bunde beitreten, erhalten eine kleine blaue Brosche mit der Inschrift „Humanity“. Die Abzeichen ihres Vereins tragen die Kinder mit großem Stolz. Mrs. Rice, die vor mehr als 20 000 Kindern über die Ziele des Bundes sprach, zeigte mir zahlreiche Kinderbriefe, in denen Knaben und Mädchen aus freien Stücken gelobten, sich der Kranken anzunehmen und in allen Hospitalzonen sich ruhig zu verhalten. Ja die Kinder bildeten, zu ihrer eigenen Freude, unter sich eine aktive Polizei, die für Ruhe im Revier von Krankenhäusern und Schulen Sorge trägt.

III.

Es kommen, zu den genannten, weitere Maßnahmen, die sich auch auf die Städte anderer Länder leicht übertragen lassen. So haben sich z. B. in New York alle Trambahnen und Omnibusdirektionen dazu verpflichtet, Instruktionen für ihr Personal in den Depots wie in Waggons aufzuhängen, alles unnütze Abgeben von Signalen, alles unnötige Pfeifen und Rufen streng zu verbieten. Die Signale werden auch nicht wie z. B. auf der „Großen Elektrischen“ Berlin-Charlottenburg durch laute Glockenzüge gegeben, sondern allein durch ein leises elektrisches Läutewerk. Ebenso traf der Automobilklub Verfügungen, um den Mißbrauch von Huppe und Pfeife zu verhindern. Vielfach wird bereits der Automobilverkehr auf besondere Straßen beschränkt. Eine weitere Verbesserung der Technik zielt auf Beseitigung des Lärms in den heutigen Formen der Hauswirtschaft. Es liegt leider in Deutschland noch immer nicht ein Reichsgerichtsentscheid vor, der das Teppich-

Möbel- und Bettenklopfen auf bestimmte Stunden beschränkt. Überdies gibt es längst Techniken, die das lärmende Klopfen völlig entbehrlich machen. Man könnte auch, wie ich wiederholt vorschlug, die Hausreinigung zentralisieren. Das Reinigen von Polstern und Möbeln würde dann ein eigener Berufszweig werden. Der Inhaber der Polsterreinigungsanstalt läßt in frühen Morgenstunden Teppiche, Polstermöbel und Daunenbetten auf Karren abholen. Er läßt sie auf den dazu vorgesehenen benachbarten freien Klopflätzen durch seine Leute reinigen und nach wenig Stunden zurückliefern. Nimmt er für jedes gereinigte Stück auch nur einen Pfennig, so ist das Unternehmen bereits rentabel. Man sollte ferner daran denken, unter den Füßen von Tischen und Stühlen kleine Filzplättchen anzubringen. Bei der Anlage von Miethäusern sollten prinzipiell die lärmgebenden Räumlichkeiten, wie Küche, Treppenhaus, Sprechzimmer, Telephonzelle zusammengelegt und von Wohn- und Arbeitsräumen getrennt werden, gleich wie man bei Städteanlagen Wohnviertel und Geschäftsviertel voneinander scheidet. Und warum sollte dauernd notwendig bleiben, die Wohnfront der Häuser immer nach der Straßenseite anzulegen? Für die Kinderspiele sollte man Gemeinschaftsräume besitzen, jedenfalls gehören sie heute, wo jedes Stadtviertel große Parke und öffentliche Gärten mit Kinderspielplätzen zur Verfügung hat, nicht mehr auf die Trottoire der Straßen.

IV.

Eine besondere Abart von Geräusch veranlaßt die Haltung von Haustieren in städtischen Wohnräumen. Es ist wohl gewiß, daß die Anlage eines kleinen landwirtschaftlichen Betriebes inmitten engbewohnter Häuserblocks, etwa die Anlage eines Geflügelhofs mit krähenden Hähnen und gackernden Hennen oder gar eines Gestüts oder einer Schweinezucht ganz widersinnig ist. Aber auch die Haltung von Singvögeln und Papageien in engbewohnten Mietskasernen sollte nicht unbeschränkt gestattet sein. Exotische Vögel gehören in Voliären, vielleicht in Villen und Gartenhäuser, nicht in die Enge der bürgerlichen Stube. Insbesondere ist das Geplapper der Papageien unendlich widerwärtig. Ebenso ist ein Unfug, in engen Höfen Hunde an Ketten zu legen, die Hunde würden in den Städten weniger lärmern und heulen, wenn sie vernünftiger gepflegt und gehalten wären. Ein gut gezogener Hund kläfft nicht hinter jedem vorüberfahrenden Wagen oder Rade zwecklos drein. Eine etwas schwierigere Frage bezieht sich auf das Schlagen der Turmuhren und Läuten von Kirchenglocken. Was die Uhren betrifft, so erscheint mir ganz unsinnig, daß in Tagen, wo jedermann und auch der Ärmste seine kleine Taschenuhr bei sich trägt, in hunderttausend Wohnräumen hunderttausend häßliche Stutz- und Wanduhren Tag und Nacht ganz zwecklos schlagen, und ebenso widersinnig, daß in jedem Stadtteil zahllose Turmuhren jede Viertelstunde mit eins, zwei, drei und bis zu sechzehn Glockenschlägen begleiten. Was die Kirchenglocken betrifft, so ging in einigen amerikanischen Städten von der Geistlichkeit selber die Anregung aus, Benutzung der Kirchenglocken auf wichtige, feierliche Anlässe zu beschränken. So geschah es z. B. in Philadelphia. Ein Eingriff in Rechte und Würden der Religion ist damit keineswegs verbunden. Heute läuten zumal im Süden Europas Hunderttausende von Glockenspielen bei den trivialsten Anlässen, beim Gewitter, zur Zeit der Vesperstunden, beim Vorüberkommen eines beliebigen Leichenzuges, bei jedweder Kindtaufe, ja, bei irgendwelchen rein häuslichen Anlässen jedes Klosters, Konviktes oder Stiftes. Man bedenke ferner, daß sich das

Leben der Städte immer noch mit bestimmten längst sinnlos gewordenen Formen des Handels und Handelverkehrs verunstaltet. So z. B. mit dem „fliegenden Straßenhandel“. Ist es nicht ein Widersinn, daß in großen Städten Kohle, Torf, Obst, Gemüse, Kartoffeln, Felle, Früchte, Eis in Straßen ausgeschrien werden, in denen man alle diese Artikel oft fast Haus bei Haus ohnehin kaufen kann? Ich habe auch wenig Sinn für die vermeintliche Poesie der „Musik der kleinen Leute“, der Ziehharmonika, des Drehorgelspiels. Wo gute Musik billig zu hören ist, da ist das Gelärme und Gedudel der Orgeln einfach Unfug, jedenfalls sollte es nicht unbeschränkt zu jeder Tagesstunde gestattet sein. Eine Reform der städtischen Polizeiordnungen könnte noch so manche andere vollkommen entbehrliche Geräusche aufs allereinfachste beseitigen. Welch eine Qual für geistige und geistig empfindliche Menschen verursacht das unaufhörliche Aneinanderschlagen von Metallen und Hölzern auf Transportfuhrn. In der Morgenfrühe kann das Klappern der Milchkannen auf Klingelwagen leicht verhindert werden. Das Aneinanderschlagen von Bauhölzern, Backsteinen, Eisenstangen wäre unmöglich, wenn die Polizeiordnung verfügte, daß solche Stücke vor dem Transport mit Stroh oder mit Säcken umwickelt werden müssen. Es ist auch nicht einzusehen, warum schwere Transportfuhrn jeden Straßenteil zu jeder Stunde passieren dürfen. Die Wege in der dicht bevölkerten Innenstadt sollten für Transportfuhrn nur zu bestimmten Stunden freigegeben sein. Daß das völlig entbehrliche widersinnige Peitschenknallen mit Polizeistrafe gepönt werden muß, ist wohl selbstverständlich. Endlich lassen sich zahlreiche Verbesserungen an Wagenradbau, an Automobiltechnik und Straßenpflasterung vornehmen.

V.

Über die juristische und die neurologisch-medizinische Seite der Lärmfrage habe ich in dem Buche „Der Lärm. Eine Kampfschrift gegen die Geräusche unseres Lebens“ ausführlich gehandelt (Wiesbaden, J. F. Bergmann 1908). Es handelt sich nach der juristischen Seite hin wesentlich um Kritik der §§ 906 und 907 des BGB., sowie um § 360, 11 des Strafgesetzes, und um die Negatorienklage nach § 1004 BGB. Die rechtsgeschichtliche Entwicklung der bei Immissionsklagen in Betracht kommenden Paragraphen beweist deutlich, daß im modernen Rechtsbewußtsein ein Schadenersatz für den durch Lärm und Geräusch erlittenen Schaden in immer wachsendem Maße garantiert wird. Dies wird neuerdings auch vom deutschen Reichsgericht ausdrücklich anerkannt, während einer der frühesten Entscheide des Reichsgerichts ursprünglich sogar konstatiert hatte, daß jedermann auf seinem eigenen Grund und Boden so viel Lärm und Geräusch vollführen könne, als er wolle, ohne daß irgendeine Klagestellung von seiten der Nachbarschaft möglich war. Die Rechtslage ist im Laufe der Jahrzehnte ganz anders geworden. Heute stehen wir in einem Zeitpunkt, an dem eine ganz neue Fassung des sogen. Grobe-Unfug-Paragraphen, sowie ein weiterer Ausbau der gegen Ruhestörung gerichteten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzes bevorsteht. Dies folgere ich nicht zum wenigsten auch daraus, daß in Deutschland hervorragende oder in verantwortlichen Stellungen tätige Juristen die ersten waren, die sich den Bestrebungen der Lärmschutzbewegung angeschlossen. Vom Standpunkt der Medizin aus aber muß nachgerade der Kampf gegen bestimmte Arten hygienischer Delikte, die sich niemals ganz vollständig mit juristischen Waffen werden beseitigen lassen, kraftvoll aufgenommen werden. Tausend feinere Arten der Schädigung und Körper-

verletzung kann nur ein Bund von Ärzten und Hygienikern beseitigen, der sich für Nervenkultur und methodische Rassenauzucht verantwortlich weiß. Wer durch Rücksichtslosigkeit, Unreinlichkeit, Mangel an Zucht, Gesundheit Leben und Werk seiner Mitmenschen zerstört, macht sich genau des gleichen Verbrechens schuldig, wie der Betrüger oder Dieb. Es haben sich in allerletzten Wochen vielerlei Stimmen geltend gemacht, die energisches Vorgehen gegen die Unkultur des rücksichtslosen Gelärms verlangen. Vor allem nahm sich der Dürerbund der Lärmschutzbewegung an.

Professor Ferdinand Avennarius schrieb im „Kunstwart“ wiederholt zu ihren Gunsten. Schriftsteller wie Dr. Franz Blei stellten die Reize feiner Stilkunst bereitwillig in Dienst unseres praktischen Ziels. Hans Pfitzner, der Komponist, Paul Marsop, der Musikkritiker, legten öffentlich dar, daß es mit dem bisherigen Mißbrauch der Musik nicht weitergehe. Dr. Beutamüller in Baden-Baden behandelte in einer Doktordissertation die deutsche Legislatur zum Schutz des Gehörs in recht klarer, erschöpfender Weise. Ein Nervenarzt in Frankfurt a. M., Dr. Auerbach, forderte in einer medizinischen Zeitschrift ein Reichsschutzgesetz gegen Lärm. In Frankreich und England machte die Bewegung zu gleicher Zeit solche Fortschritte, daß fast täglich Dutzende ausländischer Zeitungen über neue Maßregeln eines methodischen Kampfes zugunsten von Hörnerven und Gehirn zu berichten wissen. Als ich in der Vorrede zum Heft 54 der „Grenzfragen des Nerven- und Seelenlebens“, in der oben genannten Schrift die Bildung eines internationalen Bundes mit der Devise „non clamor sed amor“ als Ziel meiner Agitation bezeichnete, glaubte ich nicht, daß schon wenige Wochen nach Erscheinen der Schrift sich fast ohne besonderes Zutun auf einige Artikel in großen Zeitungen hin ein Kreuzzug gegen Geräusch und Lärm organisieren werde. Gegenwärtig darf ich den geplanten „Lärmschutzbund“ wohl als gesicherte Tatsache bezeichnen. Es haben sich etwa 500 Männer und Frauen aller Gesellschaftsklassen und Stände zu einem Verein wider den Mißbrauch des Gehörs bereits zusammengefunden und zu einem Jahresbeitrag von 3 Mark verpflichtet. Der Verein, den ich lieber als Lärmschutzbund oder Lärmtrutzverein bezeichnet sähe, scheint unter dem Namen „Antilärmverein“ einige Volkstümlichkeit zu erlangen. Es fragt sich, welche praktischen Ziele wir uns für die nächste Zeit stellen können und wie wir mit den gegebenen Mitteln am zweckmäßigsten arbeiten sollen?

VI.

Ich mache mir keine Illusion darüber, daß direkter Einfluß auf Behörden, auf Gesetzgebung und Polizei schwer zu erlangen sein wird. Auch ist das Ideal der Lärmlosigkeit nicht eben volkstümliches Ideal. Es sind zunächst die intellektuellen, seelisch verfeinerten Schichten, denen die Streben des Lärmschutzbundes notwendig willkommen erscheinen. Es ist auch kein Zufall, daß rechtsstehende, konservative Zeitungen unsere Ideen zuerst aufgriffen, während die Presse des arbeitenden Volkes sie bereits als Übertreibung oder als Eingriff in die freie Selbstbestimmung des einzelnen zu brandmarken suchte. Gleichwohl glaube ich, daß die Schöpfung eines Bundes zur Verfeinerung deutscher Verkehrs- und Wohnsitten der ganzen Nation zugute kommt. Zahllose Menschen leiden unbewußt unter den Milliarden von Lärmreizen, die täglich unter der Schwelle der Gewußtheit perzipiert werden müssen. Ein gut Teil der reizbaren Schwäche und Nervenerschöpfung, die auf Volksschichten lastet, denen moderne Neurasthenie ur-

sprünglich vollkommen fremd war, ist dem Geräusch des heutigen Erwerb- und Verkehrslebens zuzuschreiben. . . . Wenn nun aber zunächst auf entscheidende Instanzen kein direkter Einfluß gewonnen werden könnte, so darf man doch von der bloßen Existenz, der bloßen Tatsache eines deutschen Lärmschutzbundes sich eine gewisse kulturelle Wirkung versprechen. Ich denke dabei an das Vorbild jener Vereine, die zu dem geplanten Menschen-schutzverein ein gewisses Pendant bilden, an die Geschichte des Tierschutzvereins. Es ist öffentliches Geheimnis, daß feinere Arten von Roheitsdelikten gar nicht abgestraft werden können. Sie entziehen sich zumeist der öffentlichen Kenntnis, und es sind auch keine Rechtsmittel vorhanden, keine Möglichkeiten, Roheiten und Gemeinheiten zarterer Natur paragra-phieren zu können. Gleichwohl ist seit dem Entstehen der Tierschutzvereine das Roheitsdelikt gegen Tiere viel seltener geworden. Einfach darum, weil nunmehr im Bewußtsein der Menschen eine Instanz da ist, die geflissentlich alle Tierquälerei verächtlich macht und das öffentliche Gewissen wachhält. Ganz ähnlich nun lassen sich feinere Arten von Eigentumsschädigung nicht unters Strafgesetz bringen. Die Immissionsklage gegen Lärm und Geräusch operiert mit Begriffen des Sachrechtes. Sie kann nur dann mit Erfolg anhängig gemacht werden, wenn eine nachweisbare Erwerbschädigung, ein Lucrum cessans vorliegt. Die psychologische Grobheit dieses Eigentumbegriffs kümmert nicht den Gesetzgeber. Er berücksichtigt nicht, daß der positive Kern eines Rechtes auf Eigentum ein bestimmtes seelisches Verhältnis zum Sachobjekt ist. Wer sich ein bedeutendes Kunstwerk des Museums innerlich zu eigen machte, „besitzt“ es in viel tieferem Sinne, als der Millionär, der, wenn es ihm beliebt, das Kunstwerk aufkaufen und verbrennen lassen kann. Wer mich um den Schlaf meiner Nächte, die Möglichkeit meines Wirkens und meiner Entwicklung bringt, nimmt mir weit mehr von meinem „Eigentum“, von meiner Eigentümlichkeit, als wer mir Geld raubt. Diesen verfeinerten Eigentumsdelikten gegenüber hilft aber kein Strafgesetzbuch, hilft nichts als die Macht des öffentlichen Meinens und öffentlicher Kontrolle. So wird eine Instanz, die Kulturdelikte wie das ungezügelte Lärmen öffentlich brandmarkt und verfolgt, wenn nicht eine juristische, so doch moralische Macht sein. Sodann ist nicht zu unterschätzen, daß ein großer Segen schon darin liegt, wenn Qualen und Schmerzen, die bisher im geheimen auf ohnmächtigen Existenzen lasteten oder gar den Spott und das Unverständnis der Roheit fürchten mußten, zur Aussprache erlöst und zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden. Nach den Inhalten der zahlreichen Klage- und Leidensbriefe, die an mich gelangten, muß ich fast glauben, daß für viele Menschen schon die Möglichkeit der Aussprache, das bloße Bewußtsein, daß ein Leiden von vielen geteilt und gehört wird, einen großen Trost einschließt. Es ist zudem unbedingt notwendig, daß zunächst die allmächtige „öffentliche Meinung“ gegen das wüste Getobe und Gelärme, den überlauten superlativischen Gestus unserer Anfängerkultur aufgeregt wird. Die Einwirkung auf öffentliche Instanzen, der Einfluß auf die Gesetze wird dann von selber kommen. Ich habe daher die Absicht, die Mitgliederbeiträge zunächst zur Herausgabe eines regelmäßigen Flugblattes des deutschen Lärmschutzvereins zu verwenden. Die erste Nummer dieses neuen Organs wird bereits im November dieses Jahres im Verlage der ärztlichen Rundschau (Gmetinscher Verlag) in München erscheinen. Unser Blatt führt den Titel: „Der Antirüpel (Antirowdy), Monatsblätter zur Bekämpfung von Unkultur und Lärm im deutschen Verkehr-, Handel- und Wohnwesen.“ Wir werden versuchen in

vornehmer Weise die Unvornehmheit und Würdelosigkeit unseres äußeren Lebens und seine innere Roheit zu bekämpfen. Es wird an guten und schlechten Witzeleien zu diesem Versuch nicht fehlen. Für das geplante Organ des Lärmschutzbundes wurden unter anderen schon folgende Namen in Vorschlag gebracht: „Die große Glocke“, „Cri-Cri“, „Der Schreihals“, „Das Nebelhorn“, „Der Überbrüller“, „Der Prozeßhansl“ usw. Die Organisation des Lärmschutzvereins sieht von vornherein selbständige voneinander unabhängige Ortsgruppen vor. Aus München, der Stadt der 15 000 Hunde, aus Berlin, der Hauptstadt der Frühschoppenkonzerte und Grammophone, liegen so viele Anmeldungen vor, daß jederzeit eine Ortsgruppe gebildet werden könnte. Ihr Vorstand dürfte nur aus autoritativen, im öffentlichen Leben stehenden und allgemein bekannten Persönlichkeiten zusammengesetzt sein. Die Funktion der Ortsgruppen wäre, Material über die am Ort herrschenden Lärmverhältnisse zu sammeln, durch Petitionen, Proteste, Resolutionsen auf die Lokalbehörden einzuwirken und etwa allmonatlich in einer Vorstandssitzung zu entscheiden, welche Klagefälle und Klagezuschriften dem Zentralvorstand zur Publikation im „Antirüpel“ zu übergeben sind. Wer über Lärm klagt, muß selbstverständlich mit Namen und Person für seine Klage eintreten. Nur in Fällen von weitestem vorbildlichen Interesse könnte der Lärmschutzbund durch Massenklage für sein einzelnes Mitglied eintreten. Soll das Blatt, das er herausgibt, wirksam werden, so muß es sich vorbehalten, außer positiven Vorschlägen zur Abstellung und Minderung von Lärm aus dem Kreise der Mitglieder auch Schandadreßtafeln von Instituten und Personen, die durch Geschrei und Gelärm öffentliches Ärgernis geben, zu enthalten. So müßten laute Hotels, die in keiner Weise für Ruhe ihrer Gäste sorgen, über laute mit Klavieren überfüllte Wohnhäuser, rücksichtslose Geflügelzüchter, Automobilisten, Papageienbesitzer, nächtliche Klavierspieler usw. direkt n a m h a f t gemacht werden, sobald das Ärgernis durch mindestens drei verschiedene, einwandfreie Personen bestätigt wird, die mit vollem Namen für die Folgen ihrer Angaben eintreten wollen. Kommt es dann in solchen Fällen zu gerichtlichen Klagen, so kann das dem Bunde nur recht sein, da er ja darauf ausgehen muß, Präzedenzfälle für eine Reform der Lärmschutzgesetzgebung zu schaffen, denn sein letztes Ziel bleibt ein Reichsschutzgesetz gegen unnötigen Lärm. Es haben sich bereits einige Hausbesitzer bei uns gemeldet, die bereit sind nur solche Mieter bei sich aufzunehmen, die Mitglieder des deutschen Lärmschutzverbandes werden. Ich will nun das Schlimmste annehmen, daß alle unsere Agitationen wirkungslos verpuffen und daß sich überall deutsche Behörden zu der Überzeugung bekennen, die nach Erscheinen der oben erwähnten Schrift aus dem Berliner Polizeipräsidium geäußert wurde, daß „hygienische Fürsorge für die Hörnerven keine polizeiliche Funktion sei“. In diesem Falle bliebe uns für ein gutes Ziel, dem wir mit den lautersten Waffen dienen möchten, immer noch das schlimme homöopathische Rezept. Wir wollen lieber Hammer als Amboß sein. Wir veranstalten alle die erlaubten, quälenden Geräusche s e l b e r. Wir musizieren selber bei offenen Fenstern, wir singen nächtliche Arien in Hotels, in denen während der Nacht doch nicht an Schlafen zu denken ist, wir reden und betätigen uns in Trambahnen und Eisenbahncoups noch viel l a u t e r als unsere rücksichtslosen Mitmenschen und geben so, ein- oder zweitausend zum Kampf um unser Recht auf Stille, entschlossene Männer und Frauen, einer Umwelt die uns und unsere feinsten seelischen Möglichkeiten zu erdrücken sucht, täglich eine grimmige Lektion.

VII.

„Was mich in dieser Welt am meisten gequält hat,
 Das war ihre entsetzliche Fülle von Geräuschen,
 Alle dieses gräßliche Geräusch, den lieben langen Tag lang,
 Alle das Getöse, das Gott und seine Geschöpfe höhnt;
 Es ist wahrhaft eine Erfindung des Teufels.“

Dieser ewige Stoßseufzer Carlyles muß endlich verstummen! Ich möchte auch mit diesen Zeilen **w e r b e n**, dringend **w e r b e n**. Alle, Männer wie Frauen, denen diese Zeilen zu Gesicht kommen und die irgendein Interesse am Zustandekommen des deutschen Lärmschutzbundes und seines „Antirüfels“ haben, sind dringend gebeten, ihren Namen und Adresse auf einer Postkarte mitzuteilen. Jeder, der von solchen Bestrebungen liest, denkt in der Regel: Was kommt auf mich an? Was kann ich als einzelner der guten Sache nützen? Jeder wartet auf andere, die ein wertvolles Ziel erreichen helfen, und begnügt sich für seine Person mit der üblichen wohlwollenden Neutralität. Die großen Namen, die großen Tiere, die jeweiligen Modeführer und Autoritäten insbesondere wenden sich der neuen Sache immer zu, wenn sie ihr Wohlwollen nicht mehr nötig hat, dann gestattet ein wohlwollender Platonismus „auch von meinem Namen Gebrauch zu machen“. Aber nicht das Fertige, Gewordene, sondern das Werdende und noch Ringende hat Mithilfe und Begeisterung nötig. Darum sollte niemand versäumen moralisch zu helfen, wo jedes einzelnen Mithilfe nottut. Das provisorische Bureau des Lärmschutzbundes befindet sich in München, Franz-Joseph-Straße 13. Sein Vorstand ist der Nervenarzt Dr. med. Ludwig. Dorthin können Mitgliedanmeldungen geschickt werden. Der Jahresbeitrag ist als Mindestbeitrag 3 Mark, dafür sollen die monatlich erscheinenden Lärmschutzblätter den Mitgliedern geliefert werden. An Volksbibliotheken, Lesehallen, soziale Vereine werden sie umsonst geschickt. Im Spätherbst wird die konstituierende Versammlung stattfinden, an der hervorragende Juristen und Neurologen, vielleicht auch Mrs. J. L. Rice, die Führerin der amerikanischen Lärmschutzbewegung sich beteiligen werden. Wer irgend unter Lärmplage leidet, unter Singen, Klavierspielen, Bettenklopfen, Türeenschlagen, Peitschenknallen, Wagengerassel, Trambahnlärm, Maschinenlärm, Automobilärm usw., der versäume nicht, sich sogleich zur Mitgliedschaft anzumelden.

CHRONIK

Ein australischer Versuch zur Lösung der Arbeitslosigkeit. In allen modernen Industrieländern steht das Problem der Arbeitslosigkeit nur allzu oft im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Jede Krise der Industrie bringt für die Arbeiterschaft diese schlimmste Züchtigung ihrer selbst und ihrer Familien mit sich, und keine

Abhilfe scheint im Rahmen unserer Wirtschaftsordnung möglich. Die Arbeitslosigkeit erscheint dem wissenschaftlich geschulten Auge als besonders charakteristisches, notwendiges Merkmal der industriellen Anarchie, in der wir leben. Alle Versuche, die man in Europa zur Ausrottung des Übels unternommen, sind gescheitert. Die französischen National-Werkstätten

des Jahres 1848 vor allem haben ein klägliches Ende gefunden. „Das Recht auf Arbeit“ wurde überall, auch in den Kreisen der Arbeiterschaft selbst, mehr und mehr als eine utopische Forderung angesehen.

Demgegenüber ist es interessant, daß die junge industrielle Demokratie, die sich in Australien entwickelt hat, auch an dies unlösbarste aller sozialen Probleme mit keckem Griff herangetreten ist und mit hoffnungsfrohem Wagemut seine Lösung versucht hat. Das „Recht auf Arbeit“ wurde allerdings niemals in formeller Weise den australischen Arbeitern zuerkannt, dennoch aber ist dasselbe im Laufe der Jahrzehnte zu einem Gewohnheitsrecht des australischen Proletariats geworden. So oft eine Stokung in der industriellen Tätigkeit einsetzt, wenden sich seine Führer an die Regierung, und diese erachtet sich verpflichtet, durch Veranstaltung von öffentlichen Arbeiten ihr Möglichstes zur Beschäftigung der brotlosen Arbeiter zu tun. Das wichtigste Hilfsmittel freilich, das ihr zu Gebote steht, ist ein anderes.

Sie vereinigt die beschäftigungslosen Arbeiter zu kleinen Gruppen und weist jeder derselben ein Stück unbebauten, dem Staat gehörigen Landes im Innern an. Die betreffende Arbeitergruppe organisiert sich als eine landwirtschaftliche Produktivgenossenschaft, erhält von der Regierung Saatgut und Hilfsmittel zur Erbauung eines genossenschaftlichen Dorfes und beginnt den landwirtschaftlichen Betrieb. Die Erfolge sind recht günstige, nur kommt es naturgemäß bei Wiederkehr günstiger Industrieverhältnisse allzu häufig vor, daß die Genossenschafter in die Städte zurückkehren und ihre alte, liebgewordene Betätigung wieder aufnehmen, den ungewohnten Landbau verlassend. Immerhin ist auch in solchen Fällen des Nichtweiterbestandes der

genossenschaftlichen Siedelung deren unmittelbarer Zweck erreicht, die momentane Periode der Arbeitslosigkeit überwunden.

Zu bedenken ist nun, daß auch dieses australische Experiment nicht etwa einen Beweis der Lösbarkeit des Problems der Arbeitslosigkeit auf dem Boden unserer Wirtschaftsordnung darstellt; denn eben das Vorgehen Australiens bedeutet bereits einen Schritt in den Sozialismus: planmäßiges Eingreifen der Gesellschaft in das industrielle Leben. Und so weit es die Ideen einer sozialistischen Wirtschaftsordnung verwirklicht, tritt es aus dem Boden der Gegenwart heraus und wird ihrer ungelösten Probleme ledig.



Überproduktion und Forderung der Arbeitszeitverkürzung in der Baumwollindustrie.

Ein internationaler Kongreß der Baumwollindustrie wurde vor wenigen Wochen in Paris abgehalten und hat mehrere beachtenswerte Tatsachen und Tendenzen festgestellt. Zunächst zeigte sich bei den Delegierten aller Staaten der dringende Wunsch, in den Kolonien des eigenen Landes Baumwollpflanzungen zu entwickeln und so von der Lieferung des Auslandes unabhängig zu werden. Die Delegierten Frankreichs und Englands konnten auf die beginnende Realisierung ihrer Wünsche in den westafrikanischen Kolonien und den Antillen hinweisen, Deutschland auf Kamerun und Italien auf die Erytrea. Umsonst widersprachen die Delegierten Amerikas und verwiesen auf die Pflanzungen der Union, die leicht das Rohmaterial für die Industrie aller Staaten liefern könnten. Der Interessengegensatz der einzelnen Länder scheint unbeirrt hiervon zur Überproduktion des Rohstoffes und somit zum Schaden aller führen zu sollen.

Eben diese Erscheinung hat sich in der Baumwollindustrie selbst bereits ergeben. Die englischen Delegierten erklärten, daß der offenbaren Überproduktion, die auf die Preise drücke, nur durch eine bewußte und planmäßige Einschränkung der Arbeitszeit begegnet werden könne. Sie berichteten, daß die englischen Baumwollspinner bereits aus eigenem Antriebe beschlossen hätten, ihre Fabriken während der ganzen Pfingstwoche sowie an den Montagen und Samstagen der vier folgenden Wochen zu sperren. Dieselben würden eine internationale Vereinbarung in dieser Richtung freudig begrüßen.

Die Delegierten der anderen Staaten nahmen mit Interesse und Sympathie die Erklärung entgegen, konnten sich jedoch nicht auf einen Beschluß im Sinne der englischen Wünsche einigen; ja, es wurden sogar Stimmen dahin laut, daß England selbst durch die Vermehrung seiner Spindeln die Überproduktion zum Schaden der anderen Staaten herbeigeführt habe. Trotzdem wurde eine Resolution angenommen, die im Prinzip erklärte, daß die Lage der Industrie eine Herabsetzung der Arbeitszeit wünschenswert erscheinen lasse. Das Studium der näher zu ergreifenden Maßregeln wurde einer Kommission überwiesen, welche an Hand der Jahresstatistik die Jahreserzeugung und den Absatz verfolgen und Vorschläge auf Grund dieser Prüfung erstatten soll.

Es steht daher durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß bereits in kurzer Frist internationale Maßregeln zur Reduzierung der Arbeitszeit in einer wichtigen Industrie ergriffen werden; und zwar nicht auf Initiative der Arbeiter, die man stets als Träger dieses Gedankens anzusehen gewohnt war und deren Forderung des Achtstundentages stets hartnäckigem Widerstand begegnet ist, sondern auf Initiative der Unternehmerkreise selbst.

Charles Dumas, Paris.

Der erste internationale Kongreß der Käufer-Ligen. In den nächsten Tagen wird in Genf der erste internationale Kongreß der Käufer-Ligen stattfinden. Diese Bewegung hat in Amerika ihren Ausgang genommen, und man zählt in diesem Lande 63 verschiedene Vereine. Ihr Zweck ist die Bekämpfung solcher Unternehmer und Kaufleute, welche ihren Angestellten nicht jene Arbeitsbedingungen gewähren, welche von der öffentlichen Meinung als billig gefordert werden, sowie andererseits die Unterstützung solcher Arbeitgeber, welche den Anforderungen sozialer Moral entsprechen. Die Vereine verpflichten ihre Mitglieder, ihre Einkäufe nur bei solchen Firmen zu besorgen, welche in den oben genannten Hinsichten tadellos sind, und üben derart einen Druck auf die industriellen Kreise aus, jede Ausbeutung ihrer Angestellten, wie sie besonders in Zeiten der Hochsaison nur allzu häufig ist, zu vermeiden. Die Erfolge der Liga sind (wie in einem früheren Hefte dieser Zeitschrift bereits dargestellt wurde) überaus günstige, und aus Amerika hat sich die neue Idee auch auf Europa, und zwar zunächst auf Frankreich, ausgedehnt. Der in Paris gegründete Verband setzte sich zur Hauptaufgabe, die Konsumenten zu organisieren, aber nicht zur Verfolgung irgendwelcher Eigeninteressen, sondern zur Hebung des allgemeinen sozialen Milieus. Es ist ein Werk der Erziehung, das hier vollbracht wird, eine Erweckung des Gefühls der Verantwortlichkeit.

Der Genfer Kongreß soll all diese Erfahrungen der verschiedenen Länder sammeln und die beste Methode künftiger Aktionen ausarbeiten. An erster Stelle derselben steht der Vorschlag, in jeder Stadt „weiße Listen“ anzulegen, in denen die empfehlenswerten Arbeitgeber verzeichnet sind, damit die Konsumenten in erster Linie diesen ihre Aufträge zusenden.

So utopisch all dies erscheinen mag, können doch günstige Ausblicke aus der Entwicklung Australiens abgeleitet werden, wo analoge Prinzipien seit längerer Zeit überaus einflußreich geworden sind. Die Gewerkschaften besitzen dort das Recht, besondere Fabrikmarken auszugeben und sie an die Waren solcher Arbeitgeber, welche Gewerkschaftslöhne bezahlen, zu verleihen. Schwere Strafen sind auf Mißbrauch dieser Marken gesetzt; und da die Arbeiterschaft Australiens fast ausschließlich solche mit der Gewerkschaftsmarke versehene Waren kauft, so wird hiermit ein überaus starker Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt, sich die Gewerkschaftsmarken durch Gewährung guter Arbeitsbedingungen an ihre Angestellten zu erwerben. Ein analoger Vorschlag, besondere Schutzmarken an die Waren guter Arbeitgeber zu verleihen, soll auf dem Genfer Kongreß verhandelt werden, und es ist keineswegs unmöglich, daß von ihm eine ebenso wirkungsvolle Propaganda ausgehen wird, wie in Australien und Amerika.

J. Bergeron, Paris,
General-Sekretär des Collège libre
des sciences sociales.



Kunstschulen für Volksschüler. In ganz besonderer Weise wird für die Ausbildung hervorragend begabter Volksschüler in München gesorgt. So hat die Stadt eine „Zentralsingschule“ mit drei aufsteigenden Klassen eingerichtet, in die nur musikalisch besonders beanlagte Kinder aufgenommen werden. Im laufenden Schuljahre wird diese Anstalt, wie der „Frkf. Ztg.“ geschrieben wird, von 1319 Schülern und Schülerinnen besucht, die in 27 Klassen untergebracht sind. An wöchentlich zwei schulfreien Nachmittagen findet ein je 2stündiger Unterricht statt, der in stimmtechnischen und Treffübungen, hauptsächlich aber in der Einübung von

Volksliedern und ausgewählten klassischen Gesängen besteht. Neben dem einstimmigen Volksgesange wird in den oberen Klassen auch zwei- und dreistimmiger Kunstgesang gepflegt. Jährlich findet ein Konzert statt, in dem die kleinen Sänger öffentlich Proben ihres Könnens ablegen, und man kann nur mit höchster Anerkennung von ihren Leistungen sprechen. Auch richtete im Vorjahre die Münchener Schulverwaltung für außerordentlich begabte Zeichner einen Kursus ein. Die Schüler, die auf Grund einer peinlichen Prüfung zugelassen wurden, erhielten die sorgfältigste Unterweisung von Meistern der Zeichentechnik, und wenn man bedenkt, daß von den mehr als 65 000 Besuchern der Münchener Volksschulen im Vorjahre nur 16 ausgewählt wurden, und daß diese Zahl im laufenden Schuljahre sich nur um 9 vermehrte, so muß man allerdings gespannt darauf sein, zu sehen, welche Erfolge diese Schule aufweisen wird, aber noch mehr darauf, ob diese hervorragenden Kinderbegabungen auch in späteren Jahren halten, was sie in ihren oft ganz erstaunlichen Anfängen versprochen haben.



Eine Arbeitsschule für Knaben der gebildeten Kreise hat der Graf Robert Mörner bei Storsjön in Jämtland begründet. Die Anstalt ist eine zusammengesetzte Hausfließ-, Landwirtschafts- und Gartenbauschule, und ihr Zweck ist, die gebildete Jugend zur Achtung vor körperlicher Arbeit zu erziehen. Die Schule will nicht Fachleute ausbilden, sondern die Schüler zu tüchtigen Männern erziehen, die sich unter den verschiedenen Lebensverhältnissen selbst helfen können. Sie rechnet besonders auf Knaben, die den Schulunterricht aus Mangel an Lernlust oder infolge Überanstrengung aufgeben mußten, oder solche, die von vornherein zu

schwach für einen regelrechten Studiengang sind. Es ist ein alter, etwas verfallener Bauernhof angekauft worden, der mit der Zeit unter Mitwirkung der Schüler selbst instand gesetzt werden soll. Etwa 40 ha Liegenschaften nebst Garten und Viehstand gehören zur Besetzung. Hier sollen die Schüler graben, pflügen, säen und ernten, die Tiere pflegen usw. Die Schüler werden in Gruppen geteilt, die abwechselnd einen Monat bestimmte Arbeiten auszuführen haben. Einige sollen das Hauswesen besorgen, waschen, fegen, bei Tische aufwarten, während andere die Außenarbeit tun. Wenn die Knaben die Schule beziehen, sind alle Möbel in ihren Zimmern als geliehen zu betrachten; sie sollen sich nach und nach Bett, Tisch, Stühle und Schränke anfertigen. Sie erhalten hierzu umsonst Material, und wenn die Möbel fertig sind, werden sie taxiert, wonach der Schüler die Hälfte des Wertes ausbezahlt bekommt, während die andere Hälfte in eine Kasse zur Instandhaltung der Werkzeuge fließt. Es herrscht eine strenge Arbeitsordnung. Im Sommer

stehen die Jungen um 5 ½ Uhr auf, im Winter um 6 Uhr. Eine Stunde später müssen sie mit dem Ankleiden fertig sein und ihre Zimmer in Ordnung gebracht haben. Dann nehmen sie das Frühstück ein, worauf die Arbeit für die verschiedenen Gruppen um 20 Minuten vor 8 beginnt und bis 11 ½ Uhr dauert. Nach einer halben Stunde Turnen wird zu Mittag gegessen. Von 2 bis 4 Uhr arbeiten die Knaben wieder. Von 5 bis 7 Uhr werden sie in Schreiben, Rechnen und Buchführung unterwiesen; außerdem können sie auf Wunsch in anderen Fächern Unterricht erhalten. Nach dem Abendessen um 7 Uhr werden Spiele veranstaltet oder Dichtungen vorgelesen. Um 9 Uhr sollen alle zu Bett gehen. Der oberste Leiter der Anstalt ist Graf Mörner selbst; außerdem ist ein Lehrer für die Unterweisung in „Slöjd“ (Hausfleiß) und Turnen und ein landwirtschaftskundiger Mann angestellt; ferner eine Leiterin der Milchwirtschaft, eine Lehrerin für Haushaltung und eine Hausmutter. Die Schule ist bereits stark besucht.

ARBEITERBEWEGUNG

R. RIGOLA, SEKRETÄR DER GEWERKSCHAFTSKOMMISSION UND FRÜHERES MITGLIED DES ITALIENISCHEN PARLAMENTS, ROM: DIE LEHREN DES GENERALSTREIKS VON PARMA.



ER Agrarstreik in der norditalienischen Provinz Parma verdient sowohl wegen seiner Ausdehnung und Dauer als auch wegen der besonderen Kräfte und Gegensätze, die bei ihm in Erscheinung traten, besondere Beachtung. Die Provinz besitzt einen der leidenschaftlichsten Volkscharaktere Italiens und ist seit langen Jahren stets wieder Schauplatz revolutionärer Ereignisse gewesen. In den Befreiungskriegen

gegen die österreichische und päpstliche Herrschaft stand sie in vorderster Linie; im Jahre 1896 griff man gegen die reaktionäre Regierung Crispis neuerdings zu den Waffen, und als die sozialistischen Ideen ihren Einzug in Italien hielten, war es wiederum ein Wahlbezirk der Provinz, welcher den ersten sozialistischen Deputierten, Dr. Musini ins Parlament entsendete. In all dem kommt der enthusiastische Charakter der Bevölkerung zum Ausdruck, die sich jeder neuen generösen Idee opfermutig hingibt. Eine besondere Nuance gewinnt diese Psychologie aber dadurch, daß die Bevölkerung der Provinz vorwiegend nicht aus städtischen, sondern aus ländlichen Arbeitern besteht, die fast zur Hälfte des Lesens und Schreibens unkundig sind, und nicht sowohl gedanklichen, bewußten, sondern vielmehr rein gefühlsmäßigen Regungen folgen. Die Seele des Bauern und ländlichen Arbeiters ist ja von vornherein durch das Milieu der freien Natur, in dem beide leben, mystischen Stimmungen zugänglich, und eben diese kommen in den politischen Handlungen der Parmesaner Bevölkerung in ihrem leidenschaftlichen Eintreten für ferne Zukunftsziele klar zum Ausdruck.

Nicht lange begnügte man sich in Parma mit der Hingabe an den politischen, parlamentarischen Sozialismus. Die neuen syndikalistischen Ideen vom revolutionären Generalstreik, dem Bezwiner der kapitalistischen Gesellschaft, gewannen rasch Boden; und ein von den Syndikalistern erfolgreich geführter Streik des Jahres 1907 gab diesen vollends die ganze Landarbeiterschaft des Bezirks zu eigen. Die Provinz trat zur Arbeiterbewegung des übrigen Königreichs in Gegensatz, schloß sich von der sozialistischen Partei und der Vereinigung der Gewerkschaften aus, begründete in gewissem Sinne neuerdings die soziale Individualität des ehemaligen Herzogtums, ward wieder eine Welt für sich.

In diesem Jahre sollte es nach Wunsch der syndikalistischen Führer zu einem entscheidenden Schlage kommen. Die Organisation war, ihrer Auffassung nach, eine vorzügliche und alle Bedingungen des Erfolges waren gegeben, wenn der Streik in der Erntezeit, wo Arbeitskräfte überaus schwer zu erlangen sind, ausbrach. Die Grundbesitzer der Provinz, reich und vorausschauend, ließen die Dinge jedoch nicht so ruhig an sich herankommen. Sie vereinigten sich zu einer „Agrarischen Liga“, und beschlossen, dem Streik eventuell durch die Aussperrung der Arbeiter zu begegnen. Durch ein System von Wechsell, die bei Abfall von der Verbindung zahlbar werden sollten, ketteten sie sich noch enger aneinander.

Im Jahre 1907 war zwischen beiden Parteien ein Tarifvertrag zustande gekommen. Eine Differenz in der Interpretation dieses Tarifes war nicht sowohl der Anlaß als vielmehr der Vorwand für die Erklärung des Generalstreiks. Ein Haupttrumpf in den Händen der Arbeiterschaft war die Drohung, den Abtransport des Viehs aus der Streikzone gewaltsam zu verhindern. Demgegenüber beschloß die Agrarliga, 1000 freie Arbeiter anzuwerben, um diese Viehtransporte zu begleiten, sie bewaffnete diese mit Feuerwaffen zu ihrem Schutze, und zur Verteidigung des Viehs. Einige Grundbesitzer verkauften die Tiere, andere sandten sie zu den Landbesitzern der benachbarten Provinzen. Die Streikenden machten tatsächlich einen bewaffneten Angriff auf die Transporte, die Frauen warfen sich zur Erde, um deren Passieren zu verhindern. Die freien Arbeiter, von den Landbesitzern geworben, eröffneten daraufhin das Feuer, Soldatenabteilungen, wie deren zahlreich in der Streikzone postiert waren, griffen zu ihrer Unterstützung ein, und die Streikenden wurden in die Flucht getrieben.

Seit diesem ersten Mißerfolge bewaffneten Vorgehens kehrte die Arbeiterschaft wieder zu ruhigerer Kampfweise zurück; auch die sozialistische Partei und die Gewerkschaftskommission, wenngleich nicht einverstanden mit der Politik der syndikalistischen Führer, griffen doch aus Mitgefühl für die streikenden Arbeiter in den Kampf ein. Ein Hilfskomitee wurde gegründet, Gelder wurden im ganzen Königreiche gesammelt; zahlreiche Familien erbieten sich, die Kinder der Streikenden unentgeltlich bei sich aufzunehmen.

So dauerte der Streik bereits 50 Tage, als am 19. Juni die revolutionäre Leidenschaft neuerdings zum Ausbruch kam. In der Provinz zirkulierten die Gerüchte vom Abfall zahlreicher Streikender, die Führer der Bewegung dementierten dieselben und fügten hinzu, daß auch nur wenige von den Besitzern angeworbene freie Arbeiter vorhanden seien. Diese letzte Behauptung stand allerdings im offenen Widerspruch mit bekannten Tatsachen, und das Volk glaubte nicht daran, sondern schritt ans Werk, die Streikbrecher gewaltsam zurückzutreiben. Am 19. Juni sollten 300 bis 400 derselben am Bahnhof der Stadt Parma anlangen. Große Menschenmassen stauten sich in dessen Umgebung, um den Erwarteten einen bösen Empfang zu bereiten. Truppen beschützten dieselben, Kavallerie griff ein, das Volk wich zuerst zurück, schritt dann neuerdings zum Angriff; die alten revolutionären Traditionen der Stadt lebten wieder auf. Barrikaden wurden errichtet, das Pflaster aufgerissen, Gewehrschüsse in den Straßen abgegeben. Mehrere Gendarmen wurden verletzt. Einen Augenblick hätte man meinen sollen, daß dies wirkliche, wahrhafte Revolution sei, doch es war bloß Schein, denn die Massen des Volkes waren unbewaffnet.

So konnte kein ernsthafter Widerstand geleistet werden; die Arbeitsbörse wurde von den Truppen besetzt, das Streikkomitee verhaftet, und nur sein Führer A. Deambris rettete sich nach der Schweiz.....

Seither wurde die Arbeitsbörse den Arbeitern wieder dank dem raschen Eingreifen der sozialistischen Deputierten zurückgegeben. Die politische Organisation des Proletariats verhütete die schlimmsten Folgen, die durch das Eingreifen des revolutionären Syndikalismus heraufbeschworen waren.

Trotzdem aber bleibt es wahr, daß sich die praktischen Resultate des Generalstreiks für die Arbeiterschaft durchaus auf nichts reduzieren. Der Streik brach zusammen; die agrarische Liga hat gesiegt..... Für Freunde moderner sozialer Dramen, die sich im Leben und auf der Straße abspielen, mag Generalstreik und Barrikadenbau zu Parma ein interessantes und bedeutsames Schauspiel abgegeben haben. Für den wahren Freund der Arbeitersache war es ein trauriges Bild. Nur ein Gutes mögen die Ereignisse gehabt haben: Sie zeigen an Hand der Realität des Lebens, daß die Träume des Syndikalismus noch weit von der Erfüllung entfernt sind, und daß die Erkämpfung der Arbeiterforderungen in weit zweckmäßigerer Weise durch die bewährte Verbindung politischer und gewerkschaftlicher Agitation mit gesetzlichen Mitteln zu erreichen ist. Wenn die Arbeiterschaft Italiens dies begreift und sich von Illusionen abwendet, die bei aller menschlichen und poetischen Schönheit doch nur zu verderblichen Rückschlägen führen können, wenn sie neuerdings zu der nüchternen Arbeit langsamer Vorbahnung des fernen Endziels zurückkehrt, dann werden auch die traurigen Tage von Parma für die Arbeiter Italiens und des Auslandes nicht vergeblich gewesen sein.



ROMAN STRELTZOW, BERLIN: DIE INTERNATIONALEN BEZIEHUNGEN DES MODERNEN PROLETARIATS.



DER internationale Charakter des modernen Kapitalismus ruft naturgemäß die Notwendigkeit einer internationalen Aktion des Proletariats hervor. Der politischen und wirtschaftlichen Übermacht des Unternehmertums sucht das Proletariat die Einheit seines Willens entgegenzustellen.

Die ersten internationalen Regungen der modernen Arbeiterklasse sind ziemlich längeren Datums. Schon in den dreißiger Jahren konnte man die ersten Ansätze zu einer internationalen Arbeiterorganisation beobachten. Mit dem Wachstum des Kapitalismus wuchs auch der internationale Zusammenschluß der Arbeiter immer mehr.

Sieht man von dem „Bund der Gerechten“ bzw. dem „Bund der Kommunisten“ hinweg, so war die berühmte „Internationale Arbeiterorganisation“ der erste größere Versuch eine internationale Verbindung der modernen Arbeiter, und zwar auf zentralistischer Grundlage, zu schaffen. Der Versuch ist bekanntlich mißlungen. Nach zwölfjährigem (1864—1876) Bestehen wurde die „Internationale“ aufgelöst.

Mit der Auflösung dieser Organisation endete die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern durchaus nicht. Gerade umgekehrt. Die nationalen Arbeiterverbindungen nahmen immer mehr an Umfang und Bedeutung zu und bald wurden sie überall zu beachtenswerten Machtfaktoren, mit denen die Regierungen wie die Unternehmer rechnen mußten. Je stärker die einzelnen Organisationen in ihren Ländern Wurzel faßten, desto größer wurde überall das Bedürfnis, die alten internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Im Jahre 1889 wurde dieses Bedürfnis befriedigt: in Paris fand der erste Kongreß der neuen Arbeiterinternationale statt. Seit diesem Kongreß haben die internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse mehr keine Unterbrechungen erfahren. Vielmehr haben sie sich auf immer neuere Gebiete ausgedehnt.

Momentan existieren internationale Beziehungen auf: 1. allgemein-sozialistischem, 2. parlamentarischem, 3. gewerkschaftlichem und 4. genossenschaftlichem Gebiete. Außerdem existiert die internationale Organisation der arbeitenden Jugend und im vorigen Jahre wurde die Grundlage einer anarchistischen Internationale beschlossen, die man wohl auch den Organisationen des Proletariats zurechnen muß. Die älteste wenn auch nicht am meisten ausgebreitetste internationale Organisation ist diejenige, die ich als allgemein-sozialistische bezeichnen möchte. Sie ist, wie schon erwähnt, im Jahre 1889 entstanden und hat bis jetzt sieben Kongresse abgehalten, und zwar in Paris (1889), Bruxelles (1891), Zürich (1893), London (1896), Paris (1900), Amsterdam (1904) und Stuttgart (1907). Sie umfaßt 28 Einzelorganisationen, die sich auf folgende 26 Länder verteilen: Argentina, Australien, Belgien, Böhmen, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Holland, Japan, Italien, Norwegen, Österreich, Polen (zwei Organisationen), Rumänien, Rußland (2), Schweden, Schweiz, Spanien, Serbien, Südafrika, Ungarn, Vereinigte Staaten von Amerika. In die Organisation werden nur diejenigen sozialistischen Landesparteien aufgenommen, welche auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen und die parlamentarische

Aktion anerkennen. Die anarchistischen und christlichen Sozialisten sind somit ausgeschlossen. Die Beschlüsse werden nach der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt, die Stimmen werden nach Nationen abgegeben. Die Stimmenzahl, über die jede Nation verfügt, wird nach der Bedeutung und Stärke der jeweiligen Organisation bemessen. So erhalten die Deutschen, Österreicher, Russen je 20 Stimmen, während die Holländer 12 und die Spanier sogar nur 6. In den Beschlüssen der sozialistischen Kongresse kommt im allgemeinen die Meinung der wichtigsten Organisationen zum Ausdruck.

Das Arbeitsfeld der sozialistischen Kongresse umfaßt alle Fragen, die irgendwie das Leben und den Kampf der Arbeiterklasse berühren. Alle Probleme des Arbeiterschutzes, die Frauenfrage, Abschaffung des stehenden Heeres, die Agrarfrage, Erziehung und körperliche Entwicklung der Jugend, Kolonialpolitik, Trusts- und Kartellwesen, Kommunalpolitik, Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen, Auswanderung und Einwanderung — all diese und noch eine Anzahl anderer Probleme werden auf den sozialistischen Zusammenkünften verhandelt. Die gefaßten Beschlüsse können selbstverständlich nur ganz allgemeiner Natur sein und zeigen nur die Richtlinien, nach welchen die praktische Aktion der nationalen Parteien sich richten muß. Es sind keine Direktiven, keine Anordnungen, die man sofort zu erfüllen hat, sondern meistens Prinzipienerklärungen, die der praktischen Aktion zugrunde gelegt werden sollen. Nur der Beschluß betr. der Begehung der Maifeier kann als eine Aufforderung zur unmittelbaren Handlung angesehen werden, aber auch da liegt die letzte Entscheidung bei den einzelnen Parteien, nicht aber bei dem Kongreß selbst. Die jetzige Internationale wird also nicht von einem Zentrum geleitet, die Selbständigkeit der nationalen Organisationen wird fast gar nicht angetastet.

Die Kongresse sind nicht das einzige Band, welches die Sozialisten aller Länder verbindet. Für die laufenden Geschäfte existiert ein „Internationales sozialistisches Bureau“, welches von den Kongressen eingesetzt wird. Das „Bureau“ besteht aus Vertretern einzelner Parteien; jede Partei entsendet je zwei Delegierte. Das Sekretariat dieses Büros befindet sich zurzeit in Bruxelles, seine Tätigkeit besteht in Erteilung verschiedener Art Auskunft und in Vermittlung zwischen den einzelnen Parteien. In besonderen Fällen tritt das Bureau mit Protesten und anderen Kundgebungen auf. So protestierte es gegen die Auslieferung russischer Emigranten sowie gegen die terroristische Politik des mexikanischen Präsidenten Diaz, die sich hauptsächlich gegen die dortigen Liberalen richtet. Das Bureau vertritt somit nicht nur die Interessen der Arbeiterklasse, sondern der gesamten Demokratie.

Für die rein parlamentarischen Interessen des internationalen Sozialismus ist im Jahre 1904 eine interparlamentarische Kommission gebildet, deren Sekretär gleichzeitig der Sekretär des Bureaus ist. Zweck dieses Instituts — einheitliche Aktionen in den verschiedenen Parlamenten zu ermöglichen. —

Wenn die allgemein-sozialistischen Beziehungen des Proletariats älteren Ursprungs und allumfassend sind, so kommt den gewerkschaftlichen eine größere praktische Bedeutung zu. Bei den Gewerkschaften handelt es sich nicht um Aufstellung mehr oder weniger theoretischer Prinzipien, sondern um Schaffung gewisser Regeln, die sofort in die Tat umgesetzt werden sollen. Die gewerkschaftlichen Beziehungen sind deshalb viel mehr ausgebaut, als die allgemein-sozialistischen und bedeutend komplizierter.

Die internationale Verbindung unter den Gewerkschaften hat zwei Formen. Zunächst existiert eine Vereinigung der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die mehr als 5 Millionen Mitglieder umfassen. Dieser Verbindung haben sich bisher folgende Länder angeschlossen: Großbritannien, Niederlande, Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Schweiz, Bulgarien, Frankreich, Spanien, Serbien, Viktoria (Australien). Die laufenden Geschäfte besorgt der internationale Sekretär (z. Z. der Reichstagsabgeordnete C. Legien), alle zwei Jahre finden Konferenzen der Delegierten (von jeder Landeszentrale höchstens zwei Vertreter) statt. Die Aufgaben dieser Konferenzen wurden in einer Resolution folgendermaßen bestimmt: „Aufgabe der Konferenz ist zu beraten über den engeren Zusammenschluß der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschafts-Statistiken, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehenden Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Taktik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.“ Die Protokolle dieser Konferenzen bilden ein wertvolles Material zur Kenntnis der Arbeiterbewegung, ebenso die „internationalen Berichte“, die jährlich vom internationalen Sekretär herausgegeben werden. Finanziell leistet die Verbindung vorläufig nicht besonders viel. So wurden im Jahre 1907 (1906?) an Unterstützungsgeldern insgesamt 57 667 M. zusammengebracht, die unter den Streikenden bzw. Ausgesperrten in Rußland, Belgien, Bulgarien und Norwegen verteilt wurden. Bei der Beurteilung dieser Summe muß man aber in Betracht ziehen, daß außer der Internationale der gewerkschaftlichen Landeszentralen noch mehrere internationale Verbindungen nach Berufen existieren, die ihrerseits mit der Unterstützung ihrer Mitglieder sich befassen. Nach dem letzten Bericht sind in solche internationale Berufsorganisationen folgende Berufe vereinigt: Bäcker, Bergarbeiter, Bildhauer, Brauer, Buchdrucker, Eisenbahner, Handels-Transportarbeiter, Hafenarbeiter, Maschinisten, Seeleute, Fabrikarbeiter, Friseurgehilfen, Gemeindearbeiter, Handlungsgehilfen, Handschuhmacher, Holzarbeiter, Hutarbeiter, Kürschner, Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe, Maurer, Metallarbeiter, Porzellanarbeiter, Schuhmacher, Schneider, Steinarbeiter, Steinsetzer, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer, Sattler und verwandte Berufe.

Der Zweck all dieser internationalen Verbände ergibt sich von selbst. Die ständig fluktuierenden Arbeitermassen, die bald in diesem bald in jenem Lande sich nach Beschäftigung umsehen, bedürfen der materiellen und moralischen Unterstützung; die örtlichen Organisationen dagegen brauchen bei ihren Kämpfen oft den Zuzug der Ausländer fernzuhalten. Auf diesem Gebiete erwächst eine Reihe von Aufgaben, die nur die internationalen Verbindungen zu lösen imstande sind. Außerdem sind die internationalen Gewerkschaften bestrebt, einheitliche gesetzliche Regulierungen der Arbeitszeit, Herbeiführung eines Minimallohnes usw. durchzuführen.

Die Verschiedenheit der Berufe führt naturgemäß auch eine Verschiedenheit in der Qualität der Organisation herbei. Die mustergültige Verbindung der Buchdrucker steht an der Spitze, gute Organisationen haben die Transport-Berg- und Textilarbeiter.

Auf genossenschaftlichem Gebiet haben die internationalen Beziehungen des Proletariats einen ganz anderen Charakter. Hier treten sie

nicht nur mit ausgesprochen proletarischen und sozialistischen Vereinen, sondern auch mit bürgerlichen, bäuerlichen, christlichen usw. Verbänden zusammen. Doch ist zu erwarten, daß in Zukunft eine Differenzierung hier unausbleiblich werden wird. Sobald die proletarische Genossenschaftsbewegung in den einzelnen Ländern festere Wurzel fassen wird, wird auch das Bedürfnis wach, sich von den anderen zu trennen und eine selbständige internationale Verbindung zu gründen. Vorläufig sind die Genossenschaften aber nicht so weit, obwohl hie und da (England, Belgien, Deutschland) schon ziemlich große Fortschritte gemacht wurden.

Die Internationale Organisation der sozialistischen Jugend ist ganz jungen Datums. Sie wurde erst im vorigen Jahre gegründet. Ihr gehören 16 Länder an, in denen etwa 60 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert sind. Die größte Zahl der organisierten Jugend befindet sich in Schweden (17 000) und dann in Belgien (13 000). Diesen Ländern folgt Deutschland mit 6800; Italien 5000; Deutsch-Österreich 4200; Böhmen 3500; Großbritannien 3200; Dänemark 1400; Spanien 1200; Bulgarien 900; Norwegen 800; Ungarn 700; Frankreich 500; Niederlande 450; Schweiz 325; Finnland 250. Entsprechend den in jedem Lande verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und parteipolitischen Verhältnissen nimmt die sozialistische Organisation der arbeitenden Jugend die verschiedensten Formen an. So streben sie in Holland und England nur Bildungswesen an, in Österreich Bildungs- und Lehrlingsschutz, in Belgien Bildung und Antimilitarismus, während in Böhmen Bildung, Antimilitarismus und Lehrlingsschutz zugleich. Im allgemeinen ist eine langsam fortschreitende Tendenz bemerkbar, die alle sozialistischen Jugendorganisationen dem letzten Typus näher bringen, wo Bildung, Antimilitarismus und Lehrlingsschutz zugleich angestrebt werden.

Wie die Jugendorganisation ist auch die anarchistische Internationale erst im vorigen Jahre gegründet. Die Grundlagen der Organisation sind in folgender Resolution festgelegt: „Die „Libertäre kommunistische Internationale“ setzt sich zusammen aus den bereits vorhandenen Gruppen und Organisationen, sowie aus den einzelnen Genossen, die sich ihr anschließen. Die der Internationale angeschlossenen einzelnen Kameraden, sowie die Föderationen und Gruppen bleiben autonom. — Es wird ein internationales Bureau errichtet. Dieses Bureau wird gebildet von fünf Delegierten. Das Bureau hat sich mit den Genossen aller Länder in Verbindung zu setzen, sei es direkt, sei es durch Vermittlung von drei Kameraden, die von den Föderationen, Gruppen und Einzelgenossen jedes Landes gewählt werden. Die Einzelgenossen, welche sich der Internationale anschließen wollen, müssen entweder durch das Bureau oder durch eine Organisation oder durch dem Bureau bekannte Genossen identifiziert werden. Die Kosten dieses Korrespondenzbureaus, sowie eines mit diesen zu verbindenden internationalen Archivs, werden durch Beiträge der an die Internationale angeschlossenen Föderationen, Gruppen und Einzelgenossen aufgebracht.“ Welche Zwecke diese Organisation verfolgt, wird wohl ohnehin bekannt sein.

Die flüchtige Übersicht, die wir hier von den mannigfachen internationalen Beziehungen der heutigen Arbeiter geben, vermag nicht die ganze Fülle des frisch pulsierenden internationalen Verkehrs des Proletariats darzustellen. Immerhin genügen schon die mitgeteilten Angaben, um einen Hauch von der großen kulturellen Bedeutung der proletarischen internationalen Vereinigungen zu verspüren. Millionen und aber Millionen der erwachsenen, reifen, werk-

tätigen Mitglieder der verschiedensten Völker verbinden sich zu gemeinsamen Zwecken, zum allgemeinen Nutzen, zur brüderlichen Mitarbeit und Mithilfe. Die trennenden nationalen, religiösen und staatlichen Schranken fallen, um dem einigenden Band der Arbeit Platz zu machen. Der kulturfreundliche Nationalitätenhaß verwandelt sich in Gefühle der Kameradschaftlichkeit, die die beste Bürgschaft für den internationalen Frieden bieten. Sieht man sich diese Bewegung an, so verschwinden alle Zweifel an dem Fortschritt der Menschheit.



MANUEL UGARTE, EH. BUENOS AIRES: ANFÄNGE DER ARBEITERBEWEGUNG IN SÜDAMERIKA.



ALLMÄHLICH füllen sich die weiten Landstrecken Südamerikas, besonders der gemäßigte Süden des Kontinents, mit europäischen Einwanderern, eine moderne Großindustrie erwächst in den Städten von Argentinien und Chile und damit hält auch der moderne Sozialismus daselbst seinen Einzug. Die Arbeiter, welche ihre europäische Heimat wegen niedriger Löhne und quälender Arbeitslosigkeit verlassen hatten, brachten die seelische Disposition zur Empörung gegen die Ungunst der sozialen Ordnung mit sich, und die Söhne der Kreolen, die allmählich auch zu Industriearbeitern werden, entwickeln sich unter dem Einfluß der Ankommenden in der gleichen politischen Richtung.

So wuchs in Chile in den letzten Jahren eine starke demokratische Partei mit scharf ausgeprägten sozialistischen Neigungen heran, in Mexiko kam es zu revolutionären Bewegungen im industriellen Norden des Landes, ja selbst in Brasilien und Peru zu Streikbewegungen in den Küstenstädten. Stärker und bewußter aber als in all diesen Ländern ist die Arbeiterbewegung in Argentinien, das in seinem machtvollen, ökonomischen Aufschwunge, der starken industriellen Konzentrierung in seiner Millionenstadt Buenos Aires, den Industrielandschaften Nordamerikas und Europas näherkommt als irgendein anderes Land Südamerikas.

Die erste sozialistische Organisation von Buenos-Aires wurde am 1. Januar 1882 von 2 deutschen Arbeitern Nocke und Mücke begründet. Sie gaben ihr den Namen „Vorwärts“. 13 Mitglieder waren es zunächst, aber allmählich breitete sich die Bewegung aus. Im Jahre 1886 konnte der „Vorwärts“ das Haus, in dem seine Sitzungsräume untergebracht waren, käuflich erwerben, und eine Wochenschrift, gleichfalls „Vorwärts“ genannt, begründen. Eine Sektion zur Ausübung dramatischer Kunst schloß sich ihm an, ebenso eine Bäckereigenossenschaft. Der Sozialismus, wie man ihn aus der alten Heimat mit herübergenommen hatte, galt eben als ein traditionelles Band, das alle seine Gläubigen, die zugleich Landsleute waren, zu einer engen Gemeinde inmitten des Lebens der Großstadt Buenos Aires zusammenschloß, und allen geistigen Energien im Rahmen seiner Organisationen freien Spielraum bot. Im Jahre 1890 erließ der „Vorwärts“ ein Manifest an die Arbeiterschaft, eine Agitation zugunsten erleichterter Naturalisierung der Fremden einzuleiten. Eine große Volksversammlung, an der 3000 Arbeiter teilnahmen, sprach sich in diesem Sinne aus und die Einbürgerung des deutschen Sozialismus im Lande, der Anschluß der einheimischen Arbeiterschaft an seine

Ideen begann mit diesem Tage. In den Provinzen wurden Zweigvereine gegründet; ein Organ in spanischer Sprache „El Obrero“ wurde ausgegeben, eine lebhaft Agitation zum Erlaß von Arbeiterschutzgesetzen eingeleitet. Im Jahre 1891 fand der erste sozialistische Parteikongreß statt, an dem sich auch starke sozialistische Gewerkschaften, die der Zimmerleute, der Buchdrucker und Bäcker beteiligten. Im Jahre 1894 wurde das Tageblatt „La Vanguardia“ unter Leitung von Dr. Juan B. Justo begründet. Auch französische und italienische Sozialistenvereine entstanden, die Studenten der Universität begründeten einen Verband gleicher Tendenz, und bald trat die Partei auch in die Wahlagitation ein. Gewiß war die erlangte Stimmenzahl anfangs sehr bescheiden, sie wuchs auch zuerst nur langsam, dann aber immer stärker. Im März 1904 erlangte die Partei in Buenos Aires... 1244 Stimmen

im März 1906..... 2156 „

im November 1906..... 3500 „

(ein Mandat in der Deputiertenkammer fiel zeitweilig in die Hände der Partei; und wird zweifelsohne bald wiedergewonnen werden)

im März 1907..... 7576 Stimmen.

Auch die Gewerkschaftsbewegung hielt mit diesem Anwachsen der politischen Einflüsse gleichen Schritt. Sie zählte im Jahre 1907 25 197 zahlende Mitglieder in Buenos Aires und besaß ein Vermögen von 320 000 Mark.

Das Beispiel der argentinischen Arbeiter wird gewiß nicht verfehlen, auch auf das Proletariat der Nachbarrepubliken anregend zu wirken; und so wie Argentinien schon heute immer mehr die ökonomische und politische Führung des Südkontinents an sich zieht, ist auch der argentinische Sozialismus als Vorposten der Arbeiterbewegung Südamerikas anzusehen.

CHRONIK

ALTERSPENSIONEN in Australien. Seit langem besitzen die australischen Staaten Viktoria und Neu-Süd-Wales ein System staatlicher Alterspensionen, während die übrigen Staaten des Bundes ein solches zurzeit noch entbehren. Seit dem Jahre 1900, in dem sich die Vereinigung aller ehemaligen Kolonien zum Staatenbunde von Australien vollzog, begann man dem Plane näherzutreten, die Alterspensionen von Bundes wegen zu erteilen und so den Bewohnern aller Staaten der Union in gleicher Weise zukommen zu lassen. Am 27. Februar 1905 wurde über Beschluß des Bundesparlamentes eine königliche

Kommission ernannt, welche die Ergebnisse der Altersversorgung in Viktoria und Neu-Süd-Wales sowie andererseits auch in Neu-Seeland studieren und auf Grund dieser Erfahrungen ein Bundesgesetz ausarbeiten sollte. Die Kommission setzte ihre Arbeiten ein Jahr lang fort und untersuchte eingehend die Verhältnisse in allen drei Staaten. Im folgenden wollen wir an Hand ihrer Findungen einen Überblick über die Erfolge australischer Altersversorgung geben.

Pensionsberechtigt sind alle Personen über 65 Jahre, sowie solche jüngere Personen, welche infolge gefährlicher und ungesunder Arbeit

vorzeitig arbeitsunfähig geworden sind. In Neu-Süd-Wales und in Neu-Seeland beträgt die Pension 10 M. pro Woche = 520 M. pro Jahr; in Viktoria 8 M. Solche Personen, welche aus andern Quellen bereits ein Einkommen beziehen, erhalten jedoch nicht den vollen Betrag der Pension; es werden vielmehr in Neu-Süd-Wales alle Einkommensbeträge, die ein Einkommen von 520 M. jährlich übersteigen, von der Pension in Abzug gebracht. Personen mit einem eigenen Einkommen unter 520 M. erhalten somit den vollen Betrag der Pension; Personen mit einem eigenen Einkommen zwischen 520 und 1040 M. soviel Pension, daß ihre Gesamteinkünfte 1040 M. pro Jahr erreichen; Personen mit einem eigenen Einkommen über 1040 M. überhaupt keine Pension. In Viktoria sind die Bestimmungen noch strenger, während in Neu-Seeland ein Einkommen von 720 M. für Bemessung der Pensionen ohne Berücksichtigung bleibt und nur bei einem höheren Einkommen der gleiche Abzug vorgenommen wird. Wenn von zwei Ehegatten beide eine Pension beziehen, dann kommen schon über einem Einkommen von 390 M. die Mehrbezüge bei der Pension in Abrechnung. Analoge Vorkehrungen sind für solche Personen getroffen, welche bewegliches oder unbewegliches Eigentum besitzen. Über einem Besitz von 300 M. beginnen die Abzüge. Die Gesamtkosten betragen für die Pensionen in:

Neu-Süd-Wales für 22 000 Pensionäre pro Jahr 10 000 000 M.;

Viktoria für 11 400 Pensionäre 4 000 000 M.;

Neu-Seeland für 11 700 Pensionäre 6 500 000 M.

Die Verteilung der Pensionen wird in Viktoria und Neu-Seeland durch die Polizei, in Neu-Süd-Wales ebenfalls durch die Polizei, jedoch mit Hinzuziehung von Armenräten vor-

genommen, und sind die Kosten der Verwaltung dementsprechend in Viktoria und Neu-Seeland sehr niedrig:

30 000 M. pro Jahr in Viktoria;

80 000 M. pro Jahr in Neu-Seeland während sie in Neu-Süd-Wales sehr hoch sind, indem sie 380 000 M. pro Jahr betragen.

Auf Grund dieser Feststellungen empfahl die Kommission die Übernahme der Alterspensionen durch den Bundesstaat und zwar im wesentlichen im Sinne der bestehenden Pensionen in Viktoria und Neu-Süd-Wales. Die Rente soll 10 M. pro Woche betragen und im Sinne der Gesetzgebung Viktorias die Verwaltung einfach und billig gestaltet werden. Die für die Alterspensionen im ganzen Bundesstaat notwendigen Beträge wurden auf 30 Millionen M. pro Jahr geschätzt. Hervorgehoben mag aus den Feststellungen der Kommission noch werden, daß die für Armenzwecke notwendigen Beträge in keinem der in Frage stehenden Staaten sehr wesentlich durch das System der Alterspensionen eingeschränkt wurden, daß vielmehr überwiegend ein anderer Kreis von Personen, die aus Stolz niemals um Aufnahme in ein Armenhaus angesucht hätten, die Pensionen aber gern annehmen und ihrer durchaus würdig sind, für sie in Frage kommen; daß eine Minderung des Spartriebes in der Bevölkerung infolge Einführung der Pensionen durchaus nicht konstatiert werden könnte; ferner eine Empfehlung der Kommission, daß die Ausfolgung von alkoholischen Getränken an Alterspensionäre unter Strafe gestellt werden solle.

Ein aufmerksamer Vergleich der geschilderten australischen Gesetzgebung mit dem soeben in England eingebrachten Gesetzesentwurf zeigt sofort, daß der letztere auf Grund des australischen Vorbildes verfaßt wurde; ein schöner Beweis der Pionierstellung dieses jungen Gemeinwesens. Auch

in England sollen genau die gleichen Pensionen pro Woche, nämlich 10 M., bezahlt, auch in England in ganz analoger Weise Abzüge für Personen, die bereits ein Einkommen aus anderen Quellen beziehen, gemacht werden, auch in England sich andererseits der Kreis der Bezugsberechtigten auf alle Klassen der Bevölkerung erstrecken; nicht bloß auf die Lohnarbeiter, wie in Deutschland, sondern auch auf die selbständige gewerbe- und landbautreibende Bevölkerung. Der einzige wesentliche Unterschied liegt in der höheren Altersgrenze des neuen englischen Gesetzes, das zunächst für Personen über 70 Jahre den Bezug der Altersrente festsetzt; immerhin wird auch diese Ungleichheit vermöge des Paragraphs im englischen Gesetze, daß die Altersgrenze Jahr für Jahr um ein Jahr ermäßigt werden soll, bis sie schließlich 65 Jahre betrage, binnen kurzem verschwinden. Sowohl England wie Australien haben die Gewährung von Alterspensionen ohne Beitragsleistung der Bezugsberechtigten gewählt, während Deutschland bekanntlich eine wahre „Versicherung“ der Arbeiter unter wesentlicher Beitragsleistung derselben durchgeführt hat und das neue französische Gesetz Beitragsleistungen seitens der Arbeiter, der Unternehmer, sowie eine Subsidie des Staates vorsieht. Für beide Systeme, sowohl für das festländische (Deutschland und Frankreich) wie auch das anglo-sächsische (England und Australien) sprechen viel Gründe. Das letztere ist das weitaus umfassendere und vom moralischen Gesichtspunkt aus gerechter. In Deutschland haben bloß die Industriearbeiter vermöge ihrer Kampforganisation und der Furcht des Bürgertums vor sozialen Krisen die Altersversicherung erlangt, die ländlichen Klassen, ebenso bedürftig, aber stiller in ihrem Verlangen, blieben unberücksichtigt. In Australien und

bald nun auch in England ziehen nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Häusler auf dem Lande und die alten Gewerbetreibenden aus dem System der Alterspensionen Vorteil; auch jene Klassen, in denen die alten Leute schlecht und recht von der jungen Generation erhalten wurden, sind in den Kreis des Gesetzes einbezogen; die demütigende und traurige Stellung des auf das Altenteil angewiesenen Greises ist beseitigt, der Schrecken des „Armenhauses“ verschwindet, an Stelle einer verachteten und sich selbst verachtenden Pfründnerklasse treten vollberechtigte Bürger. Eine viel größere Zuversicht kann so in die Herzen all derer einziehen, welche der Arbeitsunfähigkeit infolge ihres Alters entgegengehen; viel Verbitterung schwindet, und auch im System der Alterspensionen liegt gewiß einer der Gründe für den aufrichtigen Patriotismus der arbeitenden Klassen Australiens, ihre Liebe zum Gemeinwesen, das ihnen Schutz im Alter, ohne Entehrung, als ein Recht und nicht als Almosen verspricht. Da es die Gesamtheit ist, die ja von der Arbeit aller Erwerbsfähigen Nutzen gezogen, so scheint es den Australiern auch durchaus entsprechend, daß die Gesamtheit selbst als Vereinigung der noch arbeitsfähigen Generation ihren Tribut an jene, welche ihr vorgearbeitet, an die nun Arbeitsunfähigen, entrichtet und eine der verbreitetsten, unverdientesten Quellen menschlichen Elends — Not im Alter — beseitigt. Des ferneren hat das englisch-australische System gegenüber der Altersversicherung Deutschlands den Vorzug weitaus einfacherer Durchführung, geringerer Verwaltungskosten. Für das festländische System (Deutschland und Frankreich) spricht nur eines, nämlich das rein finanzielle Motiv der weitaus geringeren Inanspruchnahme staatlicher Mittel. Der enge Kreis der bezugsberechtigten

Personen, sowie deren eigene Beitragsleistung, d. i. eine Steuerbelastung einer durchaus nicht leistungsfähigen Klasse, schränken die erforderlichen staatlichen Mittel auf einen geringen Bruchteil der in Australien notwendigen Summen ein. (In England sind diese ja zunächst infolge der hohen Festsetzung der Altersgrenze noch minderbedeutend, werden aber mit deren Herabsetzung proportional ebenso bedeutend werden wie in Australien.) Es springt sofort in die Augen, warum England und Australien mehr Mittel für diese humanitären Zwecke aufbringen können als die Länder des Festlandes: Beides sind reiche Länder, und Australien insbesondere hat nicht derart hohe Beträge seines Budgets für Militärzwecke aufzuwenden wie die europäischen Staaten. Es mag daher immerhin zunächst, da die europäischen Länder die drückenden Lasten des bewaffneten Friedens zu tragen haben, nur schwer durchführbar erscheinen, ein System von Alterspensionen nach australischem Muster auch in den Staaten des europäischen Festlandes einzuführen, aber es sollte stets im Auge behalten werden, daß das System der Altersversicherung, wie es in Deutschland seit Jahren besteht und in Frankreich eben jetzt eingeführt werden soll, keineswegs eine ideale Lösung der Frage, sondern nur einen Schritt am Wege darstellt.

Rodolphe Broda.



Arbeiterklubs in England. Die heute so machtvolle Organisation der Arbeiterklubs von England wurde im Jahre 1862 gegründet. Damals zuerst begriff man, daß die Arbeiter anderer Zusammenkunftsorte bedürften als der Gasthäuser und Schenken. Eigene Initiative der Beteiligten und Unterstützung seitens bürgerlicher Philanthropen vereinten

sich, um die ersten Klubs zu gründen. Die finanziellen Anforderungen wurden zunächst im wesentlichen durch Wohltätigkeitsbeiträge gedeckt; in dem Maße aber, wie die Klubs sich ausdehnten, wurden diese Unterstützungen überflüssig. Heute decken sich alle Ausgaben durch Beisteuern der Mitglieder, und eine vollendete demokratische Organisation leitet sie.

Eine der ersten Schwierigkeiten war die Frage, ob man in den Klubs alkoholische Getränke zum Ausschank bringen sollte. Eine radikale Partei verlangte das völlige Verbot dieses Ausschankes, die Mehrheit aber entschloß sich, den einzelnen Klubs die Entscheidung freizustellen. Die so gebotene Selbstbestimmung wurde indes von den Mitgliedern keineswegs mißbraucht, und die Statistik ergibt, daß die Ausgaben für Getränke pro Mitglied und Woche nirgend 1 M. im Durchschnitt übersteigen. Tausend solcher Klubs mit über 400 000 Mitgliedern haben sich zu einer großen Union zusammengeschlossen, welche nach den strengsten Grundsätzen der Selbstverwaltung organisiert ist. Außerhalb der Union stehen noch etwa 6000 andere Klubs, von denen sich ungefähr 1200 unter konservativer Leitung befinden, etwa 1000 stehen auf demokratischer Basis, sind jedoch unabhängig von der Union. Die Union selbst steht jenseits aller religiösen und politischen Gesichtspunkte, wenngleich sie den einzelnen Klubs völlige freie politische Betätigung läßt.

In der Regel ist der Klub das soziale Zentrum seines Stadtbezirks. Häufig gibt er seine Lokalität geselligen, musikalischen oder athletischen Veranstaltungen zu freier Benutzung. Er organisiert Vortragszyklen, Diskussionen, Konzerte, Blumenausstellungen und Wohltätigkeitsfeste, er hat eigene Fonds zur Armen- und Krankenunterstützung; die Union als solche subventioniert

ein Erholungsheim an der Meeresküste für die kranken Mitglieder, eine unentgeltliche Leihbibliothek, sowie eine eigene Zeitung. Die Klubs selbst haben vieles mit den Klubs der bürgerlichen Klassen gemeinsam, wie Rauchsäle, Lesesäle, Billards usw. Die Mitglieder vereinen sich in Gruppen zu sportlicher und athletischer Betätigung, zu dramatischen Vereinigungen, Verbänden zum Gartenbau, Tanzklassen usw.; Sparkassen und politische Verbände sind den Klubs häufig angeschlossen. Die

vielgestaltige Aktivität, die überall herrscht, zeichnet sie vorteilhaft aus von jenen überaus zahlreichen Klubs der nicht arbeitenden Klassen, deren wesentlicher Daseinsgrund Trunk und Spiel bildet. Wenn die ganze Bewegung der Arbeiterklubs auch zeigt, wie sehr die Sitten der bürgerlichen Klassen in England auf das Proletariat übergegriffen haben, so gewannen doch diese Sitten im neuen Milieu eine neue Nuance, welche der Arbeiterschaft zur Ehre gereicht.

Holbrook Jackson, London.

TECHNISCHER & WISSENSCHAFTLICHER FORTSCHRITT

LÉON BOLLACK, PARIS: DAS PROBLEM DER INTERNATIONALEN HILFSSPRACHE.



IE alle andern Fortschritte des menschlichen Geistes ging auch die Frage der frei zu schaffenden Weltsprache durch die Stadien der Verspottung als Utopie, der Ungläubigkeit und der schrittweisen praktischen Einführung. Schon im 17. Jahrhundert trat Leibniz voll enthusiastischen Eifers an das Problem heran, und versuchte, eine philosophische Weltsprache auszuarbeiten. Viele nach ihm scheiterten mit gleichen Bestrebungen. Das Jahr 1839 bedeutet einen Wendepunkt dieser Entwicklung. Schipfer mit seiner Kommunikationssprache, ausgearbeitet in diesem Jahre, versuchte nicht mehr, eine Sprache frei zu erfinden, sondern Elemente der bestehenden Sprachen zu einer neuen fruchtbaren Synthese zu vereinigen. Er suchte nicht mehr, die natürliche Entwicklung des Sprachsinns zu zerbrechen, sondern vielmehr zu erfüllen. Im Jahre 1881 folgte Pastor Schleyer auf seinem Wege und schuf das Volapük, das bald weite Verbreitung gewann. Eine ganze Literatur wurde in diese künstliche Sprache übersetzt. Zeitungen in Volapük wurden herausgegeben, Lehrkurse begründet, Kongresse abgehalten. Allerdings ergaben eben diese Versuche mündlicher Verständigung viele Mängel, die in der Korrespondenz nicht zutage getreten waren. Die Zahl der Anhänger verminderte sich, viele verzweifelten an der Lösbarkeit des Problems, weil Schleyers idealer Versuch bei all seinen Vorzügen doch nicht allen Notwendigkeiten entsprach. Seine Grammatik war zu kompliziert, sein Wörterbuch veränderte zwecklos die zahlreichen, bereits heute bestehenden internationalen Ausdrücke. Trotz dieses Mißerfolges wagten sich

viele andere an das gleiche Problem heran: Steiner (1885), Eichhorn (1886), Spelin (1888), Heintzler (1893), Stempfl (1893), Marchand (1898), der Autor dieser Zeilen (1904), Molenaar (1906) und Beermann (1907). Es glaubte jeder, des Problems Lösung gefunden zu haben. Über alle hinaus aber ragt in Vorzüglichkeit der von ihm gebildeten Sprache, wie auch der Größe des äußeren Erfolges der Warschauer Arzt Dr. Zamenhof mit seinem Esperanto. Er ging von dem Plane aus, jene Sprachwurzeln festzustellen, welche in einer größtmöglichen Anzahl von Sprachen einen gegebenen Begriff darstellen. Diese Sprachwurzeln wählte er dann als Worte der Esperantosprache. Wenn z. B. derselbe Wortstamm im Französischen, Italienischen, Spanischen und Portugiesischen wiederkehrt, so wird derselbe ins Esperanto übernommen. Wenn andererseits eine Wurzel dem Deutschen, Englischen und Dänischen gemeinsam ist, und diese Sprachen zahlreicher sind als jene romanischen Sprachen, welche ein gemeinsames Wort für den bezüglichen Begriff besitzen, so wird erstere Wurzel zum Esperantowort ausgewählt. Dadurch erzielt Dr. Zamenhof, daß seine Worte stets den Mitgliedern mehrerer Nationen von vornherein verständlich sind, und die Sprache selbst von Romanen ohne weiteres, und von Deutschen und Engländern, die eine oberflächliche Kenntnis irgendeiner romanischen Sprache besitzen, ebenfalls sehr leicht verstanden wird. Im übrigen ist die Grammatik derart vereinfacht, und auch die Vokabeln selbst sind durch Einfügung von Suffixen an die Sprachwurzeln derart gebildet, daß sehr viel abgeleitete Wörter auf ein Stammwort zurückzuführen sind, und die Erlernung der Sprache selbst dem, der einer romanischen Sprache nicht mächtig ist, keineswegs schwer fällt. Andererseits wird von den Gegnern des Esperantos dargetan, daß eben diese große Anzahl zusammengesetzter Worte der Präzision der Sprache und dem klaren Ausdruck der Gedanken Abbruch tut, daß ferner die Worte derart lang seien, daß zwar nicht der Deutsche, der selbst eine sehr zusammengesetzte Sprache besitzt, wohl aber der Franzose oder Engländer mit seiner einfachen, von Ableitungen fast freien Sprache daran Anstoß nehmen könnte.

Wieder eine neue Etappe im Entwicklungsgange der Weltsprachen bedeutete die Pariser Weltausstellung des Jahres 1900. Die Schwierigkeit für die Mitglieder der damals abgehaltenen Kongresse, sich miteinander zu verständigen, legte den Gedanken nahe, eine Vereinigung zum Studium des Weltsprachenproblems zu schaffen. Dieselbe gab sich selbst folgendes Programm: eine Hilfssprache zu finden, welche zur Verständigung von Personen verschiedener Nationalität dienen solle, ohne indes die nationale Sprache für den internen Verkehr der Völker ersetzen zu wollen. Diese Sprache müsse:

1. für gesellschaftliche Beziehungen, Handelskorrespondenzen, sowie wissenschaftliche und philosophische Arbeiten ein geeignetes Mittel des Ausdrucks darbieten,
2. für Personen mittlerer Bildung, besonders der europäischen Völker leicht erlernbar sein,
3. sie dürfe nicht eine der bestehenden nationalen Sprachen sein.

Während der nächsten 7 Jahre wurde eine energische Propaganda in den verschiedenen Ländern betrieben, um den Beitritt zahlreicher Gruppen zu erlangen. Tatsächlich traten ihr 310 Vereine von Männern der Wissenschaft, Friedensfreunden, Sportsleuten, Temperenzreformern, Arbeitern usw. bei, und auf ihre Veranlassung wurde eine Petition oben genannten Inhalts von 1200 Mitgliedern europäischer Akademien und Professoren europäischer Universitäten unterzeichnet. Im Jahre 1906 trat man an die in Wien ver-

sammelte internationale Vereinigung der Akademien mit dem Antrag heran, eine der oben genannten Sprachen zu erwählen, und als internationale Hilfssprache zu erklären. Da jedoch die genannte Vereinigung der Akademien dem Wunsche nicht willfahrte, entschloß sich die Vereinigung (*Délégation pour l'adoption d'une langue auxiliaire internationale*, auch kurz nach den Anfangsbuchstaben DALI genannt), selbst an die Lösung des Problems zu gehen. Man konstituierte zu diesem Zweck eine Exekutivkommission, der u. a. der Präsident des peruvianischen Senats Dr. M.-G. Barrios, der Rektor der Universität Dijon Boirac, die Akademiemitglieder und Universitätsprofessoren Dr. Bouchard-Paris, Rados-Budapest, Förster-Berlin, Jespersen-Kopenhagen, Lambros-Athen, Schuchard-Wien, Le Paige-Lüttich, Peano-Turin, Ostwald-Leipzig, sowie die Revueherausgeber Stead-London und Harvey-New York angehören. Im Oktober 1907 versammelte sich die Kommission im Collège de France zu Paris, untersuchte alle unterbreiteten Vorschläge und hörte deren Verfasser. Das Volapük zählte zu jener Zeit nur mehr wenig Anhänger; das Universal (Dr. Molenaar) und das Novi-Latin bestanden erst zu kurze Zeit, um schon Verbreitung erlangt zu haben. Auch die andern Sprachen konnten an Zahl der Anhänger sich in keiner Weise mit dem Esperanto messen, das zwischen 100 und 200 000 Anhänger in den verschiedenen Ländern zählte und auf drei Kongressen zu Boulogne, Genève und Cambridge den Beweis abgelegt hatte, daß Männer verschiedener Nationen sich in ihm verständigen konnten. Eine starke Strömung machte sich innerhalb des Komitees geltend, das Esperanto als internationale Hilfssprache anzuerkennen, trotzdem aber konnte und wollte man sich nicht der Einsicht verschließen, daß eine Reihe von Verbesserungen, zum Teil von Anhängern des Esperantos selbst gefordert, sich noch als notwendig erweisen würde, insbesondere Verbesserungen des Alphabets, Vereinfachung der Grammatik, die noch eine zu komplizierte Konjugation, einen zwecklosen Akkusativ usw. besaß, sowie Erweiterung des Diktionärs, dessen Wurzeln allzu wenig zahlreich, dessen abgeleitete Wörter sich als zu wenig klar erwiesen. Während der Verhandlungen wurde von einem anonymen Autor eine neue Sprache (das „Ido“) zur Diskussion gebracht, die sich im wesentlichen als eine Reform des Esperanto darstellte; und viele Komiteemitglieder sprachen sich für Annahme dieses Vorschlages aus. Man trat an Dr. Zamenhof mit der Bitte heran, sich an der Mitarbeit zu dem definitiven Projekte in Kombination des Esperantos mit vielen der gemachten Reformvorschläge zu beteiligen. Da Dr. Zamenhof sich nicht entschließen konnte, diesem Ersuchen zu folgen, beschloß das Komitee die Anerkennung nicht des Esperantos, sondern des „Ido“ als internationale Hilfssprache. Durch diesen Beschluß wurde das Kräfteverhältnis der rivalisierenden Sprachen durchaus geändert; eine Reihe von Esperantovereinen beugten sich der Entscheidung des erwählten Rates und nahmen das Ido als Weltsprache an. Auch der Autor dieser Zeilen, selbst Verfasser eines Projektes (*Langue Bleue*) beugte sich gern und willig dem Beschlusse der Kommission, um so dem angestrebten Ziel einer einheitlichen internationalen Sprache zu dienen.

Über alle andern Gesichtspunkte hinaus ist ja vor allem das Eine notwendig, daß sich die Sprachenverwirrung des babylonischen Turmes nicht auch im Lager der Weltsprachenidee wiederhole. Die künftige Generation wird auf den Schulbänken das Ido erlernen; seine leichte Faßlichkeit, seine Verwandtschaft mit den wesentlichsten europäischen Sprachen macht es dazu hervorragend geeignet. Der Ideenaustausch der Völker, kommerzielle

und soziale Beziehungen, Reisen und Korrespondenzen werden hierdurch überaus erleichtert werden, bei all dem aber die nationalen Sprachen durchaus in bisheriger Weise fortbestehen, Träger der literarischen Entwicklung, Ausdrucksmittel neuer Regungen der Volksseele bleiben; beider Funktionen sind verschieden. Die nationalen Sprachen als Kulturfaktoren und die neue internationale Hilfssprache als ein unentbehrliches Werkzeug der Verständigung für die in unserem Zeitalter stets enger werdenden internationalen Beziehungen der Völker werden Seite an Seite in scharfer Umgrenzung ihrer Sphären fortbestehen, jede ihren spezifischen Daseinszweck erfüllend.



OTFRIED LAYRIZ, MÜNCHEN, SCHRIFTFÜHRER DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT ZUR BEKÄMPFUNG DES STRASSENSTAUBS, DER PARISER STRASSENKONGRESS VON 1908 UND SEINE ZIELE.

JEDEM auf einer Macadam-Straße sich r a s c h bewegenden Fahrzeuge folgt bei trockener Witterung eine Staubwolke. Darüber wurde in den englischen Zeitungen schon am Anfang des vorigen Jahrhunderts geklagt, als man anfang, in und um London die gepflasterte Straße durch die macadamisierte zu ersetzen. Die sonstigen Vorteile, die durch die damalige Straßenreform erreicht wurden, waren aber so groß, daß man über den einen Nachteil hinweg sah. Erst die Verbreitung des Automobils läßt alle Straßenbenutzer die Staubplage so lebhaft empfinden, daß immer lauter und immer dringender Abhilfe verlangt wird. Die einen wollen den Verkehr der Automobile behindert sehen, indem ihnen das schnelle Fahren verboten werden soll, andere wollen den Bau und die Art der Instandhaltung der Straße geändert haben. Die Automobilfrage ist also zunächst wegen des Staubes zur Straßenfrage geworden, und das Thema „Staubbekämpfung“ ist daher mit in das Programm des im Oktober d. Js. in Paris zusammentretenden internationalen Kongresses von Straßen-Erbauern und Straßen-Abnutzern aufgenommen. Gerade der Mann, welcher zuerst auf die Idee kam, die Staubbildung durch Teerung der Straßen zu verhindern und der 1904 die erste Staubbekämpfungsgesellschaft in Paris gründete, ein abwechselnd als Arzt in Paris und Monaco lebender Schweizer Dr. Guglielminetti, gab die Anregung zur Einberufung des Straßenkongresses.

Das Einatmen von Staub wird heutzutage nicht bloß als einfache Belästigung, sondern wegen der in den organischen Bestandteilen enthaltenen Krankheiten erzeugenden Bazillen als eine der Hauptursachen infektiöser Erkrankungen angesehen. Da wir sozusagen im Zeichen der Bekämpfung der Lungentuberkulose leben, so sieht es die jetzige Generation als eine moralische Pflicht an, den Staub überall da, wo sich viele Menschen versammeln, in Fabriken, Schulhäusern, Theatern, unschädlich zu machen; logischerweise muß sie auch bestrebt sein, die übergroße Staubentwicklung auf Straßen mit regem Verkehr zu verhüten.

Versuche, Mittel für Staubbekämpfung zu finden, sind schon im vorigen Jahrhundert gemacht worden. 1820 wurde Chlorcalcium von einem Nürnberger Arzt Leuchs als Staubbindemittel erkannt. Er empfiehlt mit Chlor-

Calcium getränkte Schnüre in Zimmern zur Entstaubung und Entfeuchtung anzubringen. In den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde dasselbe Mittel in Paris zur Entstaubung von Lokalen bei Volksversammlungen, Industrie-Ausstellungen usw., dann aber auch für Straßen benützt. Man dachte aber damals nicht daran, es im Großen zu verwenden, da es schwer zu erhalten war und teuer zu stehen kam.

Als durch die Verbreitung rasch fahrender mit Pneumatikreifen besenartig die Straßen bearbeitender Automobile der Straßenstaub besonders lästig und wegen behindertem Sehen Ursache von schweren Unglücksfällen wurde, suchte man wieder eifrig nach Mitteln, der Staubplage Herr zu werden. Von einem Gemisch von Ölen, das unter dem Namen Westrunit in den Handel kam, erwartete man viel. Patente wurden auf verschiedene Zusammensetzungen von staubbindenden Stoffen genommen. In neuester Zeit hat man wieder erkannt, daß eine Chlorverbindung und zwar Chlorcalcium oder Chlormagnesium sich für vorübergehende Staubbinderhaltung, wenn es dem Sprengwasser zugesetzt wird, am besten eignet. Sie sind als Nebenerzeugnisse bei jetzt viel verbreiteten Fabrikationszweigen so billig geworden, daß der früher gegen sie erhobene Einwand der Kostspieligkeit nicht mehr zutrifft.

Staubbekämpfung ist aber nicht das einzige Ziel des Pariser Straßenkongresses. Als Hauptfrage wird zur Diskussion gestellt „Wie ist der Bau und die Unterhaltung der Straßen in Zukunft zu gestalten, um sie den neuen Verkehrsmitteln, Fahrrad und Automobil, anzupassen?“ Im gemischten Verkehr von Automobilen und schweren mittels tierischen Zugs fortbewegten Fahrzeugen ist der Verderb der Straßen ein ungemein großer. Wenn diesem nicht vorgebeugt wird, so haben wir in kurzer Zeit schlechte Straßen und fast unerschwingliche Ausgaben für die Erneuerung. Die Pferde legen mit ihren beschlagenen Hufen die Steine in der Straßendecke bloß, an denen sie beim Ziehen einen Halt suchen, die Räder der schwer belasteten Wagen mit ihrer Eisenbereifung zertrümmern sie und die rasch fahrenden Automobile zerstreuen die Steinpartikelchen auf der Straße. Außerdem wirkt der Pneumatikreifen der Personenautomobile saugend auf alle erdigen und sandigen Einlagen, welche die Zwischenräume in der Steindecke ausfüllen. Die Straße wird so rascher als früher abgenutzt. Ihr schlechter Zustand ist Ursache der Unwirtschaftlichkeit der Fuhrbetriebs mit Automobilen.

Zwei Wege zur Straßenverbesserung sind nun von Franzosen und Engländern schon seit längerer Zeit ausprobiert, so daß Erfahrungen zum Vergleich vorliegen. Die französischen Ingenieure bevorzugen die Teerung der Straßenoberfläche und haben es hierin zu einer großen Fertigkeit gebracht. Die schon früher gut gehaltenen Straßen in Frankreich sind auch in Departements, wo der Verkehr von Automobilen ein sehr reger ist, staublos und glatt, ohne daß die Kosten für die Instandhaltung wesentlich zugenommen haben.

Die Engländer gingen bei ihren Bemühungen, die Straßen zu verbessern, von der Erwägung aus, daß die einfache Oberflächenteerung dem schweren Verkehr in der Nähe von Industriezentren Englands nicht genügt. Es hat dort neben dem rasch fahrenden Personen-Automobil der mechanische Zug in Form von schweren Dampf-Straßenlokomotiven, Dampf-Schleppwagen usw. Verbreitung gefunden, welche mit geriffelten Radreifen wie mit Verzahnungen in die Straßendecke eingreifen. Man ist daher in England zur Überzeugung gekommen, daß, um eine Macadamstraße herzustellen, die für längere Zeit den höheren Ansprüchen des verdichteten Verkehrs gewachsen ist, an Stelle der bisherigen Bindemittel wie Sand usw. Teer in die Straße

selbst gebracht werden müsse. Der Teer wird durch die Pneumatiks nicht aus der Straßendecke herausgesogen, macht diese undurchlässig gegen Wasser und schützt die Steine gegen das Zerquetschen unter dem Druck oder Stoß der darüber gleitenden Räder. Die Steine werden schon in den Steinbrüchen einzeln mit einer Teerschicht überzogen, dann einige Wochen der Luft ausgesetzt, ehe sie in den Straßenkörper gebracht und in sie mit der Dampfwalze eingepreßt werden. Tarmac oder Quarrite sind neue Namen für diese Methode Straßendecken herzustellen.

Deutschland hatte bis jetzt bei verhältnismäßig geringer Verbreitung des Automobils noch keinen Anlaß sich ernsthaft mit der Frage der Straßenverbesserung zu beschäftigen. Es ergibt sich dieser erst, seit die staatliche Post wie z. B. in Bayern im Alpengebiet schwere Automobile verwendet, welche die Straßen stark abnützen. Man ist aber zur Zeit auch in Deutschland bestrebt, dem Vorgehen der anderen Staaten zu folgen und hat dabei mit ähnlichen Verhältnissen zu rechnen wie in England. Militärische Rücksichten haben nämlich die deutsche Regierung dazu geführt, die Verbreitung schwerer Zugmaschinen, welche Lastenzüge zu schleppen vermögen, durch Prämien zu begünstigen. Dort, wo Großbetrieb in der Industrie oder Landwirtschaft vorherrscht, wird dies zur Folge haben, daß eine solche Art von mechanischem Zug Verbreitung findet. Mit ihm muß sich der Straßenerbauer abfinden. Man hat daher in Deutschland schon daran gedacht, das Macadamsystem nicht bloß in den Städten, sondern auch auf den Verkehrsstraßen, welche die Hauptorte verbinden, durch Pflasterung zu ersetzen. Großpflaster kann aber hier schon wegen der Kosten nicht in Betracht kommen. Kleinpflaster ist billiger, mildert bei engeren Fugen die Stöße und ergibt so weniger Geräusch und weniger Staub als Großpflaster. In den deutschen Städten tritt es daher an Stelle des Großpflasters.

In Norddeutschland wird Kleinpflaster auch für Landstraßen verwendet. Für sehr starken Verkehr schwerer Fahrzeuge hält man es aber hier für wünschenswert, es durch Einlagen von Stahlgeleisen zu verstärken. Gegen die Schienenverwendung wird aber verschiedenes vorgebracht. Sie passen z. B. nicht für gebirgige Gegenden, wo die Fahrzeuge gebremst werden müssen. In den Städten hat man schlechte Erfahrungen mit dem Einbetten der Schienen gemacht. Auf der Landstraße würden sie, sagen Fachleute, nicht ausbleiben. Es steht daher zu erwarten, daß Anhänger und Gegner auf dem Kongreß die Frage gründlich durchsprechen.

Es ist auch noch die Frage fällig, wie Straßen gebaut werden sollen, die einem reinen Automobilverkehr zu dienen haben. Hier sind die Anforderungen an das Straßenprofil ganz andere, da die Fahrgeschwindigkeiten viel größere sind als die auf der dem gemischten Verkehr dienenden Landstraße zulässigen. Anderes Baumaterial, Kunststeine oder Zement und Bruchsteine als Zement-Macadam können Verwendung finden.

Mit dem Kongreß ist eine Ausstellung aller zum Bau und zur Instandhaltung der Straßen dienenden Materialien und Maschinen verbunden. Große Städte sind bestrebt, die Straßenreinigung in möglichst kurzer Zeit und dabei doch gründlich zu erledigen. Sie scheuen dabei nicht vor größeren Ausgaben zurück, um sich Maschinen zu beschaffen, die Menschen- und Pferde-Arbeit zu ersetzen oder ergänzen vermögen. Automobile Straßen-Spreng- und Straßen-Kehr-Maschinen gehören hierher. Es steht zu erwarten, daß auch Staubabsaugewagen mit Vacuum-Einrichtung hier vertreten sein werden. Besonders im Winter, wo die mineralischen Staubbestandteile die Schleim-

häute beim Einatmen reizen und oft zu gefährlich werdenden katarrhalischen Zuständen Anlaß geben, ist das Niederhalten des Staubs sehr wichtig. Die Methode der Straßenbesprengung läßt sich aber in dieser Jahreszeit wegen des meist vorherrschenden Frostwetters nicht durchführen. Das Problem, den Staub durch Absaugen zu beseitigen, ist daher für alle Straßen mit dichtem Verkehr von großer Bedeutung.

Das Automobil und die mit seiner Verbreitung zusammenhängende Straßenfrage mußte zu gemeinsamer internationaler Arbeit führen. Wie jede Verkehrsverbesserung trägt das Automobil dazu bei, die Menschen sich näherzubringen und die Schlagbäume zu beseitigen, die zu ihrer Trennung die Vorurteile einer früheren Zeit aufgerichtet haben.

Man darf von einem solchen Stelldichein von Fachmännern aus aller Herrn Ländern erwarten, daß von ihm ein energischer Anstoß zur Besserung des Straßenbauwesens stattfindet. In manchen Staaten hat bureaukratischer Geist die Oberhand. Man stemmt sich dem durch Fortschritte der Technik ermöglichten rascheren Verkehr entgegen und möchte hinweisend auf den Straßenverderb durch die Automobile diese von der Straße verbannen. Aber gerade in Frankreich und da in Paris wird es jedem Kongreßbesucher klar werden, welche Vorteile das neue Verkehrsmittel zu bieten vermag, wenn seinen Eigentümlichkeiten entsprechende Straßen zur Verfügung stehen.

CHRONIK

Errichtung einer Landesuniversität in Irland. Vor wenigen Wochen wurde dem englischen Parlament von seiten des Staatssekretärs für Irland ein Gesetzentwurf vorgelegt, welcher die Errichtung einer neuen irischen Universität beinhaltet. Gegenwärtig ist die katholische Mehrheit des Landes in allen Beziehungen des Hochschullebens überaus benachteiligt, da die bestehende Universität von Dublin durchaus von der anglikanischen Kirche beherrscht wird. Vor einigen Jahren hatte man den Versuch gemacht, die Frage durch Hinzuziehung katholischer Delegierter in den Senat der Universität zu Dublin zu lösen, aber dieser widerstrebte und auch die katholische Partei wollte sich für die Maßregel nicht recht erwärmen. Das derzeit eingebrachte Gesetz hingegen wird nicht bloß von der liberalen

Regierungspartei, sondern auch von der katholisch-irischen und der englisch-konservativen Opposition unterstützt und findet somit den Beifall aller Parteien des Hauses.

Die neue Landesuniversität soll eigentlich aus vier Instituten bestehen, von denen nur eins in Dublin selbst, ein zweites in der Hauptstadt des protestantischen Nordens, in Belfast, und die beiden andern in Provinzstädten errichtet werden sollen. Die Organisierung dieser Institute soll auf demokratischer Basis erfolgen und der „university extension“, der Heranziehung weiterer Volkskreise zum Studium weiten Spielraum lassen. Auch Delegierte der „irischen Liga“ (welche das Wiederaufleben irischer Sprache und Literatur zum Ziele hat) sollen im Senat vertreten sein, wenn gleich deren weitgehende Forderungen

gen, wie insbesondere, daß der Beginn der Universitätsstudien von vorheriger Ablegung einer Prüfung in irischer Sprache abhängig gemacht werde, kaum erfüllt werden dürften. Die Liga selbst erachtet ihre Teilnahme an der neuen Universitätsgründung nur als eine Vorstufe zur späteren Gründung einer irischen Nationaluniversität, deren Vortragssprache nicht mehr das Englische, sondern das Irische wäre. Damit würde nach Ansicht der Liga ein wesentlicher Schritt zum Wiederaufleben irisch-nationaler Kultur getan sein.



Ein Kinderschutzgesetz in England. Vor wenigen Wochen brachte der jüdische Staatssekretär des Innern, Mr. Herbert Samuel, einen Gesetzentwurf im Unterhause ein, der (was überaus selten der Fall) die Unterstützung aller Parteien des Hauses fand. Derselbe schränkt den Straßenhandel von Kindern ein, modifiziert die strafgerichtliche Verantwortlichkeit derselben und trifft gewisse hygienische Vorkehrungen, insbesondere Einschränkung des gesundheitsschädlichen Rauchens ganz junger Kinder.



Einen internationalen Journalistenaustausch, ähnlich dem Professoren-austausch, schlägt Chefredakteur A. Hommerich-Aachen im „Tag“ vor. Bisher sind die Zeitungen in bezug auf die Auslandberichterstattung fast gänzlich auf die Auslandskorrespondenzen angewiesen. Da nun eine nur kleine Zahl von Redakteuren wirkliche Kenntnisse der ausländischen parteipolitischen Verhältnisse besitzt, werden diese Nachrichten meist ohne jede tiefergehende Prüfung verwendet, so oft nur schiefe und verzerrte Bilder der wirklichen Zustände und Verhältnisse gebend. Ein

Journalistenaustausch würde hier außerordentlich nutzbringend sein.. Den Verlegern würde in den eingetauschten Ausländern ohne allzu große Schwierigkeiten ein Ersatz geboten sein, während in wenigen Jahren eine Aufspeicherung gegenseitiger Kenntnisse erfolgen könnte, die den internationalen Beziehungen der Völker im Sinne des Friedens unvergleichliche Dienste leisten würde.



Die erste Petroleummotorbahn. Die „Union Pacific Bahn“ in den Vereinigten Staaten hat eine wichtige Veränderung in ihrem Eisenbahnbetrieb vorgenommen; sie hat soeben den Petroleummotor eingeführt. Die Vorversuche, die dieser wichtigen Veränderung vorangingen, und die innerhalb der letzten Jahre ausgeführt wurden, haben äußerst günstige Resultate ergeben und jetzt, ist, wie The World's Work angibt, der erste regelmäßige Petroleummotordienst zwischen Kearney und Callaway eingerichtet worden. Die Motorwagen, die ganz aus Stahl gebaut sind, laufen auf zwei vier-rädrigen Drehgestellen und bieten für 57 Personen Platz. Ihr Gewicht beträgt nur 25 t. Der aufrecht stehende Petroleummotor hat eine Stärke von 200 Pferdekraften. Besonders was das Bremsen anlangt, ist der Petroleummotor der Lokomotive überlegen, denn bei einer Geschwindigkeit von 33 Kilometern kann der Wagen ohne große Erschütterung auf 30 Meter zum Stehen gebracht werden und im Falle der Gefahr auf einer Strecke, die etwa seiner Länge gleich ist. Auch was das Überwinden von Steigungen anbetrifft, soll der Motor Vorzügliches leisten, denn selbst in den Rocky Mountains ist eine Geschwindigkeit von 40 Kilometern möglich.